

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gilbert Ziebura

Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich

Adolf Kimmel

Die „cohabitation“: Verfassungsprobleme
und politische Praxis

Marieluise Christadler

Regierungswechsel oder hegemoniale Wende
in Frankreich?

Claus Leggewie

Die Sozialistische Partei Frankreichs:
Sozialdemokratie oder Postsozialismus?

B 6–7/87

7. Februar 1987

Gilbert Ziebura, Dr. phil., geb. 1924; o. Professor für Politikwissenschaft unter Berücksichtigung der internationalen Politik an der FU Berlin 1964—1974; an der Universität Konstanz 1974—1978 seit 1978 an der Technischen Universität Braunschweig.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911 bis 1914, Berlin 1955; Die V. Republik. Frankreichs neues Regierungssystem, Köln-Opladen 1960; Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970; Frankreich 1789—1870. Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation, Frankfurt 1979; Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24—1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt 1984.

Adolf Kimmel, Dr. phil., geb. 1938; Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Würzburg, FU Berlin, Paris; Habilitation (Politikwissenschaft) 1979 an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken; z. Zt. Professor an der Universität Würzburg.

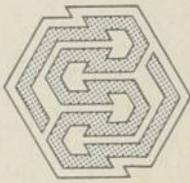
Veröffentlichungen u. a.: Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930—1933, Bonn 1969; Die Nationalversammlung im politischen System der V. Französischen Republik, Köln 1983; (Hrsg.) Eurokommunismus, Köln 1977; (Übersetzer) Alfred Grosser/François Goguel, Politik in Frankreich, Paderborn 1980; zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften.

Marieluise Christadler, geb. 1934; Professorin für Politische Wissenschaft an der Universität-Gesamthochschule-Duisburg.

Veröffentlichungen u. a.: Kriegserziehung im Jugendbuch. Literarische Mobilmachung in Deutschland und Frankreich vor 1914, Frankfurt 1979; (Hrsg.) Deutschland-Frankreich. Alte Klischees — neue Bilder, Duisburg 1981; (Hrsg.) Die geteilte Utopie. Sozialisten in Deutschland und Frankreich. Biographische Vergleiche zur Politischen Kultur, Opladen 1985.

Claus Leggewie, Dr. disc.pol., geb. 1950; Hochschulassistent für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen, Publizist.

Veröffentlichungen u. a.: Der Wahlfisch. Ökologie-Bewegungen in Frankreich, Berlin 1978; Siedlung, Staat und Wanderung. Das französische Kolonialsystem in Algerien, Frankfurt-New York 1979; Kofferträger. Das Algerien-Projekt der westdeutschen Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984; Der König ist nackt. Ein Versuch, die Ära Mitterrand zu verstehen, Hamburg 1986; (Hrsg.) Leviathan, (1986)2: Frankreich. Der Geist steht rechts; Ein Ausflug in die Denkfabriken der Neuen Konservativen, Berlin 1987 (im Erscheinen).



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

— Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich

I. Modernisierungskonsens oder Hegemoniekrise?

Zu Beginn des Jahres 1987 präsentiert sich die französische Gesellschaftsformation¹⁾ in einer paradoxen Verfassung: Auf der einen Seite schien es, als würden die seit 1974/76 praktizierten, noch zu Beginn der achtziger Jahre diametral entgegengesetzten Strategien zur Überwindung der Wirtschaftskrise langsam, aber unaufhaltsam in einen breiten gesellschaftlichen Konsens einmünden und sogar den traditionellen Rechts-Links-Gegensatz aufweichen. „Nationale Unabhängigkeit“ nach außen und beschleunigte „Modernisierung“ des Produktionsapparats, ja der sozialen Beziehungen generell erschienen nicht nur als zwei Seiten derselben Medaille, sondern zum ersten Mal als parteiübergreifende Ziele. Darin eingebettet war auch die in der Bundesrepublik so bewunderte (oder kritisierte) breite Akzeptanz der neuen Technologien. Auf der anderen Seite brachen zur allgemeinen Überraschung soziale Konflikte aus, die neuartige Züge trugen und die etablierten Parteien (auf der Rechten wie der Linken) und sämtliche Gewerkschaften in die größte Verwirrung stürzten. Gelingt es dem politischen System nicht mehr, gesellschaftliche Bedürfnisse zu erkennen? Driften politische und zivile Gesellschaft auseinander? Erweist sich der parteiübergreifende Modernisierungskonsens nur als Fassade, hinter der sich tiefer liegende Ungewißheiten über die Zukunft des Wachstumsmodells verbergen, also das, was man eine „Hegemoniekrise“ nennt²⁾?

Daraus ergeben sich grundlegende Probleme. Sie treten in allen hochentwickelten westlichen Industriegesellschaften auf, in Frankreich aber mit besonderer Schärfe, nicht zuletzt wegen der im Unabhängigkeitsanspruch enthaltenen Notwendigkeit einer permanenten Anspannung aller Kräfte. Da kann die (wachsende) Kluft zwischen Diskurs und Realität unübersehbar werden. Überall beobachten wir die Erschöpfung und Entleerung überkommener Ideologien. Dahinter steht die Tatsache, daß das Wachstumsmodell, das während der fünfziger und sechziger Jahre vergleichsweise erfolgreich funktioniert hat, inzwischen seinen eigenen Widersprüchen und der Weltwirtschaftskrise seit 1974/75 zum Opfer gefallen ist. Zeigt gerade der französische Fall, daß

die seither eingetretenen „Brüche eines ökonomischen Systems“³⁾ so tief reichen, daß die herkömmlichen Formen politischer Therapie, also gesamtgesellschaftlicher Regulierung, versagen? Erklärt sich daraus der Umstand, daß die seit der „Wende“ vom März 1986 versuchte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft nach neokonservativen Vorstellungen noch entschiedener vorangetrieben wurde als in anderen führenden westlichen Industrieländern, obwohl diese Strategie in den USA und in Großbritannien längst an ihre Grenzen gestoßen ist? Verordneten die französischen Neokonservativen ihrem Land eine Roßkur, um die Modernisierung endlich entscheidend voranzutreiben?

Wie aber mußte eine „Entstaatlichung der Ökonomie“, eine „Deregulierung“ in einem Land wirken, daß viele unbestreitbare Modernisierungsfortschritte über ein enges Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft erreicht hatte? War es in Frankreich — im Gegensatz zur Bundesrepublik — nicht der Staat, von dem die wichtigsten Impulse für die Entwicklungsdynamik ausgingen⁴⁾? Kann auf den Voluntarismus staatlicher Intervention verzichtet werden, wenn die zentralistische Durchdringung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geradezu das Markenzeichen der modernen französischen Gesellschaftsformation darstellt? Sind die Marktkräfte wirklich, wie die Neokonservativen annehmen, nach ihrer „Entfesselung“ bereit und fähig, die notwendigen Anpassungen und Umstrukturierungen weitgehend aus eigenen Kräften zu bewerkstelligen? Gehört damit das „gemischte Wirtschaftssystem“ der Vergangenheit an? Dann hätten wir es in der Tat mit einem einschneidenden Bruch in der Geschichte der französischen Gesellschaftsformation zu tun.

Den Neokonservativen kommt die Erfahrung zugute, daß die Funktion des Staates ambivalent war. Er handelte nicht als autonome Instanz,

³⁾ Vgl. X. Greffe/J.-L. Reiffers (Hrsg.), *L'occident en desarroi. Ruptures d'un système économique*, Paris 1978.

⁴⁾ Aus der umfangreichen Literatur vgl. die grundlegenden Arbeiten von J. Austruy, *Le Prince et le Patron ou l'Économie du Pouvoir*, Paris 1972; R. Delorme/Ch. André, *L'État et l'Économie. Un essai d'explication de l'évolution des dépenses publiques en France (1870—1980)*, Paris 1983; vgl. auch Ch. Saint-Etienne, *L'État français face aux crises économiques du XX^e siècle*, Paris 1985.

¹⁾ Zum Begriff der Gesellschaftsformation vgl. G. Ziebura, *Frankreich 1789—1870. Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaftsformation*, Frankfurt/M. 1979.

²⁾ A. Lipietz, *L'audace ou l'enlisement. Sur les politiques économiques de la gauche*, Paris 1984, S. 13.

sondern war selbst Bestandteil des gesellschaftlichen Machtgleichgewichts bis tief in die sozialen Beziehungen hinein. Daraus versteht sich, daß seine innovative Kraft begrenzt blieb, selbst dann, wenn sich eine modernistische Staatsbürokratie mit den „aufgeklärten“ Fraktionen der großen Bourgeoisie verband. Hier liegt einer der Gründe, warum die Krise von 1974 das französische Wachstumsmodell besonders nachhaltig traf. Sie offenbarte nicht nur die Illusionen des staatlichen Interventionismus, sondern auch seinen durchaus re-aktionären Inhalt in dem Augenblick, da er sich von seiner Neigung, soziale Kompromisse aus der Vergangenheit festzuschreiben, nicht lösen konnte und sich damit als „zentrales Element der Besitzstandswahrung“⁵⁾ erwies.

II. Reaktionen auf die Krise

1. Das Scheitern der historischen Rechten

Während der „dreißig glorreichen Jahre“ (1945 bis 1975), wie sie in etwas verklärender Manier genannt werden⁶⁾, kannte auch Frankreich sein „Wirtschaftswunder“, wengleich stets eine Nummer kleiner als das des Nachbarn. Über allem stand der beschwörende, von Jean Monnet am Ende des Zweiten Weltkriegs formulierte Imperativ: „Modernisierung oder Dekadenz“⁷⁾. Im Grunde geschah in Frankreich nichts anderes als in anderen hochentwickelten westlichen Industrieländern: Das sich herausbildende neue Wachstumsmodell beruhte im Kern auf einer Koppelung von Produktivitäts- und Lohnfortschritten, also einem System der sozialen Beziehungen, in dem die Arbeiter die Modernisierung des Produktionsapparats akzeptierten und im Austausch dafür — nicht ohne heftige Auseinandersetzungen — eine entsprechende Verbesserung der Realeinkommen erhielten⁸⁾. Hinzu trat zum ersten Mal das Phänomen des „indirekten Lohns“, also alle Einkommen über die in Frankreich stark ausgebaute sozialstaatliche Umvertei-

⁵⁾ So R. Delorme/Ch. André (Anm. 4), S. 685.

⁶⁾ A. Lipietz (Anm. 2), S. 16. Der Ausdruck stammt von J. Fourastié.

⁷⁾ Darauf verweist (wie generell auf die Kontinuität der Wirtschaftspläne) P. Massé in seinem Vorwort zu einem Bericht der Planbehörde, der vom sozialistischen Premierminister L. Fabius in Auftrag gegeben wurde: H. Guillaume (Hrsg.), *Faire gagner la France*, Paris 1986, S. 9.

⁸⁾ Zum folgenden vgl. außer A. Lipietz (Anm. 2) vor allem R. Boyer, in: M. Kesselman/G. Groux, 1968—1982: *Le mouvement ouvrier français. Crise économique et changement politique*, Paris 1984, S. 27—52; R. Boyer (Hrsg.), *Capitalismes fin de siècle*, Paris 1986, v. a. der Beitrag von H. Bertrand; R. Boyer (Hrsg.), *La flexibilité du travail en Europe. Une étude comparative des transformations du rapport salarial dans sept pays de 1973 à 1985*, Paris 1986, hier v. a. der Beitrag von P. Petit.

Sind die Neokonservativen nun imstande, den Staat aus seiner instrumentalen in eine eher orientierende Rolle zu überführen? Und das in einer Zeit, in der die Handlungsspielräume zwischen einer beschleunigten Transnationalisierung der Ökonomien einerseits und der Territorialisierung der sozialen Räume andererseits immer enger werden? Finden sie eine Antwort darauf, wie ein Wachstumsmodell beschaffen sein muß, das die Öffnung der Ökonomie vorantreibt, zugleich aber die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit nach innen beachtet und erst dadurch über die erforderliche Legitimität verfügt? An dieser Stelle wird deutlich, daß das Verhältnis von Bruch und Kontinuität viel komplexer ist, als es die radikalen Neokonservativen wahrhaben wollen.

lung. Die Wachstumsziele definierte eine korporativistisch organisierte indikative Planung. Vom Wachstum der Masseneinkommen und den neuen Konsumgewohnheiten profitierte in erster Linie die Konsumgüterindustrie, die zum Motor des „französischen Wunders“ avancierte. Hohe Wachstumsraten, eine Verdreifachung sowohl der Produktivität wie des Konsums der Arbeitnehmer und schließlich der Durchbruch zur modernen Industriegesellschaft auf der Basis einer breiten „neuen Mittelklasse“ waren die Folge⁹⁾.

Aber schon die Ereignisse vom Mai und Juni 1968 zeigten, daß das Wachstumsmodell seinen Höhepunkt überschritten hatte. Seine ökonomischen und sozialen Kosten sprangen in die Augen: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, beginnende Arbeitslosigkeit als Folge der Krise der „alten Industrien“, Einschränkung der Kaufkraft durch den ersten Stabilisierungsplan Debré-Giscard von 1963, Verschärfung der Einkommensdisparitäten, Absinken der Kapitalrentabilität und Investitionstätigkeit, mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit der Investitionsgüterindustrien u. a. m. Aber noch einmal wurde die Krise gemeistert, indem es gelang, den alten („fordistischen“) sozialen Kompromiß durch erhebliche Reallohnsteigerungen („Abkommen von Grenelle“, 1969) zu erneuern. Neben der Stärkung der Binnen- nachfrage fand unter der Präsidentschaft Pompidou eine staatlich induzierte Politik der Öffnung auf den Weltmarkt durch die Schaffung konkur-

⁹⁾ Kritische Sozialwissenschaftler bezeichnen dieses Wachstumsmodell als „keynesianisch-fordistisch“. Es ist gut erforscht, insbesondere von der in Frankreich einflußreichen „Regulations-Schule“. Alle in Anm. 8 zitierten Arbeiten gehören dazu. Wichtige Vertreter sind weiterhin J. Mistral, M. Aglietta, A. Orléan u. a. Hauptwerke sind R. Boyer/J. Mistral, *Accumulation, inflation, crises*, Paris 1978; M. Aglietta, *Régulation et crises du capitalisme. L'exemple des États-Unis*, Paris 1976.

renzfähiger Großkonzerne statt, vor allem in wichtigen Zukunftsbranchen (z. B. Computer). Um den Industrialisierungsprozeß von Importen unabhängiger zu machen, wurde die Investitionsgüterindustrie stärker gefördert. Die Abwertung des Franc (1969) und der weltwirtschaftliche Boom verbesserten die Exportchancen. In dieser Phase postgaullistischer Modernisierung erlebte die Zusammenarbeit zwischen technokratisch eingestellter hoher Staatsverwaltung und bestimmten Fraktionen der Großbourgeoisie ihren Höhepunkt. Bezeichnenderweise sorgten zugleich eher sozialdemokratisch orientierte Berater des Premierministers Chaban-Delmas für neue sozialpolitische Impulse (die „neue Gesellschaft“¹⁰).

Die inneren Widersprüche verschärften sich jedoch schon vor 1974. Die Öffnung auf den Weltmarkt hin brachte nicht die erhofften Qualitätsverbesserungen des Produktionsapparats. Überdies ließ der Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit die steigenden Lohnkosten als Belastung empfinden. Vor allem erhielt die Inflation neue Nahrung, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Modernisierung immer ungleichgewichtiger vollzog und damit die sozialen Gegensätze anheizte. Die ungebrochene Offensive der Arbeitnehmer reduzierte, wie anderswo auch, die Gewinne und damit die Kapitalrentabilität: Der soziale Kompromiß begann zu bröckeln.

In dieser Situation brach, kurz nach der Wahl Giscard d'Estaings zum Staatspräsidenten (1974), die Weltwirtschaftskrise über Frankreich herein. Die nun einsetzende Rezession führte trotz einer gewissen Erholung langfristig zu einem Bruch der Wachstumsdynamik. Zugleich zeigte sich, daß der Produktivitätsrückgang in Frankreich markanter ausfiel als in anderen Industrieländern. Während unter Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern eine heftige Debatte über die Natur der Krise ausbrach und sich langsam das gesamte geistige Klima durch den Niedergang der traditionellen Dominanz linker Intellektueller veränderte¹¹), blieben die regierenden Akteure zunächst unberührt davon. Sie glaubten an den vorübergehenden konjunkturellen Charakter des Einbruchs. Dementsprechend reagierte die Regierung Chirac wie üblich mit einem klassisch-

¹⁰) Nicht zufällig waren modernistische Sozialdemokraten wie S. Nora und J. Delors, später Wirtschafts- und Finanzminister in der sozialistisch-kommunistischen Regierung Mauroy, wichtige Berater von Premierminister Chaban-Delmas, der in Anlehnung an J. F. Kennedy („New Frontier“) und Johnson („Great Society“) von der „Neuen Gesellschaft“ sprach.

¹¹) Auf der Rechten gewannen Ende der siebziger Jahre neoliberale und monetaristische Positionen an Einfluß. Vgl. H. Lepage, *Le capitalisme demain*, Paris 1978; M. Roy, *Vive le capitalisme*, Paris 1977; über das intellektuelle Klima vgl. den brillanten Aufsatz von E. Morin, *Ce qui a changé dans la vie intellectuelle française*, in: *Le débat*, Mai—September 1986, S. 72—84.

keynesianischen Programm der Nachfragebelebung und nahm das dabei entstehende Haushaltsdefizit in Kauf. Da aber die Reallöhne zunahmen, während die Produktivität wegen ungenügender Investitionen weiter zurückging, verschlimmerten sich sämtliche ökonomische Ungleichgewichte gleichzeitig: Außenhandel, Inflation, öffentliche Defizite, Arbeitslosigkeit. Erst jetzt setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Krise Ausdruck eines tiefgreifenden technologischen, ökonomischen, sozialen und internationalen Strukturwandels war, der das bisherige Wachstumsmodell in der Substanz bedrohte.

In der Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ab 1976 schlug sich das langsame, zögernde, widersprüchliche Eindringen monetaristisch-neoliberaler Vorstellungen in die regierenden Rechtsparteien nieder. Schon die Ernennung Barres, eines führenden Vertreters dieser Richtung in den Wirtschaftswissenschaften, setzte ein Zeichen¹²). Nun rangierte der Kampf gegen die Inflation an der Spitze der Prioritäten. Das zweite Hauptziel war die „Anpassung der französischen Wirtschaft an die außenwirtschaftlichen Erfordernisse“, und zwar durch die Stärkung der Marktkräfte, konkret: der Unternehmer. Alle Elemente einer angebotsorientierten Politik tauchen hier zum ersten Mal auf: restriktive Lohnpolitik, Aufhebung der Preiskontrollen, Stärkung der Eigenkapitalausstattung der privaten Unternehmen, Ansätze einer Reform des Kreditsektors, Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen, Festschreibung der Sozialleistungen. Hinzu trat das Ziel der Wechselkursstabilität, die mäßigend auf die Preise der Importgüter einwirken sollte. Damit vollzog Barre „einen Bruch mit der traditionellen Hinnahme einer langfristigen Abwertungstendenz als Kompensation für eine verweigerte binnenwirtschaftliche Anpassung“¹³) an die außenwirtschaftlichen Herausforderungen. Auch die neokonservative Rhetorik fehlte nicht, wenn Barre die Heraufkunft einer Gesellschaft der „Freiheit, Kreativität und Verantwortung“¹⁴) verkündete.

Es kennzeichnet den Übergangscharakter des „Experiments Barre“, daß keines der hehren Ziele erreicht wurde. Der Hauptgegner der Liberalisierungspolitik saß im eigenen Mehrheitslager: die Gaullisten, die sich unter Chirac in einer neuen Partei organisiert hatten („Rassemblement pour la République“, RPR) und die ebenso wie die Opposition aus Sozialisten und Kommunisten noch immer am alten Wachstumsmodell, vor

¹²) Vgl. die faktenreiche Arbeit von W. Lerch, *Das „Experiment Barre“*, Köln 1983.

¹³) W. Lerch (Anm. 11), S. 140f.

¹⁴) R. Barre, *L'économie française quatre ans après (1976—1980)*, in: *La Nouvelle Revue des Deux Mondes*, September 1980, S. 532; vgl. auch die Rechtfertigungen in: ders., *Réflexions pour demain*, Paris 1984.

allem am Staatsinterventionismus, hingen. Auch ein Teil der Unternehmer, die im Herbst 1980 für eine Abwertung des Francs eintraten, gerieten in Gegensatz zur Politik des Premierministers, der gerade in dieser Frage — wollte er seiner eigenen Logik treu bleiben — nicht nachgeben konnte. Viel gravierender waren die Auswirkungen der zweiten Erhöhung der Erdölpreise 1979. Nun begann ein wahrer Teufelskreis: Der gewaltige Werttransfer nach außen verlangte eine Austeritätspolitik nach innen, die die wirtschaftlichen Aktivitäten belastete.

Die Bilanz des „Experiments Barre“ sah deprimierend aus: Während die Inflationsrate kaum gesenkt wurde, fielen ihm die Modernisierungsfortschritte, wie sie zwischen 1967 und 1973 erzielt werden konnten, zum Opfer. Ende 1981 überstieg die Zahl der Arbeitslosen die Schwelle von zwei Millionen. Nur der tertiäre Sektor nahm noch Arbeitskräfte auf. Die künstliche Aufrechterhaltung eines überbewerteten Francs sowie die Einschränkung der Kreditmöglichkeiten wirkten im Kontext der internationalen Krise kontraproduktiv. Zugleich verstärkte sich der Druck auf die französische Wirtschaft durch die erneute Verschärfung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten. Nur in den weiterhin massiv vom Staat geförderten Branchen (Telekommunikation, friedliche Nutzung der Nuklearenergie) nahmen die Investitionen zu. Zum ersten Mal wurden die Gefahren einer „société à deux vitesses“, einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ sogar im Bericht eines Ausschusses der Nationalversammlung unter der Federführung eines gaullistischen Abgeordneten angeprangert¹⁵⁾, nicht zuletzt als Folge einer weiteren „Mondialisierung“ der französischen Ökonomie, wie sie Giscard d'Estaing am Herzen lag und von vielen als wirksamstes Druckmittel betrachtet wurde, um die Modernisierung voranzutreiben¹⁶⁾.

Das Grunddilemma des „Experiments Barre“ hat Boyer treffend auf den Begriff gebracht: Es habe „die Blockierung des herkömmlichen Wachstumsmodells akzentuiert, ohne einen Ersatz zu finden“¹⁷⁾. Wie hätte das auch geschehen können, wenn es der bürgerlichen Mehrheit nicht einmal gelang, die divergierenden Interessen ihrer eigenen Basis auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, wie die Frontstellung Chiracs gegen die Wiederwahl Giscards in aller Deutlichkeit zeigte? Ihr Sturz im Frühjahr 1981 war tief. Jetzt schlug die Stunde für die Linke, die ein — frei-

lich von Anfang an brüchiges — Bündnis zwischen der alten Arbeiterklasse (besser: ihren Resten) und den neuen Mittelklassen des tertiären und des Bildungssektors repräsentierte.

2. Das Scheitern der historischen Linken

Die Krisendiagnose der Sozialistischen Partei, ihres Hauptträgers, knüpfte, wie sie im „Projet socialiste“¹⁸⁾ formuliert war, zwar an der marxistischen Krisentheorie an — betonte also die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und forderte folglich langfristig den „Bruch mit dem Kapitalismus“ —, blieb auf dieser Ebene aber abstrakt und vage: eine kaum überzeugende, geschweige denn mitreißende Reverenz an den alten ideologischen Bezugsrahmen. Sobald das „Projekt“ konkreter wurde, entpuppte es sich als Neuauflage des vertrauten Keynesianismus, der erneut als Alternative zur konservativen Antikrisenstrategie erhalten mußte. Die „110 Vorschläge“, Mitterrands Wahlplattform und Grundlage künftiger Regierungsarbeit, enthielten konsequenterweise ein strammes, klassisches sozialdemokratisches Reformprogramm, das an vielen Stellen leicht angestaubt schien. Auch die Rede vom „socialisme à la française“ konnte nicht darüber hinwegtäuschen.

Der Wahlsieg der Linken erschien brillanter, als er es in Wirklichkeit war. Nicht ihr Programm war entscheidend, sondern das offensichtliche Scheitern der Rechten. Dieser Sieg hatte einen merkwürdig anachronistischen Anstrich. Tatsächlich befanden sich Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung seit langem in der Krise¹⁹⁾; am Sturz der Rechten waren sie kaum beteiligt. Im Gegensatz zu der Mobilisierung, wie sie im Juni 1936 stattgefunden hatte, als die Volksfront an die Macht kam, geschah im Juni 1981 nichts dergleichen. Man vertraute auf Partei und Regierung, nicht auf die eigene Kraft. Dabei lag auf der Hand, daß das selbst im sozialdemokratischen Programm enthaltene Ziel einer langfristigen Umgestaltung der sozialen Beziehungen und, — zumindest in Ansätzen — der Produktionslogik nur über länger dauernde „Konflikte und tastende Versuche“ hätte erreicht werden können, „bevor sich ein Entwicklungsmodus herausbildet, der die sozialen Bedürfnisse mit den ökonomischen Imperativen, deren Träger in Zeiten der Krise der Weltmarkt ist, in Übereinstimmung bringt“²⁰⁾.

¹⁵⁾ Einen Bericht darüber in: *Le Monde*, 13. November 1980; vgl. auch J. Delors, J.-B. Foucauld, *Contre la société duale*, in: *Le Monde dimanche*, 26. Oktober 1980.

¹⁶⁾ Vgl. aus der umfangreichen Literatur A. Cotta, *La France et l'impératif mondial*, Paris 1978.

¹⁷⁾ R. Boyer, in: M. Kesselman/G. Groux (Anm. 8), S. 42.

¹⁸⁾ „Pour la France des années 1980“, Paris 1980; Auszüge in dt. in: D. Albers u. a. (Hrsg.), *Perspektiven der Eurolinken*, Frankfurt/M. 1981, S. 70—99.

¹⁹⁾ Vgl. u. a. J. Julliard/P. Rosanvallon/A. Touraine/M. Wieviorka, *La crise de la classe ouvrière*, Paris 1979; vgl. auch die verschiedenen Beiträge in M. Kesselman/G. Groux (Anm. 8).

²⁰⁾ R. Boyer in: M. Kesselman/G. Groux (Anm. 8), S. 42.

So war das Scheitern der historischen Linken oder das, was man die erforderliche „Modernisierung der Sozialistischen Partei“ im Sinn einer ideologischen Entschlackung nannte, unvermeidbar. Dabei machte sie dieselben Erfahrungen wie die Rechte zwischen 1974 und 1981, nur unter umgekehrtem Vorzeichen. 1974/76 hatten die Konservativen die erste Welle der Weltwirtschaftskrise nicht ernst genommen; 1981 begriffen die Sozialisten nicht, daß der Tiefpunkt der zweiten Welle dieser Krise noch bevorstand. Sie hofften im Gegenteil, daß ihre weitgehend nachfrageorientierte Politik in eine beginnende, von den USA getragene Wiederbelebung fallen und von ihr mitgetragen würde. Hinzu kam, daß die Linke allein auf weiter Flur stand: In allen führenden westlichen Industrieländern hatte die „Wende“ bereits begonnen.

Dennoch probierte die Linke — wie die Rechte 1974/75 — die ihr vertrauten Rezepte; wie ihre Vorgängerin mußte sie jedoch feststellen, daß sie nicht nur nicht anschlagen, sondern die Krise im Lande verschlimmerten. Der hierbei zutage tretende Mechanismus ist oft beschrieben worden²¹). Mit wachsender Distanz tritt sein zwangsläufiger Charakter immer deutlicher hervor. Ohne Frage stellte der Versuch, die Krise mit einer Kombination aus Nachfragesteigerung (Verbesserung der direkten und indirekten Einkommen; Gewährung einer fünften bezahlten Urlaubswoche), Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Einführung der 39-Stunden-Woche; Schaffung von 200 000 Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung) und Stärkung des staatlichen Interventionismus (Nationalisierung bedeutender Großunternehmen sowie der quasi Totalität des Bank- und Kreditsektors) zu überwinden, einen einzigartigen nationalen Kraftakt dar, mit dessen Hilfe die „Rückeroberung des heimischen Marktes“ endlich gelingen sollte. Dabei sollte der umfangreiche nationalisierte Sektor als Speerspitze der Modernisierung sowohl im Bereich der alten wie der neuen Industrien dienen. Schließlich sollte das Ganze durch eine Reform der Arbeitsbeziehungen untermauert werden, indem die Rechte der Arbeitnehmer und die Repräsentativität der Gewerkschaften in den Betrieben verbessert und damit eine Annäherung in Richtung auf

²¹) Mit sehr unterschiedlichen Beurteilungen. Kritisch A. Lipietz (Anm. 2); ebenso M. Beaud, *Le mirage de la croissance*, Bd. 1: La politique économique de la gauche (mai 1981 — décembre 1982), Paris 1983; Bd. 2: La politique économique de la gauche: le grand écart, Paris 1985; *La Gauche et la contrainte extérieure*, 2 Bde., in: *Critiques de l'économie politique*, Oktober—Dezember 1984 und Januar—März 1985; stärker differenzierend A. Fontenau/P.-A. Muet, *La Gauche face à la crise*, Paris 1985; eher verständnisvoll M. Steinacker/A. Westphal, *Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich*, Berlin 1985; weitgehend affirmativ in M. Becker (Hrsg.), *Das französische Experiment. Linksregierung in Frankreich*, Bonn 1985.

deutsche und skandinavische Verhältnisse vollzogen werden sollte. In den „Auroux-Gesetzen“ (1982) wurden diese Vorstellungen weitgehend verwirklicht.

Schon ein Jahr später steckte die Linke in der Sackgasse. Die gestärkte Binnenkaufkraft regte nicht die heimische Produktion, sondern die Importe an; das Defizit des Außenhandels erreichte Rekordhöhe. Hier rächte sich der Umstand, daß die Linke zuerst in nationalen Kategorien dachte. Die Lektion, die sie einstecken mußte, war bitter. Daß die Unternehmer dem neuen Kurs feindselig gegenüberstanden, war vorauszusehen. Nicht zu Unrecht klagten sie darüber, daß die Selbstfinanzierung der Unternehmen einen historischen Tiefstand erreicht hätte. So blieb der erwartete Investitionsschub aus, ein Grund für das ungebrochene Ansteigen der Arbeitslosigkeit²²). Das Defizit im Staatshaushalt, wachsende Verschuldung und Finanzierungsprobleme und nicht zuletzt die raschen Fortschritte der Desinflation in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik führten zu einer Krise der Wechselkurse: der Franc mußte zum zweiten Mal abgewertet werden (Juni 1982). Die Inflationsrate sank nur langsam²³).

Ohne Zweifel fiel die nun notwendig gewordene Umorientierung der sozialistischen Politik ab Sommer 1982, im März 1983 dann verschärft, einschneidender aus als die Wende von 1976. Spöttisch bezeichnete man sie als einen „barisme de gauche“, womit auf die wachsende Konvergenz rechter und linker Antikrisenpolitik hingewiesen wurde. In der Tat liegt hier der entscheidende Beitrag der historischen Linken zur Entwicklung der französischen Gesellschaftsformation: Indem sie mit Hilfe einer rigorosen Austeritätspolitik dem Ziel der Währungsstabilität höchsten Rang einräumte, nahm sie nicht nur die Zügel auf, die Raymond Barre während seines Experiments hatte schleifen lassen; sie war es, die Frankreich in den Kreis der vom Konservativismus beherrschten westlichen Industrieländer einfügte. Auch die französische Linke begünstigte nun systematisch die Kapitalseite zu Lasten der Realeinkommen. In einer ersten Phase wurden Löhne und Preise noch gleichzeitig gestoppt. Aber während der folgenden beiden Jahre (1983 und 1984) ging der Lebensstandard der Franzosen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg zurück. Wie überall kam dem Ökonomischen der Primat gegenüber dem Sozialen zu. Ideologisch rechtfertigte die Sozialistische Partei ihre Wende mit dem Argument, die Stunde der „Aussöhnung“ der Linken mit dem Unternehmertum sei

²²) Arbeitslosenquote 1980 = 6,3%, 1981 = 7,3%, 1982 = 8,1%, 1983 = 8,3%, 1984 = 9,7%, 1985 = 10,1%.

²³) Inflationsrate 1980 = 13,6%, 1981 = 13,4%, 1982 = 11,8%, 1983 = 9,6%, 1984 = 7,4%, 1985 = 5,8%, 1986 = 2,2%.

gekommen; damit weise sie als Regierungspartei ihre Fähigkeit zur Krisenbewältigung nach.

Aber die Linksparteien zahlten einen hohen Preis dafür, indem sie ein Stück ihrer Identität verloren: Das ideologische Vakuum wurde ja nicht wieder gefüllt. Dieses Schicksal widerfuhr auch der Kommunistischen Partei, obwohl sie 1984 die Regierung verließ. Innerhalb der Sozialistischen Partei überlagerte eine Allianz der modernistischen Fraktionen die alten Flügelkämpfe zwischen den Tendenzen. Am vollkommensten verkörpert Jean-Pierre Chevènement, Forschungs- und Technologie-, dann Erziehungsminister, diesen Wandel: Er mauserte sich vom Führer des neomarxistischen linken Flügels (CERES) zum markanten Verfechter einer neuen Ideologie, die versucht, den traditionellen Republikanismus mit den Erfordernissen einer modernen, international wettbewerbsfähigen Kommunikationsgesellschaft zu vereinbaren²⁴).

Mit der Gewerkschaftsbewegung ging es weiter bergab, wozu paradoxerweise die „Auroux-Gesetze“ beitrugen, indem sie die Arbeitsbeziehungen im Betriebsrahmen regelten und damit die Gewerkschaftszentralen schwächten. Im übrigen ging die Anwendung dieser Gesetze nur stockend voran. Auch die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung vertiefte sich. Die kommunistisch orientierte CGT zog sich auf eine primär defensive Strategie der „sozialen Besitzstandswahrung“ zurück und half damit, die Arbeitslosen und Ausgegrenzten ihrem Schicksal zu überlassen. Alle Versuche, die Arbeiter in ihren traditionellen Hochburgen (z. B. Renault) zu mobilisieren, erlitten kläglichen Schiffbruch. Die den Sozialisten nahestehende CFDT war bereit, auf Lohnzuwächse zu verzichten, um die Desinflation nicht zu gefähr-

den. Als Gegenleistung erwartete sie neue Rechte für die Arbeitnehmer, vor allem bei der Gestaltung des Produktionsprozesses. Trotz dieser erneuten Verschärfung der Ungleichgewichte in den Arbeitsbeziehungen kam es keineswegs zu einem dauerhaften Kompromiß zwischen Regierung und Unternehmern, obwohl die Selbstfinanzierung der Unternehmen seit 1984 große Fortschritte machte. Sogar den Staatsbetrieben wurde der Zugang zum privaten Kapitalmarkt eröffnet. Seitdem klar war, daß die Linke ihre Mehrheit verloren hatte, setzten die Kapitaleigner auf den Sieg der Rechten im März 1986.

Am deutlichsten näherten sich die Sozialisten der Rechten im zentralen Bereich der Verteidigungs- und Rüstungspolitik. Mitterrand selbst war es, der in einem grundsätzlichen Text²⁵) den engen Zusammenhang zwischen nationaler Unabhängigkeit, nuklearer Abschreckung und den neuen Hochtechnologien herstellte und dabei Argumente vorbrachte, die denen des Pentagon verblüffend ähneln. Hier bekommt die Modernisierung ihre höchste Weihe als integraler Bestandteil der Staatsräson. Ausgerechnet Mitterrand, der sich immer mehr für die Verkörperung einer gewandelten Linken hält, verleiht dem traditionellen Gaullismus eine neue Qualität, indem er Frankreichs Anspruch auf eine europäische Führungsrolle daraus ableitet, daß es auf dem Weg zur politischen, strategischen und technologischen Unabhängigkeit des Alten Kontinents vorangeht. Damit geht das Eingeständnis einher, daß Frankreich Europa braucht, daß aber auch umgekehrt Europa sich stärker den französischen Vorgaben anpassen muß. Hier bildet sich ein Kontinuitätsstrang von seltener Konsistenz heraus, der die Parteigrenzen längst transzendiert hat.

III. Grenzen der Modernisierung

1. Widersprüche der Industriepolitik

Obwohl die allgemeine Technologie-Akzeptanz bis in die Gegenwart unerschüttert scheint und obwohl die Modernisierungsbemühungen der Rechten und der Linken zu konvergieren beginnen, haben sich die erhofften Ergebnisse — also eine Verbesserung der Stellung Frankreichs in der internationalen Arbeitsteilung — nicht einge-

stellt. Tatsächlich stießen sich beide Antikrisenstrategien an strukturell bedingten Faktoren interner und externer Natur, die sie nicht in Frage stellen wollten bzw. konnten. Dabei rangiert die Rolle des Staates und der von ihm praktizierten Industriepolitik an oberster Stelle. Grundsätzlich gingen beide politischen Lager dabei von denselben Voraussetzungen aus. Aus der Tatsache, daß der Staat selbst stets Teil der gesellschaftlichen Kompromisse war, versteht sich, warum es nie eine kohärente, über einen längeren Zeitraum verfolgte Industriepolitik gegeben hat²⁶). Zwar kämpfte die Hohe Verwaltung um ihre Autono-

²⁴) Vgl. seine Rechtfertigung in: J.-P. Chevènement, *Le Paris pour l'intelligence. Entretiens avec H. Hamon u. P. Rotman*, Paris 1985. Kritischer über die Modernisierungs-Ideologie der Sozialistischen Partei Ph. Messine, *Liberté, égalité, modernité. Promesses et menaces de la modernisation*, Paris 1985.

²⁵) F. Mitterrand, *Réflexions sur la politique extérieure de la France. Introduction à vingt-cinq discours (1981—1985)*, Paris 1986. Dieser Text ist in der Bundesrepublik zu wenig beachtet worden.

²⁶) Vgl. den guten Überblick von W. Neumann/H. Uterwedde, *Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich*, Opladen 1986; materialreich P. Dacier/J.-L. Levet/J.-Cl. Touret, *Les dossiers noirs de l'industrie française. Echecs, handicaps, espoirs*, Paris 1985.

mie, konnte sich einer wachsenden Politisierung aber nicht entziehen²⁷⁾.

Hinzu kam ein fundamentaler Strukturdefekt dieser Politik: Nicht zufällig erzielte der staatliche Voluntarismus in jenen Branchen der neuen Industrien seine größten Erfolge, die zugleich von einem geschützten Binnenmarkt profitieren: Elektronik, Rüstung, Telekommunikation²⁸⁾, Nuklearindustrie, Luft- und Raumfahrt, Transportsektor (Hochgeschwindigkeitszug, U-Bahn-Bau). So kam es, daß gerade viele Zukunftsindustrien nicht der schneidenden Zugluft der internationalen Konkurrenz ausgesetzt wurden. Indem der Staat ihnen ein wohliges Nest baute, machte er Anstrengungen weitgehend überflüssig, die eigene Leistungskraft auf den Weltmärkten unter Beweis zu stellen. Das Wichtigste, nämlich die Aufträge sowie ein Teil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F & E), nahm ihnen der Staat ab. Die enge Verschränkung von Management und Staatsbürokratie ging so weit, daß sich die Struktur innerbetrieblicher Entscheidungsabläufe und damit die Betriebsorganisation überhaupt dem staatlichen Vorbild anpaßte, also von vornherein nicht jene Flexibilität und Kreativität erreichte, die auf dem Feld der neuen Technologien geradezu von existentieller Bedeutung sind²⁹⁾.

Außerdem stimmten Staat und Industrie in der Einschätzung strategischer Prioritäten keineswegs immer überein³⁰⁾. Im Bereich der Informatik, der für den Staat besonders wichtig ist, engagierten sich die Unternehmer nur zögernd. Den Kampf mit der amerikanischen und vor allem japanischen Konkurrenz nahmen sie trotz aller Pressionen seitens des Staates gar nicht erst auf. Immer wieder führte die Industriepolitik zu einem Bündnis zwischen Staat und Großkonzernen zu Lasten kleinerer, aber innovativer Unternehmen³¹⁾. Tatsächlich gibt es im Sektor der neuen

Technologien nur wenige, die internationale Konkurrenz herausfordernde Großkonzerne. Das liegt nicht zuletzt daran, daß sich der F & E-Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Frankreich unter dem Niveau in den USA, Japan, der Bundesrepublik und Großbritannien befindet und 1985 noch nicht den Stand in den USA von 1979 erreicht hat, wobei der Anteil des Staates 1983 mit 57% über dem in der Bundesrepublik (42%) und in Japan (35%) lag³²⁾. Ob die auch in Frankreich seit einigen Jahren vorangetriebene, mit öffentlichen Mitteln geförderte Gründung sogenannter Technologieparks, besonders in strukturschwachen Regionen, eine Aufweichung der traditionellen Industriepolitik bedeutet, bleibt abzuwarten³³⁾.

Für die fortdauernde Schwäche des Industriesektors ist bezeichnend, daß sich die industrielle Produktion nach Perioden der Rezession in Frankreich langsamer erholt als überall sonst (ausgenommen in Großbritannien). Während sich die Struktur des Außenhandels weiter verschlechtert (s. unten), verliert er die Herrschaft über den Binnenmarkt. Besonders verheerend waren die Jahre zwischen 1979 und 1982, also während der zweiten Welle der Weltwirtschaftskrise. In der Liste der 100 größten Unternehmen der Welt gab es 1979 elf, 1982 nur noch sechs französische Unternehmen. In dieser Zeit verlor die Automobilindustrie etwa ein Drittel des Binnenmarktes an ausländische Anbieter. Weder den Konservativen noch den Sozialisten gelang es, ein Konzept zur Überwindung der tiefen Krise zu entwickeln, in die die meisten alten Industrien gerieten (Stahl, Schiffbau, Textil, Uhrenindustrie usw.).

Fast völlig tabuisiert ist die Frage, ob die Rüstungsindustrie, deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung von Jahr zu Jahr zunimmt³⁴⁾, wirklich einen Beitrag zur Modernisierung des Industriesektors zu leisten imstande ist. Schon heute sind hier 300 000 Personen beschäftigt (ohne Zuliefer-

²⁷⁾ Vgl. dazu M.-Ch. Kessler, *Les Grands Corps de l'État*, Paris 1986; D. Lochak/J. Chevallier, *La Haute Administration et la politique*, Paris 1986.

²⁸⁾ Zum „französischen Modell“ einer Entwicklung dieser Branche vgl. B. Aurelle, *Les télécommunications*, Paris 1986; J. Darmon, *Le Grand Dérangement. La guerre du téléphone*, Paris 1985. Aufschlußreich ist der Bericht, den L. Fabius als Industrieminister in Auftrag gegeben hat und der die Frage zu beantworten sucht, warum Frankreich in bestimmten Branchen wettbewerbsfähig ist, in anderen nicht: J.-J. Salomon, *Le Gaulois, le Cowboy et le Samouraï*, Paris 1986.

²⁹⁾ Vgl. die Analyse von L. Karpik, *Une révolution industrielle sans la France?*, in: *Le débat*, Mai — September 1986, S. 114—129. Die Neokonservativen plädieren sogar dafür, daß der Staat wie ein Unternehmen verwaltet werden soll, vgl. B. Krief/J. Darmon, *Gérer la France comme une entreprise*, Paris 1986.

³⁰⁾ Am Beispiel der Elektronik: J. Zysman, *L'industrie française entre l'État et le Marché*, Paris 1982 (engl. *Political strategies for industrial Order*, 1977).

³¹⁾ Vgl. die Kritik in: Commission du Plan (rapport F. Bloch-Lainé), *La France en mai 1981. Forces et faiblesses*, Dezember 1981, Kap. XIII.

³²⁾ Anteil der Ausgaben für F&E am BIP (%)

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985 (geschätzt)
USA	2,37	2,47	2,52	2,66	2,70	2,74	2,88
Japan	2,10	2,22	2,38	2,47	—	—	2,6–2,7
BRD	2,40	2,43	2,44	2,58	2,58	—	2,6–2,7
Frankr.	1,81	1,84	2,01	2,10	2,14	2,18	2,25

Quelle: R. Saint-Paul/R. Barre, *La place de l'effort français de recherche-développement dans la compétition internationale*, in: *Revue d'économie politique*, (1985), S. 571 (Tab. 2) u. S. 575 (Tab. 5).

³³⁾ Vgl. den eher skeptischen Bericht in: *Wirtschaftswache*, 29. August 1986, S. 58—63.

³⁴⁾ Zahlen aus J.-B. Ramé, *L'industrie d'armement en France: impact industriel et économique*, in: *Enjeux*, April 1986; grundsätzlich: P. Dussange, *L'industrie française de l'armement*, Paris 1985.

rer), d. h. 4% der Beschäftigten in der Industrie. Die Luft- und Raumfahrt arbeitet zu 70% für die Rüstung. Die Rüstungsindustrie ist hochgradig konzentriert (die zehn wichtigsten Unternehmen realisieren 75% des Gesamtumsatzes). Ihr Umsatz ist von 22,5 Mrd. F 1974 auf fast 100 Mrd. F 1984 gestiegen. Ebenso verhält es sich mit dem Anteil des Exports: 30% 1974; 42,6% 1984. Der F & E-Anteil am Umsatz beträgt in den Rüstungsunternehmen 15 bis 20%, sonst unter 3%. Rund 20% der gesamten staatlichen F & E-Ausgaben entfallen auf die Rüstungsindustrie: 1985 18 Mrd. F, die das Verteidigungsministerium vergibt. Die Austeritätspolitik hat den Rüstungssektor immer ausgespart. Hier entsteht nicht nur ein Staat im Staate, der alle Dezentralisierungs- und Demokratisierungsbemühungen konterkariert. Es könnte auch sein, daß diese Privilegierung der Rüstungsindustrie eines Tages zu einem „Ressourcendilemma“ führt, sowohl was seine Finanzierung wie was seine Belastung für die Gesamtwirtschaft betrifft³⁵).

Auch die großen Erwartungen, die die Linke mit den Nationalisierungen verknüpfte, erfüllten sich nicht. Zu keinem Zeitpunkt wurden sie als „Speerspitze der Modernisierung“ eingesetzt³⁶). Allerdings erleichterte der Staat Umstrukturierungen innerhalb der Industriegruppen und zwischen ihnen. Auf diese Weise verbesserte sich zweifellos ihre ökonomische und finanzielle Lage und damit die Chance für die Formulierung einer langfristigen Strategie. Ansonsten wurde mit der Wende von 1982/83 auch die anfängliche Euphorie aufgegeben, mit einer Fülle aufwendiger Programme alle möglichen alten und neuen Industrien zu sanieren bzw. zu modernisieren. Ab 1983, als Laurent Fabius das Industrieministerium übernahm, schwenkte die Regierung auf einen realistischen Kurs ein, der durch die Sparpolitik ohnehin unausweichlich geworden war. Jetzt beschränkte sie sich darauf, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen abzustecken, vor allem mit dem Ziel, sie von finanziellen Zwängen zu befreien. Mit Hilfe einer neuen Institution, dem „Fonds Industriel de Modernisation“, sollten die neuen Technologien im gesamten Industriesektor verbreitet werden.

2. Keine Verbesserung der Weltmarktposition

Alle Untersuchungen zeigen, daß die bisweilen verzweifelten Versuche, Frankreich aus seiner „intermediären“ Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung herauszubringen

³⁵) So J. Howorth, Begrenzte Mittel und strategische Optionen. Frankreichs Verteidigungspolitik am Scheideweg? In: Europa Archiv, 10. Mai 1986.

³⁶) Zum sozialistischen Selbstverständnis der Nationalisierungen vgl. am besten L. Zinsou, Le fer de lance. Essai sur les nationalisations industrielles. Vorwort von L. Fabius, Paris 1985.

und der Spitzengruppe (USA, Japan, Bundesrepublik) anzunähern, gescheitert sind³⁷). Dieser Tatbestand wirft ein bezeichnendes Licht auf die „Macht der Verhältnisse“, also auf die außerordentliche Kraft beharrender Strukturen in der französischen Gesellschaftsformation. Wie in der Vergangenheit konzentriert sich noch immer das Außenhandelsdefizit auf die wichtigsten OECD-Länder, an ihrer Spitze die Bundesrepublik, die USA und Japan. Nicht einmal der Niedergang des Erdölpreises wirkte sich in signifikanter Weise aus. Auch weiterhin werden Überschüsse im wesentlichen im Handel mit der Dritten Welt (einige OPEC-Länder ausgenommen) erwirtschaftet. Der Anteil Frankreichs am Export verarbeiteter Güter der OECD-Länder blieb in den letzten zwanzig Jahren (!) unverändert: stets an vierter Stelle hinter den USA, der Bundesrepublik und Japan (ab 1983 rangiert die Bundesrepublik vor den USA). Was den Anteil Frankreichs an den Gesamtexporten der acht wichtigsten OECD-Länder betrifft, so sank er von 1979 11,5% auf 10,6% im Jahre 1985 — zum Vergleich in diesem Zeitraum — Bundesrepublik von 21,7% auf 24%; Japan von 14,7% auf 20,6%; Italien gleichbleibend 9%; USA von 21,6% auf 15,7%).

Wie ein Schock wirkte die Nachricht, daß das Anfang 1986 zum ersten Mal entstandene Defizit im Bereich der zivilen verarbeiteten Güter nur durch den erhöhten Export von Produkten der Rüstungsindustrie ausgeglichen werden konnte³⁸). Unterteilt man, wie seit einiger Zeit üblich, die exportierten verarbeiteten Güter in solche mit hohem, mittlerem oder niedrigem Technologiegehalt, bestätigt sich dieses Bild: Im Bereich der Güter mit hohem Technologiegehalt taucht erneut das Defizit gegenüber den OECD-Ländern, insbesondere den USA, der Bundesrepublik und Japan, auf, das nur im Handel mit der Dritten Welt kompensiert wird. Bezeichnenderweise weist die Bilanz im Handel mit technologiearmen Produkten ein globales Saldo auf. Hier wirkt sich aus, daß viele kleine und mittlere Unternehmen mangels ausreichender Innovationsfähigkeit nicht konkurrenzfähig sind, während die Fortschritte in dieser Gruppe in anderen Ländern, auch in Schwellenländern, beträchtlicher ist.

Besonders negativ ist das hohe Defizit einzuschätzen, das regelmäßig im Handel mit den Partnern der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Güter mit mittlerem Technologiegehalt (Auto, Grundstoffchemie, nichtelektrische Ma-

³⁷) Vgl. die verschiedenen Beiträge zum Thema „La France dans la hiérarchie économique internationale 1984—1985“, in: Revue d'économie politique (Anm. 32).

^{37a}) F. Simon, in: Le monde, 22. Januar 1987, S. 25.

³⁸) Vgl. F. Simon, Commerce extérieur et compétitivité industrielle, in: Le Monde, 3. Juni 1986.

schinen usw.) auftritt. Daß trotz ständiger Abwertungen des Francs und Aufwertungen der DM keine Besserung eingetreten ist, zeigt das ganze Ausmaß der Konkurrenzschwäche. Was die Direktinvestitionen im Ausland angeht und damit die Stellung der Multinationalen Konzerne, ist Frankreich in den letzten Jahren eher noch weiter abgesunken. Jedenfalls ist ein deutliches Zurückfallen gegenüber der Spitzengruppe (USA, Großbritannien, Bundesrepublik) festzustellen. Es wurde sogar von den Niederlanden und, seit Ende der siebziger Jahre, auch von Japan überholt.

3. Neue gesellschaftliche Konfliktpotentiale?

Lange schien es, als würde der kurvenreiche Weg der verschiedenen Antikrisenpolitiken endlich doch in die Einbahnstraße eines neuen, auf breiter Zustimmung beruhenden Wachstumsmodells münden, das behaglich mit den Werten der Postmoderne ausgestattet ist. Die alten gesellschaftlichen Konflikte verblaßten, darunter der ehemals alles beherrschende Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit. Die Zahl der wegen Streiks ausgefallenen Arbeitsstunden ging rapide zurück. Auch in Frankreich zeigte die traditionelle Arbeiterklasse unübersehbare Auflösungserscheinungen. Demgegenüber war nicht zu sehen, wo die neuen Konfliktlinien aufbrechen könnten, was kaum verwundert, da das neue Wachstumsmodell gerade erst im Entstehen begriffen ist. Möglicherweise breitete sich nach den vielen „Wenden“ eine bleierne Reformmüdigkeit über das Land. Immerhin war man einem, von der Rechten wie der Linken stets lautstark verkündeten Ziel wenigstens einen kleinen Schritt nähergekommen: dem Abbau der erheblichen Einkommensdisparitäten³⁹⁾, die allgemein als besonders schwerwiegendes Hemmnis der Modernisierung galten. Andererseits hielt das in Frankreich stark ausgebaute System der sozialen Sicherheit den wachsenden Belastungen stand und erfüllte damit seinen Zweck als Instrument gesellschaftlicher Regulierung⁴⁰⁾.

Wie überall mußte aber auch Frankreich seinen Preis zahlen. Nicht zuletzt als Folge der hohen Arbeitslosigkeit, die von der Rechten wie später auch von der Linken als unvermeidbares Produkt der Umstrukturierungen hingenommen wurde, entfaltete sich nun jene „société à deux vitesses“, vor der man um 1980 noch gewarnt hatte. Von Anfang an war in Frankreich der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an der Arbeitslosig-

keit mit über einem Viertel vergleichsweise hoch (höher in der EG nur in Italien). Neue Untersuchungen zeigen, daß unter den Sozialhilfeempfängern, deren Zahl wie in der Bundesrepublik ständig steigt, der Anteil der Jugendlichen überproportional zunimmt⁴¹⁾. Wie anderswo auch verbreitet sich das Phänomen der „Neuen Armut“ als Abfallprodukt der Marginalisierung nicht ausreichend qualifizierter Arbeitskraft. So kommt es, daß immer neue Kategorien von Arbeitslosen unter die Armutsgrenze (= 40% des garantierten Mindestlohnes) absinken. Am unteren Ende der Gesellschaft bildet sich ein Reservoir, dessen Zukunftsperspektiven gleich Null sind.

Aber auch innerhalb der Arbeitsgesellschaft nehmen die Verwerfungen zu. Die Tatsache, daß die Kapitaleigner durch eine sozialistische Regierung massiv begünstigt wurden, hat nicht nur dazu beigetragen, das Ungleichgewicht in den Arbeitsbeziehungen zu vertiefen. Das neue Selbstbewußtsein der Unternehmer erhält insofern zusätzliche Nahrung, als es den Gewerkschaften nicht einmal möglich ist, die reformerischen Ansätze dieser Regierung, nämlich den Aufbau eines auf ausgehandelten Kompromißlösungen beruhenden Modells der Arbeitsbeziehungen, voranzutreiben. Die Anzeichen mehren sich, daß die Unternehmer alles tun, um die Auroux-Gesetze (s. oben), nachdem sie sie widerwillig akzeptiert hatten, zu unterlaufen. Um das zu verhindern, benötigen die Gewerkschaften ein Minimum an Druckpotential, über das sie nicht verfügen. So könnte eine gesellschaftliche Machtverschiebung in Gang kommen, die das Auseinanderklaffen von Unternehmer- und Arbeitnehmerinteressen ständig vorantreibt und damit die restlichen, von der Linken noch einmal ausgebauten sozialen Komponenten des Modernisierungsprozesses bedroht.

Wie die Wahlerfolge der äußersten Rechten (der „Nationalen Front“) zeigten, bildet sich eine Konfliktlinie heraus, die durch rassistische Verhaltensweisen in Verbindung mit sozioökonomischer Deklassierung entsteht. Tatsächlich hat sich ein Teil der traditionellen gaullistischen Klientel (Kleinhändler, Kleinproduzenten, also Restbestände der alten Kleinbourgeoisie), ein Erbe der poujadistischen Bewegung aus den fünfziger Jahren, vom RPR losgesagt und sich selbständig gemacht. In der „Nationalen Front“ sammelt sich eine zweite Gruppe von Verlierern der Modernisierung, die ihre Wut nun gegen die Ausländer als vermeintliche Konkurrenten richtet. Sie will den autoritär-konservativen Staat, der die Gesellschaft „reinigt“ und ihren Interessen dient. Da

³⁹⁾ Vgl. P. Uri, Rapport sur la réduction des inégalités, Commissariat général du Plan 1983, sowie die regelmäßigen Berichte des Centre d'études des revenus et des coûts (CERC).

⁴⁰⁾ Grundsätzlich M. Laroque, Politiques sociales dans la France contemporaine. Le Social face à la crise, Paris 1984.

⁴¹⁾ Z. B. E. Pascaud/B. Simonin, La pauvreté et la précarité. Diversité des recours à l'aide sociale, in: Consommation et modes de vie, März 1986.

damit aber die Modernisierung selbst in Gefahr gerät, hat sie wenig Chancen, aus ihrer gesellschaftlichen Randposition herauszukommen.

Die größte Bedrohung der gesellschaftlichen Kohäsion aber resultiert aus der Tendenz zu einem allgemeinen Bedeutungsverlust der intermediären Kräfte (Parlament, Parteien, Gewerkschaften), der von der Rechten wie von der Linken zu verantworten ist, und die Staatsmacht zunehmend unmittelbar mit den Interessen der verschiedenen sozioökonomischen Gruppen kon-

frontiert. Tatsächlich hat der autoritäre Charakter der Entscheidungsprozesse zugenommen. Auch die Linke hat ihre Reformprojekte (Auroux-Gesetze, Dezentralisierung) nicht als Ergebnis eines Dialogs mit den Betroffenen, sondern auf dem Weg technokratischer Verordnung verabschiedet. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als sie in Frankreich — im Gegensatz zu den USA und zur Bundesrepublik — nicht durch eine populistische Dimension kaschiert wird, die den Trend zur Entpolitisierung der Gesellschaft begleitet.

IV. Die Gegenoffensive der Neokonservativen

Vor diesem Hintergrund versteht sich die erneute „Wende“, wie sie am 16. März 1986 durch den Wahlsieg der Rechten stattgefunden hat. Auf den ersten Blick scheint es, als würde er einen wirklichen „Bruch“ in der Entwicklung der französischen Gesellschaftsformation markieren, den auch die „cohabitation“ nicht überdecken kann. Manches spricht dafür. Die traditionelle Rechte hat sich gewandelt: jetzt ist ihr gaullistischer Teil die treibende Kraft auf dem Weg zu einer neuen Etappe der Modernisierung, während es die Giscardisten sind, die bremsend wirken. Die Machtverhältnisse innerhalb der Rechten aus der Zeit des „Experiments Barre“ haben sich also umgekehrt. Nach der Abspaltung der alten Kleinbourgeoisie konnten die Gaullisten um so leichter ihr zweites Standbein verstärken: die enge Bindung an die expansionistisch-modernistischen Teile der Industriebourgeoisie (wie schon unter Pompidou), die ihre Interessen nur verfolgen konnte, wenn es gelang, auch Frankreich in die in allen westlichen Industrieländern (in unterschiedlichen Varianten) praktizierte neokonservativ-neoliberale Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft voll zu integrieren.

Tatsächlich hat die traditionelle Rechte, insbesondere ihre gaullistische Komponente, seit ihrer Niederlage von 1981 einen ideologischen Wandel vollzogen durch die Aufnahme von Elementen aus dem, was man bewundernd als die „amerikanische konservative Revolution“ beschrieb⁴²⁾. Dementsprechend fiel ihr Programm aus, in dem — im Kontrast zu ihren eigenen früheren Positionen — nun der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft (die „Deregulierung“, vor allem in Gestalt der Reprivatisierung), die erforderliche Flexibilisierung der Gesellschaft und das Leistungsprinzip, also die Ungleichheit als eine Art Naturereignis, propagiert wurden. War das endlich der Bruch mit der colbertistischen Tradition Frankreichs?

⁴²⁾ So z. B. G. Sorman, *La Révolution conservatrice américaine*, Paris 1983.

Die innenpolitische Situation war günstig. Alle Gegenkräfte befanden sich in der Defensive. Eine im übrigen tief gesplante Linke fand sich bei etwas über 40% der Wählerstimmen in hoffnungsloser Lage wieder. Die Gewerkschaftsbewegung stand mit dem Rücken an der Wand. Miterrand konnte bremsen, aber nicht verhindern. Gerade die „cohabitation“ zwang zum raschen, entschlossenen Handeln, nicht zuletzt, um die Chancen des Premierministers Chirac für die 1988 ins Haus stehenden Präsidentschaftswahlen so optimal wie möglich zu gestalten. Der Kessel der Lokomotive stand also unter hohem Druck; der konservative Reformzug konnte davonbrausen.

Es ging nun Schlag auf Schlag: Der größte Brocken war zweifellos die Privatisierung von 65 Unternehmen, mit allen Tochtergesellschaften und Filialen insgesamt 1 454 Gesellschaften, die etwa 755 000 Arbeitnehmer beschäftigen. Innerhalb von fünf Jahren soll diese gewaltige Aktion über die Bühne gehen (Gesetz vom 2. Juli 1986). Im einzelnen handelt es sich um 19 Versicherungsgesellschaften, 282 Finanzinstitute und 341 Unternehmen aus dem Industriesektor. Den damit verbundenen Wetttransfer aus dem öffentlichen in den privaten Sektor schätzt man auf 300 Mrd. F⁴³⁾. Weitere Maßnahmen folgten, darunter die Abschwächung der Steuerprogression für Besserverdienende, die Liberalisierung der Preise (ab 1. Januar 1987 fast vollendet), eine weitere Desinflation durch sehr geringe Lohnzuwächse (besonders im öffentlichen Sektor) und schließlich die Lockerung der gesetzlichen Vorschriften bei der Entlassung von Arbeitnehmern — im Kern also eine französische Ausgabe der anderswo auch verfolgten neokonservativen Politik, nur zügiger und für französische Verhältnisse scheinbar einschneidender. Auf diese Weise soll die Gesellschaft endlich so weit homogenisiert werden, wie es zur Durchsetzung des neokonservativen Projekts erforderlich ist.

⁴³⁾ A. Diner/J. Tricou, *Les procédures de privatisation*, in: *Banque*, Dezember 1986.

Dennoch wird der anvisierte Bruch durch ein Element der Kontinuität und durch die provozierten Reaktionen gesellschaftlicher Gruppen erheblich abgemildert. Es läßt sich durchaus die These vertreten⁴⁴⁾, daß die von der sozialistischen Regierung durchgeführten Nationalisierungen die notwendige Voraussetzung für die Privatisierung geliefert haben. Sie stellen nämlich, wie gezeigt, eine wesentliche Etappe auf dem Weg dar, der zur Marktöffnung der französischen Ökonomie führt. Die Sozialisten haben auf diese Weise die Unterkapitalisierung der Unternehmen beseitigt, ihre Rentabilität verbessert, die nationale Kontrolle der Wirtschaft trotz der Internationalisierungstendenzen garantiert und schließlich ihre Legitimität durch die Auroux-Gesetze gestärkt. Mit anderen Worten: In dieser Phase hat der Staat die Umstrukturierung dadurch ermöglicht, daß er deren Kosten sozialisiert hat, etwa durch den Rückzug aus Branchen, die dem Wettbewerb nicht mehr gewachsen sind. Mehr noch: Nur eine Linksregierung konnte in Frankreich diese Marktöffnung erreichen und die dafür notwendige Veränderung der Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in Gang setzen, auch wenn die Linke selbst sich dabei „geopfert“ hat.

Daraus erklärt sich, warum nur eine „sanfte Privatisierung“ (E. Cohen) diesen durch die Nationalisierung eingeleiteten Prozeß vollenden kann. Eine brutale Entnationalisierung, verbunden mit einem allzu massiven Einströmen ausländischen Kapitals und der Abschaffung der Auroux-Gesetze, würde das Erreichte eher in Frage stellen als konsolidieren. Trotz großer Worte sieht es so aus, als würde Chirac den Weg der „sanften Privatisierung“ gehen, damit in der Kontinuität bleiben und so der Versuchung widerstehen, dem Vorbild von Frau Thatcher nachzueifern. Tatsächlich ist 1986 nur ein Großunternehmen (Saint Gobain) recht erfolgreich privatisiert worden, und zwar auf der Basis breit gestreuter Aktien.

Die durch die neokonservative Politik ausgelösten sozialen Konflikte haben eine weitere Grenze gezogen, an der sie sich vorerst den Kopf eingestoßen hat. Wieder, wie schon im Januar 1937, muß eine „Pause“ eingelegt werden. Das empfiehlt sich um so mehr, als es sich um Konflikte neuen Typs handelt. Die Revolte der Studenten und Schüler wie der Widerstand der Eisenbahner (und anderer Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor) weisen erstaunliche Ähnlichkeiten

auf⁴⁵⁾. In beiden Fällen richtete sich der Protest gegen Maßnahmen der Regierung, die als Bedrohung von Lebens- und Arbeitschancen, also des Gleichheitsgrundsatzes, empfunden wurden: die Verschärfung der Selektion im Ausbildungsbereich und die Veränderung der Lohnskala, indem das Dienstalter durch die Verdienste (wie immer sie festgestellt werden sollten) als wichtigstes Kriterium ersetzt wurde. In beiden Fällen gab es keinen Dialog mit den Betroffenen. In beiden Fällen brach der Aufstand überraschend, spontan und außerhalb der „zuständigen“ Organisationen aus und wurde während des gesamten Verlaufs von der Basis demokratisch selbstbestimmt bis hin zur Entscheidung über die Beendigung, auch wenn mancher versuchte, auf den fahrenden Zug zu springen.

Die Regierung war gezwungen, in den gesellschaftspolitisch relevanten Punkten zurückzuweichen und blieb nur gegenüber den Lohnforderungen hart, weil hier die Substanz ihrer Wirtschaftspolitik auf dem Spiel stand. Dennoch profitierten weder die Oppositionsparteien noch die Gewerkschaften von dem Protest, obwohl er eine außerordentlich mobilisierende Kraft entfaltete und damit anzeigte, daß es sich nicht um ein kurzfristiges, oberflächliches soziales Phänomen handelte. Die Sozialistische Partei vermittelte den Eindruck, daß sie die Vorgänge gar nicht verstehen würde. Es sah sogar so aus, als würde auch sie wünschen, daß die Regierung den Lohnforderungen nicht nachgibt. Der Protest richtete letztlich an beide Lager eine für die Zukunft des französischen Wachstumsmodells zentrale Botschaft: Einmal in Gestalt der Warnung, gesellschaftliche Bedürfnisse zu erkunden, ernst zu nehmen, nicht den ökonomischen „Zwängen“ zu opfern, den Modernisierungskonsens nicht als Vorwand für eine ungerechte Verteilung der Lasten zu mißbrauchen. Sonst würde er Gefahr laufen, zur Fassade zu verkommen, hinter der eine neue Legitimationskrise und schließlich eine Hegemoniekrise des Wachstumsmodells überhaupt ausbricht. Zum anderen in Gestalt einer konkreten Utopie, die Auskunft über die Art und Weise künftiger Konflikte gibt und Parteien, vor allem aber den Gewerkschaften, Anlaß zu neuem Nachdenken geben sollte — einfach deshalb, damit sie für den nächsten Konflikt vorbereitet sind.

⁴⁵⁾ Beste Analyse: S. July, *Le décembre rampant*, in: *Libération*, 31. Dezember 1986.

⁴⁶⁾ Dieser Aspekt ist auch in den Berichten der deutschen Frankreich-Korrespondenten gut herausgekommen. Vgl. u. a. Th. von Münchhausen, *Die Basis macht der Führung Sorgen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17. Januar 1987; vgl. auch G. Nonnenmacher, *Die französische Unruhe*, ebd., 23. Januar 1987.

⁴⁴⁾ Vgl. den brillanten Artikel von E. Cohen, *Nationalisations. Une bonne leçon de capitalisme*, in: *Politique économique*, April 1986.

Die „cohabitation“: Verfassungsprobleme und politische Praxis

I. Präsidentialistische Verfassungspraxis bis zum März 1986

Die V. Französische Republik bietet — bis zur Bildung der Regierung Jacques Chirac nach den Wahlen zur Nationalversammlung vom 16. März 1986 — ein besonders drastisches Beispiel dafür, wie weit die „lebende Verfassung“ des politischen Prozesses und der „tote Buchstabe“ des Verfassungstextes voneinander abweichen können.

Gemäß Art. 20 und Art. 21 „bestimmt und leitet“ die der Nationalversammlung verantwortliche Regierung „die Politik der Nation“; „der Premierminister leitet die Tätigkeit der Regierung“ und er ist hierfür mit den erforderlichen Kompetenzen ausgestattet. Der Präsident der Republik besitzt zwar weitergehende Befugnisse als seine Vorgänger in der III. und IV. Republik, doch sind gerade die wichtigsten dieser Befugnisse als Elemente einer besonders gut ausgebauten „Reservemacht“ zu verstehen, die dem Staatsherrn die Übernahme einer politisch maßgeblichen Rolle nur dann ermöglichen sollen und allerdings auch gebieten, wenn das Zusammenwirken der Institutionen gestört ist: Ernennung — nicht Entlassung! — des Premierministers; Auflösung der Nationalversammlung; Anberaumung eines Referendums (mit erheblichen Einschränkungen); Vollmachten beim Notstand.

Geprägt von historischen Erfahrungen, insbesondere durch den Zusammenbruch im Jahre 1940, wollte General de Gaulle, auf den die den Präsidenten der Republik betreffenden Verfassungsartikel direkt zurückgehen, dem Staatsherrn die Möglichkeit geben, die Nation durch eine Krise zu führen. Nimmt man andere, ihm auch in „normalen“ Zeiten zur Verfügung stehende Kompetenzen hinzu — auf sie ist noch zurückzukommen —, so hat man gewiß einen Staatsherrn vor sich, der nicht nur repräsentative und symbolische Funktionen erfüllen soll¹⁾, aber nicht jemanden, dem die tagtägliche Bestimmung der Richtlinien der Politik aufgegeben wäre. So „dunkel“ und umstritten hinsichtlich der Auslegung mancher Bestimmungen — vor allem des

hier einschlägigen Art. 5, der die Funktion des Präsidentenamtes allgemein umschreibt — der Verfassungstext auch ist, eine Präsidialdemokratie schreibt er sicher nicht vor, eher eine Art Premierminister-Demokratie.

Die „lebende Verfassung“ hat bekanntlich ganz anders ausgesehen: Der Präsident der Republik spielte eine derart dominierende Rolle, daß man ihn als stärksten Regierungschef — der er de facto war — in einer westlichen Demokratie beschreiben konnte (Maurice Duverger). Er bestimmte die Richtlinien der Politik mit einem so großen Entscheidungsspielraum, wie ihn weder der britische Prime Minister noch der deutsche Bundeskanzler, schon gar nicht der amerikanische Präsident besitzen. Der Premierminister war nur „der zweite Mann an Bord“ (de Gaulle), der sich mit der Durchführung der präsidentiellen Richtlinien begnügen mußte, wobei er je nach personeller und politischer Konstellation einen unterschiedlich großen (bzw. kleinen) Freiraum besaß.

Wie ist es zu dieser Verfassungspraxis gekommen, die auch die Verfassungsväter 1958 nicht vorausgesehen, geschweige denn geplant hatten? Welche politischen Bedingungen mußten gegeben sein, damit sie den Gründer der V. Französischen Republik überlebte und solange fortbestehen konnte? François Mitterrand hat in seiner Botschaft an das Parlament vom 8. April 1986²⁾ die wichtigsten Gründe präzise benannt, die die Rolle des Präsidenten der Republik „über den Verfassungstext hinaus“ so dominierend werden ließen: die „Umstände“ bei der Entstehung der V. Republik; die Einführung der Direktwahl 1962; eine dauerhafte Übereinstimmung der politischen Konzeptionen des Staatsherrn und der Mehrheit der Nationalversammlung.

Vorweg sei klargestellt, daß die Direktwahl für die Nachfolger de Gaulles, die weder seine historische Legitimität noch sein Charisma besaßen, eine zwar notwendige, aber — wie etwa ein Blick auf Österreich zeigt — keine hinreichende Bedingung für die präsidentielle Dominanz darstellt. Die „Umstände“, die die ersten Jahre der V. Republik begleitet haben, d. h. der bis April 1962 andauernde Algerienkrieg, haben es de Gaulle

¹⁾ In seiner Pressekonferenz vom 9. 9. 1965 brachte de Gaulle seine Auffassung auf eine Formel, die seitdem ein geflügeltes Wort geworden ist: „... qui a jamais cru que le Général de Gaulle, étant appelé à la barre, devrait se contenter d'inaugurer les chrysanthèmes?“ Charles de Gaulle, Discours et messages, Bd. 4: 1962 bis 1965, Paris 1970 (zit. Taschenbuchausgabe), S. 407.

²⁾ Abgedruckt in: Le Monde vom 10. 4. 1986, S. 5.

ermöglicht, auch ohne eine konsistente Mehrheit in der Nationalversammlung — wenn nötig durch einen Griff ins Arsenal des „rationalisierten Parlamentarismus“³⁾ — die Rolle des „republikanischen Monarchen“ zu spielen. Hinzu kamen sein „präsidialistisches Temperament“ (André Siegfried) und vor allem seine herausragende, historisch begründete Autorität, die es für seine Anhänger unvorstellbar werden ließ, ihn anzufechten. Infolgedessen erkannten Partei wie parlamentarische Mehrheit ihn als ihren „Chef“ an, und der von ihm ja ernannte Premierminister fand sich mit seiner untergeordneten Position ab.

Dieses also von Anfang an bestehende Verhältnis zwischen Präsident und Premierminister wirkte prägend für die Nachfolger: Die Parteiführer oder auch andere ehrgeizige Politiker strebten künftig in den Elysée-Palast, nicht ins Hôtel Matignon (dem Sitz des Premierministers). Die Spekulation hat einiges für sich, daß die V. Republik eine französische Variante der Kanzlerdemokratie geworden wäre, wenn sich de Gaulle 1958 entschieden hätte, Premierminister zu werden.

II. Die Staatschefs und die Perspektiven eines Verlusts der Mehrheit in der Nationalversammlung

Alle Präsidenten kamen in die Lage, sich derartige Fragen zu stellen, denn die Wahlen zur Nationalversammlung konnten ihnen dieses Fundament einer Mehrheit wegziehen. Als Gaullisten und Giscardisten 1967 nur eine hauchdünne Mehrheit gewannen, soll de Gaulle kommentiert haben: „Schade! Man hätte sehen können, wie man mit der Verfassung regieren kann!“⁴⁾ Aus dieser nach der Wahl hingeworfenen ironischen Bemerkung sollte man nicht auf eine „cohabitations“-Absicht bei divergierenden Mehrheiten schließen. Vor keiner der drei während seiner Präsidentschaft stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung — 1962, 1967, 1968 — hatte er eine derartige Möglichkeit erörtert. Vielmehr engagierte er sich in den Wahlkämpfen so sehr, daß eine Niederlage der „Mehrheit“ auch als seine persönliche Niederlage hätte erscheinen müssen, die konsequenterweise seinen Rücktritt

³⁾ Darunter versteht man eine Reihe von Möglichkeiten, die die Verfassung der Regierung in die Hand gibt, um ihre Vorstellungen im Parlament bei unsicheren Mehrheitsverhältnissen durchzusetzen. Die schärfste dieser Waffen ist die Verbindung der Vertrauensfrage mit der Abstimmung über eine Gesetzesvorlage (Art. 49 Abs. 3). De Gaulle rekurrierte 1960 und 1962 darauf, um gegen ein widerstrebendes Parlament die „force de frappe“ aufzubauen. Allgemein zum „rationalisierten Parlamentarismus“ der V. Republik: Adolf Kimmel, Die Nationalversammlung in der V. Französischen Republik, Köln 1983.

⁴⁾ Überliefert von Alain Peyrefitte, *Encore un effort, Monsieur le Président...*, Paris 1985, S. 40.

Was aber würde geschehen, wenn es in der Nationalversammlung keine Mehrheit mehr gäbe, die die Politik des Präsidenten und „seiner“ Regierung unterstützt? Denn das Fundament der dominierenden Stellung des Präsidenten war, vor allem für die Nachfolger de Gaulles, eine stabile Mehrheit, die hinter ihm bzw. seinem Premierminister gegen die Angriffe der Opposition stand und die durch die Zustimmung zu den gouvernementalen Gesetzesentwürfen, die modifiziert, aber kaum je substantiell verändert wurden, der Politik des Präsidenten zur Realisierung verhalf. Würde dieses Fundament einmal fortgespült, so stände das politische Regime vor seiner Bewährungsprobe, denn ein mögliches Auseinanderfallen von präsidentieller und parlamentarischer Mehrheit gilt als die „Achillesferse“ der Verfassung. Welche Möglichkeiten besitzt der Präsident in dieser Lage? Würde er noch eine politisch aktive Rolle spielen können oder stände er vor dem Dilemma, das Léon Gambetta für den Präsidenten Marschall MacMahon zu Beginn der III. Republik auf die vielzitierte Formel gebracht hatte: „Se soumettre ou se démettre“?

nach sich gezogen hätte. Dazu ist es nicht gekommen, doch wird man die Pressekonferenz vom 31. Januar 1964, in der de Gaulle sein Verfassungsverständnis ungeschminkt zum Ausdruck brachte, als eine deutliche Absage an jede Form von „cohabitation“ verstehen müssen. Alle staatliche Autorität liege beim Präsidenten und eine „Dyarchie“, eben die Konstellation der „cohabitation“, könne es an der Staatsspitze nicht geben. Käme es zu einem Zerwürfnis zwischen dem Präsidenten und der Mehrheit der Nationalversammlung, so müsse „die Nation“ selbst entscheiden⁵⁾. Die Gegner der „cohabitation“ 1986, insbesondere Raymond Barre, können sich also mit besseren Argumenten auf de Gaulle berufen als ihre Befürworter um Jacques Chirac.

Georges Pompidou wich der Frage vor den Wahlen vom März 1973 aus. Er ließ es bei dem sibyllinischen Hinweis bewenden, die Verfassung sei „anpassungsfähig“ (*souple*) und sie gebe dem Präsidenten eine Reihe von Möglichkeiten, einen Ausweg aus einer derartigen Krise zu finden⁶⁾. Eine „friedliche Koexistenz“ mit der gerade sich bildenden Linksunion (1972) hielt er nicht für möglich.

⁵⁾ Charles de Gaulle (Anm. 1), S. 167—188 (hier: S. 171 ff.).

⁶⁾ Insbesondere seine Pressekonferenzen vom 2. 7. 1970, vom 21. 9. 1972 und vom 9. 1. 1973, in: Georges Pompidou, *Entretiens et discours. 1968—1974*, Bd. 1, Paris 1975, S. 112, 119 ff. und 127 ff.

Valéry Giscard d'Estaing war der erste Präsident der Republik, der vor einer Wahl zur Nationalversammlung (März 1978) erklärte, er werde bis zum Ende seiner Amtszeit bleiben, auch wenn die Opposition in der Nationalversammlung zur Mehrheit würde⁷⁾. Gleichzeitig erklärte er, daß er als Präsident die Realisierung des Programms einer solchen Mehrheit nicht verhindern könnte. Ungeachtet wahltaktischer Absichten, die gewiß mitspielten, gab er damit klar zu verstehen, daß ein Präsident ohne Mehrheit in der Nationalversammlung ziemlich machtlos wäre, weil eben die Verfassung den über eine derartige Mehrheit verfügenden Premierminister und seine Regierung zur politisch entscheidenden Instanz machte.

III. Ein Novum in der V. Republik: Die Mehrheit des Präsidenten verliert die Wahlen zur Nationalversammlung

Was 1978 vor allem wegen des Zerfalls der Linksunions nicht eingetreten war, wurde im März 1986 erstmals Wirklichkeit: Der Staatschef und die Mehrheit der Nationalversammlung gehören nicht nur divergierenden, sondern konträr zueinander stehenden politischen Gruppierungen an.

Die Jahre 1976—1981 hatten gezeigt, daß der Präsident bzw. „sein“ Premierminister bei — auch tiefgreifenden — Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition sich unter Zuhilfenahme der Mittel des „rationalisierten Parlamentarismus“, insbesondere von Art. 49 Abs. 3⁹⁾, auch gegenüber der stärkeren Partei durchsetzen kann, da dieser in einem scharf polarisierten Parteiensystem nur die Möglichkeit bliebe, mit der Opposition gemeinsame Sache zu machen, indem sie deren Mißtrauensanträgen zustimmte. Das war eine rein theoretische, keine praktische Möglichkeit. Die Konstellation des Jahres 1986 ist damit nicht vergleichbar, denn der Präsident hat keine Mehrheit mehr, die er mit den verschiedenen Zuchtruten, die die Verfassung enthält, zusammenzwingen könnte. Gegen eine ihm entgegenstehende Mehrheit, die außerdem relativ kohärent ist¹⁰⁾, sind sie wirkungslos. Zudem verfügen der Premierminister und seine Regierung über diese Instrumente, und Premier-

Ähnlich deutlich beteuerte Mitterrand vor den Wahlen vom 16. März 1986 mehrfach, er werde auch bei einem Sieg der Opposition nicht zurücktreten. Nach seinem Verhalten in einer solchen Situation gefragt, erwiderte er lakonisch, er werde die Verfassung anwenden und den Willen der Franzosen respektieren. Er brachte damit aber auch zum Ausdruck, daß er die neue Regierung, aus der neuen Parlamentsmehrheit hervorgegangen, regieren lassen werde. Allerdings schien er den Präsidenten nicht so passiv zu sehen wie Giscard d'Estaing, denn er erklärte auch, er werde nicht „untätig“ bleiben und auf keine seiner Befugnisse verzichten⁸⁾.

minister ist nun nicht mehr der Vertrauensmann des Präsidenten, sondern sein politischer Gegner.

Zur „cohabitation“¹¹⁾ — einem von Giscard d'Estaing erfundenen Wort, das den Sachverhalt nicht trifft, da es eine Liebesbeziehung suggeriert — konnte es kommen, weil innerhalb des bürgerlichen Lagers die „Verweigerer“ um Raymond Barre in der Minderheit blieben. Die Mehrheit betrachtete die „cohabitation“ als das kleinere und unvermeidliche Übel¹²⁾. Eine Art „Streik“ bei der Regierungsbildung, d. h. die Ablehnung, sich dem Präsidenten als Premierminister zur Verfügung zu stellen, konnte weder der Öffentlichkeit, die die „cohabitation“ wünschte¹³⁾, vermittelt werden, noch konnte man damit den Rücktritt des Präsidenten erzwingen¹⁴⁾. Vielmehr

¹¹⁾ Interview Giscard d'Estaings, in: L'Express vom 21. 1. 1983, S. 53. Der Begriff bedeutet laut Wörterbuch eheliches Zusammenleben, Beischlaf, während es sich faktisch nicht einmal um eine Vernunftehe, sondern um eine Scheinehe (mariage blanc) handelt. Mitterrand bevorzugt den Begriff Koexistenz. Die Literatur dazu ist schon beachtlich. Vorher sind erschienen: Daniel Amson, La cohabitation politique en France: La règle de deux, Paris 1985 (vor allem historisch); Maurice Duverger, Bréviaire de la cohabitation, Paris 1986 (juristisch); Jean Massot, La Présidence de la République en France, Paris 1986, S. 125 ff. (juristisch); Charles Zorgbibe, Le Chef de l'Etat en question, Paris 1986 (teils juristisch, teils Kampfschrift gegen die „cohabitation“). Zwei journalistische Reportagen *nachher*: Jean-Marie Colombani/Jean-Yves Lhomeau, Le mariage blanc, Paris 1986, und Thierry Pfister, Dans les coulisses du pouvoir, Paris 1986.

¹²⁾ Vgl. den Artikel des Chirac-Vertrauten und gegenwärtigen Staatsministers für Wirtschaft und Finanzen, Edouard Balladur, in: Le Monde vom 16. 9. 1983, S. 1 f. (Les deux tentations).

¹³⁾ Vgl. die Umfragen in: Sofres, Opinion publique 1986, Paris 1986, S. 81 ff.

¹⁴⁾ Inwiefern die Parallele mit Alexandre Millerand, der nach dem Sieg des „Linkskartells“ 1924 durch einen solchen „Streik“ zum Rücktritt gezwungen wurde (er hatte sich als Präsident für die Rechtsparteien enga-

⁷⁾ Rede in Verdun-sur-le-Doubs, in: Le Monde vom 29./30. 1. 1978, S. 6 f.

⁸⁾ Vgl. seine Fernsehgespräche vom 28. 4. 1985, zit. in: Le Monde vom 30. 4. 1985, S. 7; vom 14. 7. 1985, zit. ebd.; vom 16. 7. 1985, S. 7; vom 2. 3. 1986, zit. ebd.; vom 4. 3. 1986, S. 6 f.

⁹⁾ Von Raymond Barre als Premierminister (1976—1981) achtmal angewandt gegenüber nur zehnmal in den Jahren 1959—1976. Vgl. Tab. 3 bei Kimmel (Anm. 3), S. 106 f.

¹⁰⁾ RPR und UDF hatten am 16. 1. 1986 eine gemeinsame Wahlplattform veröffentlicht und sich in etwa zwei Dritteln der Departements auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Bisher wurde Chirac bei keiner Abstimmung von seiner knappen Mehrheit im Stich gelassen.

drohte eine solche „Politik“ kontraproduktiv zu werden, denn wenn der Präsident Neuwahlen herbeiführte, mußten die „Verweigerungsparteien“ damit rechnen, vom Wähler die Quittung für ihr „unverantwortliches Verhalten“ zu bekommen. Hinter diesen unterschiedlichen Einstellungen standen — unausgesprochen — persönliche Interessen: Chirac erhoffte sich von der Akzeptierung der „cohabitation“ und der Übernahme des Amtes des Premierministers bessere Aussichten für den Einzug in den Elysée-Palast 1988; Barre rechnete sich größere Chancen bei sofortigen Präsidentenwahlen aus, zu denen es aber nur durch einen erzwungenen Rücktritt des amtierenden Präsidenten kommen konnte.

Mitterrand wurde die „cohabitation“ wesentlich erleichtert durch den Wahlausgang: RPR und UDF erhielten nur eine knappe Mehrheit, die PS blieb deutlich stärkste Partei¹⁵⁾. Bei einer massi-

ven Mehrheit der bürgerlichen Parteien hätte sich Mitterrand wohl nur nahezu völlig unterwerfen oder doch zurücktreten müssen. Wäre weiterhin nach der seit 1958 praktizierten absoluten Mehrheitswahl gewählt worden, so hätte der „Bürgerblock“ diese Mehrheit auch erhalten. Die Einführung der Verhältniswahl, nach der am 16. März 1986 gewählt wurde¹⁶⁾, hatte vor allem den Zweck, dem Präsidenten noch einen gewissen Spielraum zu wahren. Wie groß aber würde dieser Spielraum noch sein können? Welche Rolle konnte er noch spielen, wenn er auf seine nicht anzutastenden verfassungsmäßigen Kompetenzen zurückgeworfen war? Wie würde sich die Machtverteilung zwischen dem Präsidenten einerseits und dem Premierminister, der Regierung und der Mehrheit in der Nationalversammlung andererseits darstellen, wenn künftig der Satz galt: „die Verfassung, nichts als die Verfassung, die ganze Verfassung“¹⁷⁾?

IV. Der Präsident und die Regierungsbildung

Ersten Aufschluß sollte bereits die Ernennung des Premierministers und die Regierungsbildung geben. Die — von der Gegenzeichnungspflicht befreite — Ernennung des Premierministers wurde bisher von allen Präsidenten als eine ihnen uneingeschränkt zustehende Prärogative wahrgenommen, ohne daß sich einer von einem Partei- oder Fraktionsgremium etwas hätte vorschreiben lassen. Der Präsident hatte lediglich zu beachten, daß der Premierminister in der Nationalversammlung eine Mehrheit hinter sich haben mußte. Einen aus der Parlamentsmehrheit deutlich herausgehobenen „Spitzenkandidaten“, dessen Ernennung nur noch eine Formalität wäre, gab es nicht, denn der Staatschef selbst war ja de facto dieser „Spitzenkandidat“. Es war ihm freigestellt, aus welcher der zur Mehrheit gehörenden Parteien er ihn auswählte, und es mußte nicht die stärkste sein (nicht bei Barre 1976); er mußte nicht den Abgeordneten ernennen, der als der führende Kopf der Mehrheit galt¹⁸⁾; er konnte ihn auch von außerhalb des Parlaments holen (Pompidou 1962, Barre 1976). Der Präsident hatte bei seiner Entscheidung mitzubeden-

ken, welche Nominierung für die Beziehungen zur Mehrheit in der Nationalversammlung sich besonders vorteilhaft auswirken würde — woran ihm gelegen sein mußte —, aber die Nationalversammlung konnte ihm niemanden aufzwingen. Der Präsident ernannte einen Mann (eine Frau als Premierminister gab es bisher noch nicht) seines Vertrauens.

Damit war es im März 1986 vorbei. Es mag sein, daß Mitterrand hoffte, Chirac bis zur spätestens 1988 fälligen Präsidentschaftswahl zu „verschleifen“ und damit einen der beiden ernsthaften Konkurrenten (der andere ist Barre) für den sozialistischen Kandidaten (Mitterrand selbst?) zu schwächen — ein Kalkül, das auch aufzugehen scheint. Er wollte wohl auch möglichst klar zum Ausdruck bringen, daß der neue Premierminister und die von ihm betriebene Politik nicht seine eigene war (mit Chaban-Delmas wäre die Situation weniger klar gewesen) — entscheidend aber war, daß er, als erster Präsident der V. Republik, de facto gar keinen Spielraum besaß. Chirac war von seiner Partei „erkoren“, vom schwächeren Koalitionspartner akzeptiert und von den Wählern bestätigt worden. Das Risiko, daß ein anderer von ihm ernannter Politiker der neuen Mehrheit — vorausgesetzt, er würde annehmen — von der Nationalversammlung desavouiert würde, wodurch auch seine eigene Position erheblich geschwächt, vielleicht unhaltbar würde, war so groß, daß Mitterrand tatsächlich nur die Wahl zwischen der Ernennung Chiracs und dem eigenen Rücktritt hatte¹⁹⁾. Das gaullistische Axiom, daß die Regierung nicht aus den Parlamentsfrak-

giert), herangezogen werden kann oder nicht, wird kontrovers diskutiert von Duverger (Anm. 11), S. 62f., und Zörgbibe (Anm. 11), S. 11ff.

¹⁵⁾ RPR und UDF verfügen zusammen mit einer Handvoll „divers droite“ über 291 von 577 Sitzen; die PS hat 212 Abgeordnete.

¹⁶⁾ Die Verhältniswahl enthielt jedoch noch starke mehrheitsfördernde Elemente.

¹⁷⁾ So Mitterrand in seiner Botschaft an das Parlament vom 8. 4. 1986 (vgl. Anm. 2).

¹⁸⁾ Was de Gaulle im Januar 1959 nicht tat, als er Michel Debré und nicht Jacques Soustelle ernannte, oder erst recht nicht im Juli 1968, als er Pompidou nicht wiederernannte.

¹⁹⁾ Vgl. die Schilderung bei J.-M. Colombani/J.-Y. Lhomeau (Anm. 11), S. 23ff.

tionen hervorzugehen hatte, sondern ihren Ursprung beim Präsidenten hatte, galt nicht mehr.

Es sei nur beiläufig erwähnt, daß die Entlassung des Premierministers durch den Präsidenten, von der Verfassung nicht vorgesehen, aber — außer beim freiwilligen Rücktritt Chiracs am 25. August 1976 — bei allen Wechseln so praktiziert, künftig nicht mehr möglich sein wird.

Ähnlich reduziert war die Mitwirkung Mitterrands bei der Auswahl der Minister. Seine Vorgänger und er selbst (1981 und im Juli 1984, bei der Bildung der Regierung Laurent Fabius) hatten sich die Besetzung bestimmter Posten vorbe-

halten und darauf bestanden, daß bestimmte Persönlichkeiten ins Kabinett kamen und andere nicht. Im März 1986 blieb Mitterrand nichts anderes übrig, als Chiracs Vorschlagsliste abzuzeichnen, mit zwei bemerkenswerten Ausnahmen: dem Außen- und dem Verteidigungsminister. Hier konnte zwar der Präsident nicht mehr — im Unterschied zur Praxis vor 1986 — allein entscheiden, aber auch der Premierminister konnte sich mit seinen ursprünglichen Vorschlägen nicht durchsetzen. Man einigte sich rasch auf parteilose „Fachleute“²⁰). Es ist daher verständlich, daß der Präsident erstmals nicht von „seiner“ Regierung spricht, sondern von der des Premierministers.

V. Innen- und Wirtschaftspolitik: Der Premierminister bestimmt die Richtlinien der Politik

Von den zu Beginn erwähnten besonders gewichtigen Befugnissen des Präsidenten ist in der gegenwärtigen Situation keine einsetzbar. Ein Referendum kommt nicht in Frage, da der Vorschlag von der Regierung oder der Parlamentsmehrheit kommen muß (Art. 11). An einen Rekurs auf Art. 16 ist ebenfalls nicht zu denken, da eine einem Notstand ähnliche innere oder äußere Krise nicht vorliegt. Das Auflösungsrecht ist vor der nicht mehr fernen Präsidentschaftswahl nicht empfehlenswert, allenfalls danach. Bleibt als letzte Möglichkeit der Rücktritt des Präsidenten, wenn es mit der „cohabitation“ wirklich nicht mehr weitergeht und sich Mitterrand (für sich oder einen anderen sozialistischen Kandidaten) gute Erfolgsaussichten verspricht.

Wie tauglich sind nun aber die „kleineren“, dem Präsidenten im „Alltagsgebrauch“ zur Verfügung stehenden Mittel, um auf die politischen Entscheidungen, deren Grundlinien er selbst nicht mehr bestimmen kann, zumindest Einfluß zu nehmen? Auf drei Kompetenzen kann er dabei zurückgreifen:

1. Er führt den Vorsitz im wöchentlich zusammentretenden Ministerrat (= Kabinett).
2. Er nimmt gemäß Art. 13 die Ernennung zu den zivilen und militärischen Staatsämtern vor.
3. Er hat, ebenfalls gemäß Art. 13, bestimmte Verordnungen zu unterzeichnen.

1. Der Kabinettsvorsitz, der üblicherweise beim Regierungschef liegt, ist in Frankreich ein traditionelles Vorrecht des Staatsoberhauptes, das er bereits

²⁰) Ursprünglich waren UDF-Präsident Jean Lecanuet und PR-Generalsekretär François Léotard (jetzt Minister für Kultur und Kommunikation) vorgesehen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Chirac über die Ablehnung des Präsidenten nicht gerade erbost war. Er machte sich für keinen der beiden wirklich „stark“. Ebd., S. 104 ff.

in der III. und IV. Republik innegehabt hat. Schon diese Tatsache legt die Vermutung nahe, daß diese formelle Kompetenz allein nicht ausreicht, um darauf eine politische Schlüsselposition aufzubauen. Als Informationsquelle ist der Ministerrat nicht sehr ergiebig; im übrigen würde zur Informationsbeschaffung schon die Anwesenheit eines Staatssekretärs im Präsidentsamt ausreichen. Die Tagesordnung wird vom Hôtel Matignon erstellt und dem Präsidenten mitgeteilt. Er kann zwar etwas hinzufügen — nicht bei Gesetzesentwürfen, für die er kein Initiativrecht besitzt —, aber er kann kein Veto einlegen, kann also in diesem Stadium keine Vorhaben der Regierung blockieren²¹). Mitterrand hat einen derartigen Versuch, der eine eklatante Mißachtung des Wählerwillens darstellen würde, auch gar nicht unternommen. Er hatte sich auch nicht geweigert, die Beratung über das eventuelle Stellen der Vertrauensfrage nach Art. 49 Abs. 3 selbst im Zusammenhang mit sogenannten „Ermächtigungsgesetzen“ auf der Tagesordnung zu lassen, obwohl er dazu bereits in seiner Botschaft an das Parlament seine Bedenken geäußert hatte²²).

Im Ministerrat selbst ist er nun völlig isoliert; er kann zwar jederzeit das Wort ergreifen, er kann — wie mehrfach geschehen — seine „ernsten Vorbehalte“ vorbringen, aber der Premierminister kann sich mit „seinen“ Ministern jederzeit darüber hinwegsetzen. Der Präsident kann weder einen von ihm gewünschten Beschluß herbeiführen noch einen unerwünschten verhindern. Schließlich kann der Premierminister den Ministerrat zwar nicht ausschalten, aber teilweise umgehen, indem er die Minister ohne den Präsidenten in einem sogenannten „conseil de cabinet“ zusammenruft. Chirac hat von dieser Möglichkeit

²¹) Ebd., S. 163 f.

²²) Vgl. Anm. 2.

auch schon einige Male Gebrauch gemacht (vor allem bei Haushaltsberatungen). Wichtiger sind die häufig anberaumten interministeriellen Ausschüsse, in denen ebenfalls der Premierminister den Vorsitz führt. Sie besaßen auch schon vor dem März 1986 als Gremien der Entscheidungsvorbereitung große Bedeutung, aber da dabei ein Mitglied des Beraterstabes des Präsidenten als „Aufpasser“ und als Übermittler der Vorstellungen des Elysée-Palastes anwesend war, wurde nichts am Präsidenten vorbei entschieden. Jetzt nimmt kein Berater des Präsidenten mehr an diesen Sitzungen teil, dies auch auf Mitterrands eigenen Wunsch hin, da er an der Ausarbeitung einer Politik, die er in vieler Hinsicht ablehnt, die er aber nicht verhindern kann, nicht beteiligt sein will, um auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden zu können²³). Die Ausklammerung des Präsidenten aus der Regierungspolitik wird auch daraus ersichtlich, daß er außerhalb des Ministerrats nur zum Außen- und Verteidigungsminister und zum Minister für Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit regelmäßige Kontakte hat²⁴).

2. Im Hinblick auf die Eventualität der „cohabitation“ wurde häufig die Möglichkeit des Präsidenten erörtert, die Politik der Regierung personalpolitisch erheblich zu behindern, indem er die Regierung zwingt, die Durchführung ihrer Politik Spitzenbeamten und Topmanagern anzuvertrauen, die diese Politik ablehnen. Die Ernennungsbefugnis des Präsidenten, die keineswegs eine Formalität ist, ist um so wichtiger, als mit einer zunehmenden Politisierung der hohen Verwaltung der Wechsel in den Spitzenpositionen bei einem parteipolitischen Machtwechsel immer umfassender wurde. Hinzu kommt, daß die Liste des Art. 13 durch eine Reihe von Verordnungen — mit der Unterschrift des Präsidenten, also auch nur mit seiner Zustimmung wieder zu modifizieren — erheblich erweitert wurde, wobei Mitterrand, wohl schon in Erwartung des Sieges der bürgerlichen Parteien, die Liste der nur mit seiner Unterschrift vorzunehmenden Ernennungen durch eine Verordnung vom 6. August 1985 auf etwa 170 Posten verlängerte²⁵).

In der Praxis kann diese ziemlich eindrucksvoll erscheinende Kompetenz freilich nur mit Vorsicht und Zurückhaltung ausgeübt werden. Wollte Mitterrand, der ja 1981 ff. selbst ausgiebige personelle Auswechslungen vorgenommen hatte, die Personalpolitik des Premierministers systematisch blockieren, so stieße er damit in der Öffentlichkeit kaum auf Verständnis. Nach allem, was von diesen mit besonderer Diskretion behandelten Fragen nach außen gedrungen ist,

²³) J.-M. Colombani/J.-Y. Lhomeau (Anm. 11), S. 157.

²⁴) Ebd. und S. 161 ff.

²⁵) Vgl. Bernard Tricot/Raphaël Hadas-Lebel, *Les institutions politiques françaises*, Paris 1985, S. 297 f.; J. Massot (Anm. 11), S. 174 ff.

zu urteilen, hat es zwar gelegentliche Konflikte gegeben, und ein zu befürchtendes präsidentielles Veto, das nicht aufzuheben wäre, hat wohl auch einige besonders kräftig parteipolitisch akzentuierte Personalentscheidungen antizipierend korrigiert, aber insgesamt hat der Premierminister unter Respektierung eines kleinen „reservierten Bereichs“ des Präsidenten seine Wünsche durchgesetzt. Der Präsident hat, trotz einiger Friktionen, ratifiziert; er hat allenfalls marginal Einfluß genommen²⁶).

3. Mitterrand hatte von Anfang an angekündigt, er werde Verordnungen (*ordonnances*) nur in begrenzter Zahl unterschreiben und bestimmte gar nicht²⁷). Damit hatte er eine Konfliktzone angesprochen, in der es bisher zu den spektakulärsten Auseinandersetzungen gekommen ist.

Die Verordnungsgewalt ist in der V. Republik besonders wichtig, weil alle nicht im Art. 34 (Gesetzesbereich) aufgeführten Materien zum autonomen Verordnungsbereich der Regierung gehören. Gemäß Art. 21 liegt die Verordnungsgewalt beim Premierminister, der auch für die Ausführungsverordnungen bei den Gesetzen zu sorgen hat. Nur die eigens im Ministerrat beratenen und beschlossenen Verordnungen, die nicht einmal ein Zehntel aller Verordnungen ausmachen, bedürfen zusätzlich der Unterzeichnung durch den Präsidenten. Diese Kategorie besteht aus den Ernennungsdekreten — davon war schon die Rede — sowie aus einigen Verordnungen (*décrets*), die insbesondere die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung, die Grundprinzipien der Landesverteidigung, die Unabhängigkeit der Richter u. ä. betreffen. Hier hat es bisher keine Probleme gegeben²⁸). Ein gewisses Aufsehen hat die Weigerung Mitterrands erregt, einige gesetzesvertretende Verordnungen (*ordonnances*) zu unterschreiben. Nach Art. 38, der mit Art. 80 GG vergleichbar ist, der französischen Regierung aber einen wesentlich größeren Spielraum läßt, kann die Regierung, um Zeit zu sparen und auch um unangenehme Parlamentsdebatten zu umgehen, sich vom Parlament per Gesetz ermächtigen lassen, durch gesetzesvertretende Verordnungen tätig zu werden. Chirac hat von dieser Möglichkeit vor allem bei wichtigen Problemen ausgiebig Gebrauch gemacht. Zwar sind sich die Verfassungsrechtler nicht einig²⁹), aber nach herrschender

²⁶) Vgl. J.-M. Colombani/J.-Y. Lhomeau (Anm. 11), S. 184 ff.

²⁷) Seine Erklärungen vom 26. 3. und vom 9. 4. 1986, in: *Le Monde* vom 28. 3. 1986, S. 1 und 5 und vom 10. 4. 1986, S. 1 und 8.

²⁸) Zur juristischen Problematik vgl. B. Tricot/R. Hadas-Lebel (Anm. 25), S. 294 f.; M. Duverger (Anm. 11), S. 93 ff.; J. Massot (Anm. 11), S. 177 ff.

²⁹) Vgl. die Kontroversen in *Le Monde* vom 18. 4. 1986, S. 2 (Yves Gaudemet und Jacques Robert) und vom 22. 7. 1986 (Maurice Duverger, Louis Favoreu, François Goguel).

Lehre hat der Präsident bei der Unterzeichnung hier ein Vetorecht. Aber auch wenn die Nichtunterzeichnung gegen die Verfassung verstieße, gäbe es — außer dem kaum gangbaren Weg der Anklage des Hochverrats (Art. 68) — keine Sanktionsmöglichkeiten.

Wie angekündigt, verweigerte Mitterrand einige Male seine Unterschrift: bei den Reprivatisierungen, der Wahlrechtsreform und der Arbeitszeitregelung. Dabei ließ er sein Veto nicht parteipolitisch motiviert erscheinen, sondern führte hohe Prinzipien ins Feld: gegen die Reprivatisierungen das „nationale Interesse“ und die „nationale Unabhängigkeit“ (und zwar am 14. Juli!), gegen die Wahlrechtsreform die „republikanische Tradition“ und gegen die Arbeitszeitregelung den „sozialen Fortschritt“ und den „sozialen Zusammenhalt“³⁰). Alle drei Vorhaben hat Chirac, eine gewisse Verzögerung in Kauf nehmend, auf dem normalen Gesetzgebungsweg dennoch realisiert (zweimal in Verbindung mit Art. 49 Abs. 3).

Letztlich hat also der Präsident mit seinem umstrittenen Veto, mit dem er auch verdeutlichen wollte, daß er bei diesen Entscheidungen nicht involviert sein wollte, nichts verhindert.

Die Befugnisse des Präsidenten bilden auf dem weiten Feld der Innenpolitik, einschließlich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, kein Gegengewicht gegen die Machtmittel des Premierministers. Bei diesem und den Parlamentariern, nicht beim Präsidenten, liegt das Recht der Gesetzesinitiative, und im modernen Rechts- und Interventionsstaat gilt mehr denn je: „Gouverner c'est légiférer“. Der Premierminister kann, ohne daß ihn der Präsident daran hindern kann, eine Vorlage mit der Vertrauensfrage verbinden, um sie auf diese Weise leichter über die parlamentarischen Hürden zu bringen. Chirac hat von dieser Möglichkeit schon mehrfach Gebrauch gemacht. Der Premierminister und seine Minister können das „vote bloqué“ (Art. 44 Abs. 3) einsetzen, um unliebsame „amendements“ abzuwehren. Hingegen *muß* der Präsident alle vom Parlament beschlossenen Gesetze binnen zwei Wochen unter-

zeichnen (Art. 10 Abs. 1). Er kann zwar eine neue Beratung der Vorlage verlangen, aber da diese neuerliche Beratung zum selben Ergebnis führen dürfte, hat Mitterrand davon keinen Gebrauch gemacht. Die Anrufung des Verfassungsrats durch den Präsidenten kann das Inkrafttreten eines Gesetzes verzögern oder sogar ganz oder teilweise verhindern, aber diese Intervention ist meist unnötig, da auch 60 Abgeordnete oder 60 Senatoren das Anrufungsrecht besitzen und es häufig nutzen.

Der Premierminister besitzt auch, wie bereits erwähnt, die Verordnungsgewalt, allerdings eingeschränkt durch gewisse präsidentielle Befugnisse. Der Premierminister verfügt ferner über die Verwaltung (Art. 20), und er hat eine Art Kanzleramt zur Verfügung, das dem Stab des Präsidenten deutlich überlegen ist.

Folglich ist es nicht verwunderlich, daß im Bereich der Innenpolitik ein fast vollständiger Transfer der Entscheidungsmacht vom Elysée-Palast zum Hôtel Matignon stattgefunden hat. Der Präsident kann gelegentlich gegen eine Entscheidung ein Veto einlegen — durch Unterschriftsverweigerung —, aber wenn er die Verfassung und den Wählerwillen respektiert, kann er damit nicht die Regierungspolitik blockieren. Die Richtlinien der Politik kann er nicht bestimmen. Dies ist nun Sache des Premierministers, dessen Kompetenzfülle nach dem Urteil Duvergers in etwa so groß ist wie die von Margaret Thatcher oder von Helmut Kohl³¹).

Insgesamt ist die Prognose Chaban-Delmas' eingetroffen: Der Premierminister und die Regierung regieren, der Präsident präsidiert³²). Verfolgt man die Popularitätskurve Mitterrands vor und nach dem 16. März 1986, so scheint er als ein dem Tagesgetümmel entrückter Präsident erfolgreicher zu sein als ein in der Tagespolitik engagierter Präsident. Die Franzosen haben offenbar Gefallen gefunden an dem wiederentdeckten „Schiedsrichter“ (Art. 5), der hinter dem regierenden Präsidenten verschwunden war.

VI. Machtverteilung, Zusammenarbeit und Rivalität in der Außen- und Verteidigungspolitik

Eine merklich andere Situation findet man im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik

³⁰) Vgl. Le Monde vom 19. 12. 1986, S. 36.

³¹) Vgl. Anm. 11, S. 14. Eine bemerkenswerte Analyse der damals noch potentiellen Macht des Premierministers, die durch die „cohabitation“ bestätigt worden ist, gibt Michel Lascombe, „Le Premier Ministre, clef de voûte des institutions? L'article 49, alinéa 3 et les autres...“, in: Revue du Droit public, 97 (1981), S. 105—161.

vor³³). Zwar haben alle bisherigen Staatschefs die von Chaban-Delmas schon 1959 aufgestellte und oft mißverständene „Theorie“ von der „do-

³²) Erklärung im Fernsehen am 12. 12. 1985, zit. bei M. Duverger (Anm. 11), S. 45.

³³) Neben den entsprechenden Abschnitten in den in Anm. 11 aufgeführten Büchern vgl. speziell zur Verteidigungspolitik die Aufsätze von Samy Cohen und Bernard Chantebout, in: Pouvoirs, (1986) 38, S. 13—32.

maine réservé“ der Außen- und Verteidigungspolitik zurückgewiesen, da sie ihre politische Aktivität nicht auf diesen Bereich beschränken lassen wollten, aber sie betrachteten ihn doch als ihre ureigenste Domäne, in der der Premierminister weniger mitzureden hatte als in der Innenpolitik. Außen- und Verteidigungsminister wurden vom Präsidenten selbst ausgesucht, und er arbeitete meist direkt mit ihnen zusammen, während bei den anderen Ministern im allgemeinen der Premierminister „zwischengeschaltet“ war.

Auch Mitterrand hatte vor dem 16. März 1986 mit Nachdruck darauf verwiesen, daß der Präsident aufgrund ihm von der Verfassung zugewiesener Kompetenzen in der Außen- und Verteidigungspolitik eine besondere Verantwortung trage³⁴). Zweifellos gibt der Verfassungstext³⁵) (Art. 5, 15, 52) dem Präsidenten besondere Zuständigkeiten, aber er erlaubt ihm nicht, sie allein zu bestimmen. Einmal davon abgesehen, daß die Verfügungen des Präsidenten der ministeriellen Gegenzeichnung bedürfen, besitzt auch der Premierminister hier Kompetenzen (Art. 20 und 21). Wenn es diesem schon die Verfassung nicht erlaubt, den Präsidenten so weit zu entmachten wie in der Innenpolitik, so kann er auch eine weithin akzeptierte Tradition hier nicht einfach umkehren. Das Verhalten der ausländischen Gesprächs- und Verhandlungspartner, die auf den Präsidenten „fixiert“ bleiben — wie offenbar auch der Wunsch der französischen Armeeführung, die Entscheidung über einen eventuellen Einsatz der Nuklearstreitmacht allein beim Staatschef zu lassen —, hat ebenfalls eine zu starke Erosion der Stellung des Präsidenten in diesen Bereichen verhindert.

Andererseits hat Chirac alsbald klargemacht, daß er, anders als seine Vorgänger, nicht gewillt ist, dieses Feld dem Präsidenten allein zu überlassen. Der Hauptgrund ist hier nicht die Absicht, eine andere Politik zu initiieren, sondern der Wunsch des Präsidentenkandidaten für 1988, sich auch außenpolitisch zu profilieren. Der Premierminister richtete sich einen eigenen außenpolitischen Beraterstab ein; er holte sich Jacques Foccart, unter de Gaulle und Pompidou die „graue Eminenz“ der Afrikapolitik, als Berater zurück; er unternahm, mit dem Präsidenten oder auch al-

lein, Auslandsreisen; er trifft die von ihm (mit) ausgewählten Ressortminister häufiger als der Präsident. Vor allem versucht er, die Medien von seiner außenpolitischen Aktivität und Kompetenz zu überzeugen, wobei er gelegentlich seine Rolle übertrieben dargestellt hat³⁶).

Bei einigen Fragen hat Chirac offenbar sogar ohne den Präsidenten gehandelt³⁷). Es würde aber die Situation verzeichnen, wenn man daraus schließen wollte, der Premierminister vertrete Frankreich, wenn es um Verhandlungen gehe, der Präsident dürfe zu internationalen Gesprächs-Gipfeln fahren, bei denen geredet, aber nichts entschieden werde³⁸). Zwar ist dem Bundeskanzler klar geworden, daß er die deutsch-französischen Beziehungen oder die Europapolitik nicht mehr allein im Tête-à-tête mit Mitterrand regeln kann, aber man kann ihre Gespräche deshalb nicht auf eine Stufe stellen mit einer „Konversation zwischen der englischen Königin und dem Prinzen von Monaco“³⁹).

Als Teilung der Macht und im Sinne eines Zusammenwirkens von Präsident und Premierminister gibt es die „cohabitation“ in der Außen- und in der Verteidigungspolitik; in der Innen- und Wirtschaftspolitik nimmt sie eher die Form einer „friedlichen Koexistenz“ zwischen einem ziemlich entmachteten Präsidenten und einem deutlich dominierenden Premierminister an. Während ein Zusammenwirken in der Innen- und Wirtschaftspolitik angesichts der erheblichen Differenzen auch kaum möglich erscheint, ist es in der Außen- und Verteidigungspolitik ohne allzu große Schwierigkeiten möglich, weil es — ungeachtet mancher Unterschiede bei der Einstellung zu einzelnen Problemen — im Grundsätzlichen einen breiten nationalen Konsens zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialisten gibt.

³⁶) In einem Fernsehauftritt vom 23. 4. 1986 (Le Monde vom 25. 4. 1986, S. 7) stellte er die Entscheidung, die US-Flugzeuge bei ihrer Intervention gegen Libyen das französische Territorium nicht überfliegen zu lassen, als seine eigene hin, der der Präsident zugestimmt habe. Nach J.-M. Colombani/J.-Y. Lhomeau (Anm. 11), S. 136 ff. hat Chirac tatsächlich nur eine marginale Rolle gespielt.

³⁷) Namentlich bei den Befreiungen französischer Geiseln im Libanon und bei den Verhandlungen mit der neuseeländischen Regierung wegen der Folgen der Greenpeace-Affäre.

³⁸) Diese „Arbeitsteilung“ nimmt Giscard d'Estaing — nachträglich! — vor, wenn es unter seiner Präsidentschaft zu einer „cohabitation“ gekommen wäre. Interview in: L'Express vom 17. 5. 1985, S. 24.

³⁹) So ein aus der Umgebung Chiracs stammendes Urteil, zit. in J.-M. Colombani/J.-Y. Lhomeau (Anm. 11), S. 197.

³⁴) Besonders weitgehend und den Verfassungstext überinterpretierend in: Le Monde vom 12. 7. 1985, S. 1 und 10; eine verfassungskonformere Korrektur ebd. vom 16. 7. 1985, S. 1 und 7.

³⁵) Hinzu kommen eine Reihe von Verordnungen, deren wichtigste vom 14. 1. 1964 dem Präsidenten allein die Befehlsgewalt über die Nuklearstreitmacht gibt. Vgl. M. Duverger (Anm. 11), S. 103 ff.

VII. Zusammenfassung und Perspektiven

Die „cohabitation“ hat verdeutlicht, daß eine äußerst präsidentialistische Verfassungspraxis (bis März 1986) sich nicht zwingend aus dem Verfassungstext ergibt, sondern eine den Präsidenten als ihren wirklichen Chef anerkennende und die von ihm definierte Politik unterstützende Mehrheit in der Nationalversammlung als unverzichtbare Basis nötig ist. Steht dem Präsidenten eine politisch konträre Mehrheit gegenüber, so ist der Präsident auf seine in der Verfassung enthaltenen Kompetenzen zurückgestutzt. Die Verfassung zeigt nun ihr authentisches Gesicht: das einer Kanzlerdemokratie à la française, in der der Präsident in der Innen- und Wirtschaftspolitik einen mitunter lästigen Störenfried spielen kann, ohne aber die nun vom Premierminister und seiner Regierung konzipierte und von ihrer Mehrheit in der Nationalversammlung gedeckte Politik verhindern zu können. Im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik dagegen kann der Präsident nicht in gleicher Weise aus dem Entscheidungsprozeß verdrängt werden; hier müssen sich Präsident und Premierminister zu einer gemeinsamen Politik „zusammenraufen“.

Findet eine Wahl zur Nationalversammlung statt, nachdem der Präsident schon einige Jahre amtiert, und verliert „seine“ Mehrheit diese Wahl — wie 1986 —, so entspricht die weitgehende Machtverlagerung auf den Premierminister auch dem Grundsatz demokratischer Legitimität, denn wenn die demokratische Legitimität des Präsidenten auch weiterbesteht — in diesem Fall bis 1988 —, so ist sie durch die jüngere Manifestation der ebenso demokratischen Legitimität der Nationalversammlung überlagert worden.

Wenn mit dem Abbau der präsidentiellen Dominanz die Hoffnung verbunden war, die Nationalversammlung werde nun eine größere Bedeutung erlangen, so ist diese Hoffnung enttäuscht worden. Ihre Rolle bleibt genauso bescheiden wie bisher und wie es von den Verfassungsvätern durchaus intendiert war, wenn auch nicht in diesem Ausmaß. Statt des bisher benutzten Begriffs der „lecture parlementaire“ der Verfassung, die man der „lecture présidentiale“ gegenüberstellt, sollte man treffender von einer „lecture gouvernementale“ sprechen. Eine dritte Konfiguration kann nur hypothetisch diskutiert werden: wenn es in der Nationalversammlung gar keine stabile und kohärente Mehrheit gibt. Der Präsident wäre dann zwar nicht so mächtig, wie er es bis zum März 1986 war, aber er besäße bei wechselnden Mehrheiten einen größeren Spielraum, als ihn Mitterrand seit März 1986 hat. Mit einer konsistenten parlamentarischen Mehrheit verlöre die V. Republik viel von ihrer Stabilität und Effizienz. Wie wirksam die Instrumente des „rationa-

lisierten Parlamentarismus“ noch sein könnten und in welchem Maße der Präsident ein Stabilisierungsfaktor sein könnte, ist nicht abzuschätzen. Mit dieser Situation wird man zu rechnen haben, falls das Verhältniswahlsystem über eine längere Zeit angewandt wird. Insofern kann man die Mehrheitswahl, die inzwischen — gegen den Willen Mitterrands — wieder eingeführt wurde, als eine tragende Säule des Verfassungsgefüges der V. Republik betrachten.

Die Konflikte und Reibungsverluste zwischen Präsident und Premierminister lassen die „cohabitation“ als ein auf Dauer untaugliches Regierungsmodell erscheinen. Der Bruch wurde bisher vermieden, weil diese Art friedlicher Koexistenz der Mehrzahl der Franzosen gefällt⁴⁰⁾ und weil derjenige, der sie beenden würde, bei der dann fälligen Wahl vom Wähler bestraft zu werden droht. Der Bruch wird vor allem auch deshalb vermieden, weil 1988 der Präsident neu gewählt werden muß. Gewinnt der Kandidat der bürgerlichen Parteien, so hätte man wieder die Situation, wie sie bis zum 16. März 1986 bestanden hat. Die Basis in der Nationalversammlung könnte durch Auflösung und Neuwahl — nun wieder nach der Mehrheitswahl — verbreitert werden. Es ist möglich, daß dann das rein präsidentialistische Modell wieder auflebt, es ist aber auch denkbar, daß die „cohabitation“ Spuren hinterläßt, daß sich die künftigen Premierminister nicht mehr so bedingungslos dem Präsidenten unterordnen, nachdem ihnen demonstriert wurde, über welche Möglichkeiten man im Hôtel Matignon verfügt. Es könnte sich als neues Verfassungsmodell eine abgemilderte „Dyarchie“ entwickeln, die dadurch begünstigt wird, daß man es voraussichtlich mit einer Koalitionsregierung zu tun haben würde.

Gewinnt aber ein Sozialist — wohl Mitterrand oder Michel Rocard — 1988 die Präsidentenwahl, so wäre eine Konvergenz von parlamentarischer und präsidentieller Mehrheit erst nach einer Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen herzustellen. Da die Gewinnchancen nicht sehr groß erscheinen, wird er möglicherweise nicht sofort auflösen. Entweder versucht er, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren — die Auflösungsdrohung könnte das erleichtern —, oder er versucht, einen Teil des bürgerlichen Lagers in ein Bündnis mit der PS zu bringen⁴¹⁾. Löst der sozialistische Präsident auf und es kehrt eine bürgerliche Mehrheit in die Nationalver-

⁴⁰⁾ Vgl. Jérôme Jaffré, „La ferveur cohabitionniste“, in: *Le Monde* vom 29. 5. 1986, S. 7.

⁴¹⁾ Vgl. eine entsprechende Äußerung des Fraktionsvorsitzenden in der Nationalversammlung, Pierre Joxe, in: *Le Monde* vom 23. 12. 1986, S. 8.

sammlung zurück und der Präsident bleibt im Amt, dann ...

Diese Exkursionen in das Gebiet der „politique-fiction“ sind nicht dazu geeignet, über die Verfassung und ihre „souplesse“ ein ähnlich positives Urteil zu fällen wie etwa Maurice Duverger, der sie für die beste seit 1789 hält. Vielmehr wird die weiter bestehende „Achillesferse“ der auseinanderfallenden Mehrheiten in aller Deutlichkeit sichtbar. Will man sich nicht für ein rein präsidentielles oder ein rein parlamentarisches Re-

gime entscheiden⁴²⁾ und auch nicht bei jeder Wahl eine lähmende Verfassungskrise riskieren, so empfiehlt sich die Reduzierung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre und eine Kopplung von Auflösung der Nationalversammlung mit dem Rücktritt des Präsidenten⁴³⁾.

⁴²⁾ Lobend über diesen „Zwischencharakter“ äußerten sich de Gaulle, in: Discours et Messages, Bd. 3: 1958 bis 1962 (Anm. 1), S. 322 f. (Pressekonferenz vom 11. 4. 1961) und Georges Pompidou, Le noeud gordien, Paris 1974, S. 68.

⁴³⁾ So der Vorschlag von Olivier Duhamel, „La démocratie dérégulée“, in: Le Monde vom 27. 6. 1985, S. 11.

Regierungswechsel oder hegemoniale Wende in Frankreich?

I. Von der katastrophalen Niederlage zum prekären Sieg

Als die Rechten 1981 erst die Präsidentschafts- und dann die Parlamentswahlen verlor, bedeutete das für sie das Ende einer 23jährigen ununterbrochenen Regierungsmacht. Angesichts des überwältigenden Erfolges der Sozialisten sah es so aus, als ob die „aus ihrem Territorium vertriebenen“ Gründer der V. Republik sich auf ein langes Exil vorbereiten müßten.

Die Führer der geschlagenen Parteien — der gaullistischen Sammlungsbewegung (RPR) und der liberalkonservativen Union pour la Démocratie Française (UDF) — zogen sich aus dem Rampenlicht der nationalen Öffentlichkeit zurück: der bisherige Premierminister Barre auf seinen Verfassungsrechts-Lehrstuhl an der Universität, der Gaullistenchef Chirac in sein Pariser Rathaus und Staatspräsident Giscard d'Estaing, auf den sich in den Monaten vor den Wahlen die Abneigung der Franzosen konzentriert hatte, auf seinen Landsitz.

Während die Parteiorganisationen eine Weile brauchten, bis sie den Schock der Niederlage überwunden hatten und zur Rückeroberung der Macht ansetzten, bildeten sich an den Rändern eine Reihe von Clubs mit dem Ziel, die Rechte personell und programmatisch zu erneuern, und in der Assemblée Nationale nahmen die jungen Parlamentarier der „Exmajorität“ sofort den Kampf gegen die „socialo-communistes“ auf.

Schneller als gedacht veränderte sich das politische Klima zu Gunsten der Konservativen. Schon zu Beginn des Jahres 1982 siegten sie über die Sozialisten zunächst bei Parlamentswahlen und dann bei den stark politisierten Kantonalwahlen. Die Situation der Linken verschlechterte sich durch die wenig später einsetzenden, ausgedehnten Protestdemonstrationen von Kleinunternehmern und Handwerkern gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialistischen Regierung. Hinzu kamen Mißfallenskundgebungen der neuen Mittelschichten, die ihr Elternrecht auf freie Schulwahl gefährdet sahen.

Der zunehmenden Verunsicherung auf Seiten der Sieger vom März 1981 antwortete das wachsende Selbstbewußtsein der Geschlagenen. Ihre Führer erlebten ein unerwartet glänzendes Comeback. Gedrängt von der Basis, gingen sie daran, ihre persönlichen Querelen — wenigstens vor der Öffentlichkeit — beizulegen und die bürgerliche

Rechte in einem Bündnis zusammenzuschließen. Erste Annäherungsbemühungen präludierten die „Convention libérale“ von 1985 und die gemeinsame „Regierungsplattform“ vom Januar 1986.

Die Mobilisierungsstrategien der Konservativen und die Enttäuschung der linken Wähler über den Regierungskurs konvergierten 1983 zu einem radikalen Meinungsumschwung, der durch die Ankündigung der dritten Franc-Abwertung und der zweiten Austeritätsphase beschleunigt wurde. Aus den Umfrageergebnissen der SOFRES zeichneten sich vier Tendenzen zugunsten der Rechten ab¹⁾:

1. Das Ansehen der Opposition wuchs in dem Maße, wie das Vertrauen in die Regierungsmehrheit schwand. Auf der Ebene der Départements wie der Kommunen wurden die Konservativen die stärkste Kraft.

2. Der Liberalismus in seiner doppelten Gestalt als wirtschaftliche und politische Ideologie gewann zunehmend an Attraktivität. „Der Kampf für die Freiheiten“ wurde zum Leitmotiv des antisozialistischen Protestes.

3. Neben Chirac und Giscard profilierte sich Raymond Barre als potentieller Regierungschef.

4. Das spektakulärste Ereignis der kommunalen Nachwahlen war der Erfolg der extremen Rechten. Der Front National, der 1981 nicht einmal 1% der Stimmen erreicht hatte, erzielte nun Spitzenergebnisse von 16%.

Die Signale verstärkten sich im folgenden Jahr unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise, die ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 2,5 Millionen mit sich brachte. Der Front National sah seine Position als viertstärkste politische Kraft bei den Europa-Wahlen 1984 bestätigt. Le Pen, dem sich die Fernsehkanäle öffneten, gelang die Selbstprofilierung als ernst zu nehmender Parteiführer. Die Liberalismus-Kampagne fand einen Höhepunkt in der massenhaften Protestbewegung für das Privatschulwesen. Sie ermöglichte es der Rechten, den Verzicht auf das „Gesetz Savary“ sowie die Regierungsumbildung (Mauroy wurde durch Fabius ersetzt) auf ihrem Konto zu verbuchen.

Die Kehrtwende der sozialistischen Regierung reichte nicht aus, um den Vertrauensschwund in

¹⁾ SOFRES, Opinion publique 1984, S. 11.

ihre Steuerkraft aufzuhalten. Dieser weitete sich vielmehr aus zu einer allgemeinen Vertrauenskrise gegenüber den staatlichen Institutionen und der politischen Klasse schlechthin. Entpolitisierung und Radikalisierung waren die nur scheinbar widersprüchlichen Folgen dieser Entwicklung, die der Opposition zugute kam.

Der Rechtstrend der Wähler bestätigte sich bei den Kantonalwahlen vom März 1985. Vier Jahre nach ihrer verheerenden Niederlage zweifelte die Rechte nicht mehr daran, die nächsten Parlamentswahlen zu gewinnen. Diskutiert wurden in ihren Reihen nur zwei Fragen; die erste in aller Öffentlichkeit, die zweite hinter vorgehaltener Hand:

— ob und unter welchen Bedingungen die Zusammenarbeit zwischen dem im Amt bleibenden sozialistischen Staatspräsidenten und einer konservativen Regierungsmehrheit möglich sei und — ob es in Fällen gefährdeter Majorität zu punktuellen Bündnissen zwischen der gemäßigten und der extremen Rechten kommen könne.

Hinsichtlich etwaiger Seitensprünge mit dem Front National vertraten die Parteileitungen der „droite respectable“ einhellig die Meinung, daß es sie nicht geben werde — drückten dann aber bei Wahlabsprachen auf lokaler oder regionaler Ebene beide Augen zu. Über die Möglichkeiten einer republikanischen Vernunfttfehe zwischen einem linken Präsidenten und einem rechten Premier — eine „liaison dangereuse“, die von den Medien als „Beischlaf“ bezeichnet wurde — gingen die Meinungen auseinander. Während die „cohabitation“ von Barre scharf abgelehnt wurde, trat Chirac als ihr Verteidiger auf, wohl in der Annahme, daß nur der Weg über das Matignon ihn 1988 ins Elysée führen werde.

Die Parlamentswahlen von März 1986 bestätigten den Optimismus der Rechten, auch wenn ihr Erfolg hinter den Prognosen zurückblieb. RPR und UDF vereinigten die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich. Chirac, der Führer der stärksten Fraktion (RPR 145, UDF 129 Sitze), wurde vom

Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Er stellte ein Kabinett zusammen, in dem seine Freunde — die „Chiraquie“ — die Schlüsselpositionen innehaben: das von Charles Pasqua betreute Innenministerium, dem ein Polizeiministerium (genannt „Ministerium für Sicherheit“) zugeordnet ist; das zu einer Mammutinstitution erweiterte Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung Edouard Balladurs; das Justizressort unter der Leitung von Albin Chalandon und das Ministerium für Soziales und Arbeit, dem Philippe Séguin vorsteht. Die in der UDF zusammengeschlossenen Parteien wurden ihrem politischen Gewicht entsprechend berücksichtigt: Die Republikaner erhielten u. a. das Kultur- und Industrieministerium sowie ein „Ministerium für Menschenrechte“; die Christdemokraten wurden mit zwei Ministerposten und vier Staatssekretären bedacht, die Liberalen und Sozialdemokraten mit je zwei bzw. einem Ressort.

Den ersten Test auf das Funktionieren der „cohabitation“ bildete die Bereitschaft des Staatspräsidenten, das Kabinett zu bestätigen und das von Chirac geforderte Ermächtigungsgesetz zu unterzeichnen. Indem Mitterrand Männer seines Vertrauens für die Leitung des Außen- und Verteidigungsministeriums durchsetzte, unterstrich er seinen Anspruch auf die „domaines réservés“ des Staatsschefs.

Chiracs Spielraum ist gering. Abgesehen davon, daß ihm außer dem Präsidenten eine starke sozialistische Opposition zu schaffen macht, muß er mit Querschlägen seiner Partner-Konkurrenten rechnen. Ob es dem Premierminister angesichts dieser Hypotheken gelingt, sein Regierungsprogramm durchzusetzen und der Majorität die Herrschaft über die Legislaturperiode hinaus zu sichern, hängt von konjunkturellen und strukturellen Faktoren ab. Um die letzteren richtig einschätzen zu können, muß man u. a. die historischen Traditionen der Rechten und ihre soziologischen wie mentalitären Besonderheiten in Betracht ziehen.

II. Traditionen und „Sensibilitäten“ der „rechten Familien“

In der Zeitschrift *Le Débat* erschien 1985 ein Artikel, dessen Verfasser, Stéphane Rials, entschieden bestritt, daß es noch rechte Parteien gebe, die diesen Namen verdienten. Bestenfalls könne man von einer „famille modérée“ sprechen, die rechts von der Linken angesiedelt sei, aber weder über eine eigene, unverwechselbare Tradition noch über ein alternatives Programm verfüge²⁾.

²⁾ Stéphane Rials, *La droite ou l'horreur de la vérité*, in: *Le Débat*, (1985) 33, S. 37.

Für diese Behauptung spricht die Bilanz, die J. Jaffré 1984 aus den Europa-Wahlen zog, daß „die ideologische Distanz zwischen den Wählern der bürgerlichen und der extremen Rechten ziemlich gering“ sei und die Unterschiede „eher gradueller als grundsätzlicher Natur“ seien³⁾. Für die Behauptung Rials spricht auch die Beobachtung französischer Soziologen, daß die Wähler sich nicht mehr von Ideologien mobilisieren las-

³⁾ SOFRES, *Opinion publique* 1985, S. 190.

sen, sondern nach einer pragmatischen, effizienten Politik verlangen⁴).

Gegen diese These von der Einebnung der Parteien spricht jedoch nicht nur die fortgesetzte Beschwörung der Stil- und Sensibilitätsdifferenzen zwischen den politischen Familien in der einschlägigen Literatur, sondern auch das Vorhandensein unterschiedlicher Referenz- und Wertsysteme im politischen Diskurs und in der innerparteilichen Willensbildung.

Ein typisches Beispiel für die widersprüchliche Einschätzung der Parteienkonvergenz liefert Alain Duhamel⁵). Einerseits erklärt er, daß sich „hinter dem ewigen Melodrama der Religionskriege ... ein wachsender Konsens über das Wesentliche“ verberge, andererseits macht er in der politischen Klasse und unter den Wählern vier historisch gewachsene „Temperamente“ aus: Jakobiner und Radikale auf der Linken, Orleanisten und Bonapartisten auf der Rechten. Die Jakobiner neigten zu Autoritätsgläubigkeit, staatlichem Dirigismus und protektionistischem Patriotismus, die Radikalen seien „toleranter und pragmatischer“; die Orleanisten versuchten politische Gewaltenteilung und Marktwirtschaft zu verbinden und träten für sozialen Dialog und gemäßigte Modernität ein; die Bonapartisten verlangten einen starken, unabhängigen Nationalstaat und straffe Wirtschaftslenkung.

Duhamel unterscheidet also auf der Rechten zwei politische Tendenzen, nicht in dem Sinne von scharf konturierten, gegeneinander abgegrenzten Parteiorganisationen, sondern in dem viel allgemeineren Sinne von politischen Grundanschauungen, Verhaltensweisen und Erwartungshorizonten.

Auch René Rémond, der den umfassendsten und inzwischen klassischen Versuch einer ideengeschichtlichen Klassifizierung der Rechten unternommen hat⁶), spricht von „politischen Familien“, die, unter bestimmten historischen Verhältnissen entstanden, sich bis in die Gegenwart erhalten hätten. Er unterscheidet:

— die gegenrevolutionäre Rechte, die sich philosophisch aus der Doktrin der royalistischen Ultras der Restauration, soziologisch aus dem Großgrundbesitz herleitet und über die Action Française bis heute im katholischen Integristismus und in der intellektuellen Neuen Rechten fortlebe;

— die mit der bürgerlichen Juli-Revolution 1830 entstandene orleanistische Rechte, deren liberal-

konservative Vorstellungen Rémond im „giscardisme“ weiterwirken sieht;

— die 1848 als „parti de l'ordre“ gegen die Revolution gegründete bonapartistische Rechte, die in den nationalistischen und antisemitischen Bewegungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts sowie später in den antiparlamentarischen Ligen der Zwischenkriegszeit neu auflebte. Für Rémond stehen die gegen die Vierte Republik gerichteten Protestbewegungen der Gaullisten und Poujadisten in der Tradition der bonapartistischen Rechten.

Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Klassifizierung der Rechten um „Idealtypen“. In Wirklichkeit gibt es zahlreiche Kombinationen und Überschneidungen der verschiedenen Tendenzen. So werden gaullistische Positionen keineswegs nur von der Partei Chiracs vertreten. Vielmehr hat der Neogaullismus in den letzten Jahren Rechte wie Linke ergriffen und auch bei UDF-Anhängern wie Raymond Barre starke Spuren hinterlassen. Frémontier, der die „Junioren der Rechten“ einer semantischen und soziologischen Analyse unterzogen hat, sieht zwar auch bei ihnen die klassischen Ingredienzien fortwirken, aber in veränderten „Dosierungen“ und „Paarungen“⁷). So entdeckt er den scheinbar kontradiktorischen Typus des „bonapartiste-libéral“, der einen starken Staat mit marktwirtschaftlicher Freiheit verbinden möchte, oder einen „bonapartiste-gauchiste“, der bürokratisch-etatistischen Dirigismus mit einer radikaldemokratischen Selbstverwaltungspraxis bekämpft.

In den Bereich der Schnittmengen gehören auch die fließenden Übergänge zwischen Rechtsextremismus und „muskulösem“ Gaullismus. Der Front National seinerseits vereinigt höchst unterschiedliche Strömungen. „Die Linke mußte erst an die Macht kommen“, schreibt Alain Rollat, „damit das Phantomgebilde der französischen extremen Rechten, seit eh und je in persönliche Querelen, Spaltungen, widersprüchliche Nostalgien verstrickt und durch die liberale Rechte marginalisiert, in der Person Le Pens ihren Aufstieg erleben konnte“⁸). Dem ehemaligen Fallschirmjägerleutnant und poujadistischen Abgeordneten gelang es, Monarchisten und Nationalrevolutionäre, Neopoujadisten und integristische Katholiken, Pétainisten und OAS-Leute im Front National zusammenzuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, scheute er sich nicht, Anleihen sowohl beim Gedankengut der Gegenrevolutionäre wie bei den Bonapartisten zu machen. Von den einen

⁴) Guy Rossi-Landi, *Le chassé-croisé. La droite et la gauche en France de 1789 à nos jours*, Paris 1978, S. 13f.; SOFRES 1985, S. 9 of.

⁵) Alain Duhamel, *Le complexe d'Astérix*, Paris 1985, S. 10f.

⁶) René Rémond, *Les droites en France*, Paris 1982 (4. neubearb. Aufl.)

⁷) Jacques Frémontier, *Les cadets de la droite*, Paris 1984, S. 205.

⁸) Alain Rollat, *Les hommes de l'extrême droite*, Paris 1985, S. 7. Graphischer Überblick über die Entwicklung des Rechtsextremismus bei Monica Charlot, in: *Revue de science politique*, 36 (1986), S. 31f.

übernahm er die manichäische Weltansicht, die aus den Anhängern des FN Kreuzritter im „Kampf zwischen Unordnung und Ordnung“ macht. Von den anderen entlehnte er den Führerkult, das massenwirksame symbolische Ritual und den populistischen Diskurs.

Rémond geht auch in der Neuauflage seines Buches nicht ausdrücklich auf den Front National ein, würde ihn aber wohl dem „alten cäsaristischen, autoritären Bonapartismus“ zuordnen und damit entdramatisieren. Dann wäre die Partei Le Pen nur eine Neuauflage jener kleinbürgerlichen Protestbewegungen, die in der französischen Geschichte immer dann auftauchen, wenn ein Modernisierungsschub mit gesellschaftlichen Umwandlungsprozessen einhergeht, die von den „Systemparteien“ nicht aufgefangen werden können. Die Kurzlebigkeit des Lepenismus ließe sich ohne prophetische Anmaßung voraussagen. Manches spricht für diese Annahme, zumal das wiedereingeführte Mehrheitswahlrecht dem FN kaum eine Chance läßt. Sein Überleben wird erstens davon abhängen, ob es ihm gelingt, seine organisatorische Basis auszubauen, und zweitens, ob die Liberalkonservativen seine Unterstützung für einen Wahlsieg brauchen. Das wiederum hängt u. a. von der Kohäsion der Regierungskoalition ab.

„Der Krieg der Chefs“ wurde zwar unter dem Druck der „cohabitation“ und aus wahltaktischen Überlegungen beigelegt, aber die persönlichen und programmatischen Konflikte im Regierungslager schwelen fort. Als Chirac nach den Studentenprotesten Anfang Dezember vor den versammelten Abgeordneten der Mehrheit seine Absicht verkündete, eine Pause in der Reformgesetzgebung einzulegen und die für Januar 1987 geplante Sondersitzung des Parlaments ausfallen

zu lassen, fehlten Raymond Barre und Giscard d'Estaing unter seinen Zuhörern. Zwar erklärten die Fraktionsführer von UDF und RPR ihre Solidarität mit dem Premierminister, aber in den Gängen der Assemblée Nationale hörte man zum Teil herbe Kritik an dessen Vorgehen.

An der Reaktion auf die studentische Protestbewegung gegen das Hochschulgesetz von Devaquet und auf das Nachgeben Chiracs, der das Gesetz zurückzog, lassen sich die unterschiedlichen politischen Überzeugungen und Temperamente der Rechten beispielhaft ablesen. In den Augen Le Pens und der hartgesottenen gaullistischen Law-and-order-Politiker hat Chirac „dem Druck der Straße“ nachgegeben und sich „entblößt“. Le Pen: „Die Studenten wollten die Regierung ganz nackt sehen. Sie haben sie so gesehen.“ Die Mehrzahl der RPR-Abgeordneten scharte sich jedoch hinter ihren Parteiführer, wenn auch mit gelegentlichen Einschränkungen: Die junge Generation und die Populisten zeigten Verständnis für den Unmut der Jugendlichen und betrachteten die Zurücknahme des Gesetzes als eine Geste der Befriedung; die Altgaullisten nahmen die Gelegenheit wahr, um den „neoliberalen Reformfrenetikern“ die Verantwortung für die Entwicklung zuzuschreiben. In der UDF waren die Meinungen gespalten: Der republikanische Minister für Menschenrechte drohte wegen des brutalen Polizeieinsatzes bei den Studentendemonstrationen mit seinem Rücktritt; die Barristen sahen sich bestätigt in ihren Warnungen vor der institutionenblockierenden Wirkung der „Cohabitation“ und einer mehr ideologisch als sachdienlich gesteuerten Politik; der radikalliberale Parlamentsminister Rossinot hingegen freute sich über die Reformpause: „Man wechselt die Gangart, und das ist besser so.“⁹⁾

III. Soziale Basis und innerparteiliche Willensbildung

Die Sammlungsbewegung Chiracs entspricht dem Selbstbild einer großen, modernen, gut organisierten bürgerlichen Partei eher als die UDF, wenn auch die veröffentlichten Mitgliederzahlen bei beiden Parteien (300 000:800 000) stark überhöht sind. Hinsichtlich der Sozialstruktur ihrer Mitglieder bzw. Wähler weisen sie indessen eine große Ähnlichkeit auf¹⁰⁾. Im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil ist die Arbeiterschaft in den bürgerlichen Parteien unterrepräsentiert. Sowohl in der UDF wie im RPR stellen die Mittelschichten mit etwa 50% den stärksten Block. Diese

Gruppe, die Selbständige und Lohnabhängige umfaßt, ist ihrerseits sehr heterogen. Sie reicht von der Büroangestellten über den Polizisten bis zum Kleinhändler, Betriebsleiter und Landwirt. Die soziostrukturelle Analyse der gemäßigten Rechten zeigt darüber hinaus zwei weitere Übereinstimmungen zwischen der UDF und dem RPR: die mangelnde Beteiligung der Intelligenz — von den Frauen ganz zu schweigen — und ein deutliches Sozialgefälle von der Parteispitze zur Basis. Lehrende aller Bildungsstufen, die in der Sozialistischen Partei überrepräsentiert sind, fehlen fast vollständig unter den „militants“ der Rechten. Andererseits sind die Spitzenfunktionen von UDF und RPR von Angehörigen der bürgerlichen Eliten (höhere Angestellte, freie Berufe, Industrielle) besetzt. Das ist besonders deutlich auf Parlamentsebene: Von den bürgerlichen Ab-

⁹⁾ Alle Angaben nach: Le Monde, 11. Dezember 1986, S. 9.

¹⁰⁾ Udo Kempf, Die bürgerlichen Parteien Frankreichs, in: H.-J. Veen (Hrsg.), Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa, Bd. 2, Paderborn 1983, S. 178f., 185f.

geordneten gehörten in der letzten Legislaturperiode beim RPR 90%, bei den Republikanern 87% und beim CDS 93% den gehobenen Einkommens- bzw. Prestigeschichten an¹¹⁾.

Anders als die UDF ist die Partei Chiracs geographisch breitflächig vertreten — „notre force c'est le terrain“. Sie ist die einzige Rechtspartei, die in den sozialistischen und kommunistischen Hochburgen präsent ist und sich um eine Aktivierung der Lohnabhängigen bemüht. Bei der Mobilisierung der Basis kann der RPR auf eine eingespielte Organisation zurückgreifen. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen den Honoratiorenparteien um Giscard/Barre und der monokratisch ausgerichteten „Volkspartei“ Chiracs. In der UDF hängt die Anhängerwerbung vom Willen und der Phantasie einzelner lokaler oder regionaler Verantwortlicher ab und trifft bei den Angesprochenen in der Regel auf eine geringe Bereitschaft, sich parteipolitisch zu engagieren. Der RPR hingegen verfügt über eine Tradition in der Sammlung und Betreuung seiner Mitglieder. Die Massenveranstaltungen — 1983 im Anschluß an den außerordentlichen Parteitag oder im Dezember 1986 zum 10. Geburtstag des RPR — verliefen im Geist der gaullistischen Feste der fünfziger Jahre: Die „compagnons“ fühlen sich geborgen in der Wärme des Clan und als Angehörige einer großen Familie. Die Republikaner treffen sich eher in kleinen Gruppen auf lokaler Ebene zu einem dîner-débat, oder sie begegnen sich in Clubs, die jegliche Anspielung auf eine Parteiorganisation strikt vermeiden. Barres Slogan „Pluralismus in der Einheit“ entspricht ziemlich genau den Vorstellungen der auf Autonomie pochenden Liberalen. Sie sind nicht geneigt, sich bedingungslos hinter einer Führerfigur zu scharen wie die Chiraquisten mit ihrem diskussionenabwürgenden „Jacques a dit...“. Aus der Sicht der Liberalen sind die Gaullisten autoritätshörige Strammsteher. Die solchermaßen Attackierten aber sind stolz darauf, eine gut funktionierende Parteimaschine zu ihrer Verfügung zu haben. Ihr Ziel sind nicht „endlose Debatten“, in denen jeder zu Wort kommt, sondern rasche, autoritative Entscheidungen, Effizienz, Aktion. Für die lockeren Strukturen der liberalen Parteiföderation sind vor allem drei Elemente bezeichnend: die Konkurrenz von mehreren Führungspersönlichkeiten, die Tradition der Clubs und die geringe Parteiidentifikation ihrer Wähler. Bei einer Umfrage im Juni 1984 bezeichneten 58% der UDF-Sympathisanten den De Gaulle-Bewunderer Barre als denjenigen, „der die UDF am besten repräsentiere“¹²⁾ — und das, obgleich der ehemalige Ministerpräsident keine Gelegenheit ausläßt, um sich von der Partei zu distanzieren.

¹¹⁾ Colette Ysmal, *Demain la droite*, Paris 1984, S. 57, 65.

¹²⁾ SOFRES 1985, S. 173.

Sowohl im RPR wie in der UDF drängt in den letzten Jahren eine neue Generation von Politikern nach vorn und verändert das Erscheinungsbild der Parteien. Die meisten von ihnen zogen bereits unter der sozialistischen Regierung die Aufmerksamkeit auf sich durch die Entschlossenheit, mit der sie den Kampf gegen die Linke aufnahmen und sich gleichzeitig um eine Erneuerung der Rechten bemühten. Inzwischen sind einige von ihnen in den inneren Zirkel der Macht vorgedrungen. Eklatantes Beispiel: François Léotard. Ursprünglich von Giscard protegiert und von ihm an die Spitze der Republikanischen Partei gestellt, hat sich der 44jährige „maire-ministre“ längst selbständig gemacht und eine ihm ergebene Mannschaft um sich geschart, „la bande à Léo“. Zu ihr gehören u. a. der Industrieminister Madelin (40) und der gleichaltrige Postminister Longuet. Unter den gaullistischen Ministern sind die „cadets de la droite“ ebenfalls vertreten: der joviale Sozialminister Séguin (43); der für den Außenhandel zuständige 41jährige Michel Noir; Alain Devaquet (44), der mit seinem gescheiterten Hochschulgesetz in das Kreuzfeuer der Medien geriet; Alain Juppé (41), einer der engsten Ratgeber des Premierministers in ökonomischen Fragen und im Kabinett für den Haushalt verantwortlich; schließlich der 45jährige Jacques Toubon, seinem Chef bedingungslos ergeben und zielbewußter Organisator der gaullistischen Partei.

Alle diese machtbewußten jungen Männer haben außer ihrem Ehrgeiz eines gemeinsam: Sie verstehen sich als Realisten und Pragmatiker — auch wenn einige von ihnen einem schon fast dogmatisch anmutenden Liberalismus huldigen. Ihr Traumland verkörpern die USA, und ihr Ziel ist die Modernisierung der französischen Gesellschaft. Nicht alle sind so entschiedene Anti-Etatisten wie Léotard, einige berufen sich ausdrücklich auf De Gaulle, aber keiner macht sich für die staatsinterventionistischen, dirigistischen Konzepte stark, die jahrzehntelang von den Gaullisten praktiziert wurden. Aus dem gemeinsamen Erlebnis von Mai '68 stammen ihre Freundschaften quer durch die Parteiorganisationen, aber auch ihre von Berührungängsten freie Offenheit für gewisse Ideen der libertären Linken, die sie mit einem ausgeprägten Sinn für Leistung und „Performanz“ verbinden. „Die Junioren der Rechten“ waren denn auch die ersten, die den Studentenprotest gegen das neue Hochschulgesetz ernst nahmen. Einer von ihnen erklärte in einem Interview mit „L'Événement du Jeudi“: „Viele von unseren Leuten haben veraltete Vorstellungen. Wir haben es nicht fertiggebracht, der Studentenbewegung medienwirksame, überzeugende Persönlichkeiten entgegenzustellen. Und das, obwohl seit 1981 viele Jugendliche zu uns

gestoßen sind und 1988 zwei Millionen von ihnen wählen werden.“^{12a)}

Wie bei den Liberalkonservativen stellt auch im Front National die Generation der etwa 40jährigen die Aktivisten der Partei. Eine Reihe von ihnen hat im Mai 1968 „auf der anderen Seite der Barrikaden“ gestanden und in rechtsradikalen Gruppen wie Occident seine ersten politischen Erfahrungen gemacht. Die Verbindungen zwischen dem neurechten Intellektuellenzirkel Club de l'Horloge und dem Front National laufen über Angehörige dieser Generation. In erster Linie ist es denn auch dem 39jährigen militanten Generalsekretär J.-P. Stirbois zu verdanken, daß der FN von einer heterogenen politischen Gruppierung, ohne lokale Verankerung und administratives Gerüst, zu einer Partei avancierte, die allein im Jahr 1984 ihren Mitgliederstand (jedenfalls nach eigenen Angaben) von 20 000 auf 50 000 erhöhte. Er erreichte eine innerparteiliche Kohäsion und Dynamisierung, bei der hierarchische Entscheidungsstrukturen und Konkurrenz der Basisverantwortlichen offenbar erfolgreich koexistieren und genügend Ausstrahlungskraft besitzen, um nicht nur die bisherige Wählerschaft zu „fidelisieren“, sondern neue Anhänger jenseits des rechtsradikalen Reservoirs anzuziehen¹³⁾.

IV. Der Kampf um die Wähler und die Strategien der Macht

Der Wahlerfolg des Front National war von den französischen Beobachtern nicht in der erreichten Größenordnung vorausgesehen worden. Noch 1983 behauptete der Verfasser einer Studie über die Geschichte der französischen extremen Rechten, daß sie „als politische Kraft nicht mehr existiere“ und selbst der Sieg der Sozialisten nicht imstande sei, „die eingeschlummerten Dämonen wiederaufzuwecken“¹⁵⁾. Tatsächlich aber etablierte sich die Partei Le Pens im März 1986 mit 9,8% der Wählerstimmen als drittstärkste politische Kraft des Landes noch vor den Kommunisten.

Ihre größten Erfolge erzielte sie in den städtischen Ballungszentren des mediterranen Südens in Orten mit einem Immigrantenteil von über 10% und in Gegenden, die vorzugsweise von Algerienfranzosen bewohnt sind. In Marseille erhielt ihre Liste ein Viertel aller abgegebenen Stimmen. Aber auch in den Industriegebieten des Nordens konnte sie einen Stimmenzuwachs verzeichnen, und in der Pariser Region, wo sie ge-

Auf die bürgerlichen Mittelschichten zielt denn auch die neuerliche Strategie Le Pens, die er bereits vor den Märzahlen anwandte und die möglicherweise einen Konflikt zwischen Orthodoxen und Reformisten in der Partei auslösen wird: Während die einen am populistisch-xenophoben Markenzeichen des Front National festhalten, streben die anderen eine Sammlungsbeziehung an, die alle nationalen Kräfte mobilisieren soll. Es scheint, als ob Le Pen sich auf die Seite der Reformer schlagen wolle. Nicht nur daß er den diskreten Charme des Parlamentarismus als Abgeordneter des Europa-Parlaments und der Nationalversammlung sichtlich genießt und sein Image als Staatsmann pflegt, auch die Wählerwerbung des Front National geht neue Wege.

Neben die volkstümlichen Blauweißrot-Feste im Flughafengelände von Le Bourget tritt eine zielgruppenbewußte publicity: Glanzpapierbroschüren in gemilderter Diktion für die „quartiers chics“ unter der Überschrift „Mit dem Front National und Jean-Marie Le Pen gegen den Sozialismus“, für die „quartiers populaires“ weiterhin ein unverhüllt rassistischer Diskurs unter Beibehaltung des Slogans „Zuerst Frankreich und die Franzosen“¹⁴⁾.

genüber den Europa-Wahlen Verluste hinnehmen mußte, hielt sie sich noch über dem nationalen Durchschnitt¹⁶⁾. Obwohl ihr punktueller Zuwachs nicht allein mit dem Protestvotum enttäuschter PS- oder PC-Wähler erklärt werden kann, ist ihr Einbruch in gewisse Hochburgen der Linken nicht zu leugnen, zumal das soziologische Profil ihrer Wählerschaft eher dem der Linken als dem der traditionellen Rechten ähnelt. Le Pens Wählerschaft ist männlich, jung, religiös indifferent und klassentranszendierend — nicht weiblich, betagt, kirchengläubig und bürgerlich wie das der traditionellen Rechten. Dennoch kommen mehr als 50% seiner Wähler aus dem Stimmenpotential der Rechten¹⁷⁾.

UDF und RPR waren sich denn auch seit den Mißerfolgen der Sozialisten darüber im klaren, daß der Front National ihr gefährlichster Konkurrent sei. Das zeigte sich bereits bei der Kandidatennominierung zu den letzten Kantonalwahlen, als einzelne Notabeln ins rechtsradikale Lager überwechselten oder doch Bündnisse mit dem Front National schlossen. „Eine der Stärken des FN“, meint Birenbaum, „besteht darin, daß er es versteht, den vom RPR Enttäuschten vielversprechende Positionen zuzusichern — und das auf

^{12a)} L'Événement du jeudi, 18./23. Dezember 1986, S. 9.

¹³⁾ Guy Birenbaum, Front National: Les mutations d'un groupuscule, in: Intervention, (1986) 15, S. 26f.

¹⁴⁾ Le Monde, 25. Dezember 1986, S. 8.

¹⁵⁾ Jean-Christian Petitfils, L'extrême droite en France, Paris 1983, S. 123.

¹⁶⁾ Le Monde, 18. März 1986, S. 5.

¹⁷⁾ Pascal Perrineau, Quel avenir pour le Front National?, in: Intervention, (1986) 15, S. 35.

allen Ebenen der Parteihierarchie“¹⁸⁾. Zwar hat sich landesweit die Taktik der beiden bürgerlichen Parteien ausgezahlt, in 61 Départements gemeinsame Listen aufzustellen, aber im Département Bouches-du-Rhône beispielsweise siegte der lepenistische Kandidat über den Fraktionsführer der UDF, Jean-Claude Gaudin.

R. Höhne hat in der historischen Entwicklung der Rechten sechs Strategien zur Rückeroberung bzw. Festigung der Macht analysiert¹⁹⁾. Zwei davon sollen im folgenden anhand einiger Beispiele beschrieben werden: die elektorale und die kulturelle Strategie.

Einen wesentlichen Bestandteil der elektoralen Strategie bilden die Wahlabsprachen. Bereits vor 1986 ist es zwischen dem Front National und Vertretern der gemäßigten Rechten mehrfach zu Bündnissen gekommen, zum ersten Mal in Dreux im September 1983. Um einen Sieg der Linken zu verhindern, hat Le Pen bei den Kantonalwahlen 1984, nach einem zunächst erbitterten Kampf mit seinen bürgerlichen Konkurrenten, die Mehrzahl der Front National-Kandidaten zurückgezogen und seinen Anhängern freigestellt, für die bürgerlichen Rechte zu votieren. Bei den Märzahlen 1986 gewann die Rechte in 20 von 22 Regionalräten das Präsidium — in fünf Fällen mit Hilfe des Front National. Damit wiederholte sich im Hexagon, was 1984 auf Korsika schon praktiziert worden war. „Die grausame Wirklichkeit der Zahlen“, stellte Le Pen ironisch fest, habe einige Notablen gezwungen, sich über die Parole Chiracs hinwegzusetzen. Der RPR-Chef hatte kurz zuvor die „Vichy-Wurzeln“ und „rassistische Philosophie“ des Front National denunziert und jedes Zusammengehen mit ihm abgelehnt, was ihm bei militanten FN-Anhängern den Spottnamen „Monsieur Inch Allah“ eintrug²⁰⁾.

Als gelehrige Schüler Gramscis (über die Vermittlung der Nouvelle Droite) wissen die jungen Rechten, daß es nicht reicht, die politische Macht zu erobern, sondern daß diese „in den Köpfen“ vorbereitet und über die kulturelle Durchdringung der zivilen Gesellschaft gefestigt werden muß. Um die Reedukation der durch das „linke Kulturmonopol vergifteten“ Öffentlichkeit basisbezogen zu betreiben, soll die Gesellschaft mit einem Netz konservativer Relaisstationen überzogen werden. Zu deren Aktivitäten gehört alles, was nicht zum Kernbereich des Politischen zählt — vom Bildungssystem über das Gesundheitswesen und die Kunst bis zur Medienpolitik.

Nach Trägerschaft, Funktion und inhaltlichen Schwerpunkten lassen sich die metapolitischen

¹⁸⁾ G. Birenbaum (Anm. 13), S. 31.

¹⁹⁾ Roland Höhne, Die Strategie der französischen Rechten nach dem Sieg der Linken von 1981, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Juni 1983, S. 209.

²⁰⁾ Le Monde, 23./24. März 1986, S. 9.

Organisationen in drei Kategorien gliedern: die Ideenzentralen, die Transmissionszirkel und die Interessengruppen. Die Abgrenzungen sind fließend und die personellen Verflechtungen vielfältig.

Die „sociétés de pensée“ haben in der französischen Geschichte seit der Aufklärung große Bedeutung gehabt. Ursprünglich Zentren einer bürgerlich-demokratischen Gegenöffentlichkeit, inspirierten sie im 19. Jahrhundert erst die gegenrevolutionäre und dann die sogenannte revolutionäre Rechte. Ihre Fähigkeit zur Selbsterneuerung verdankt die französische Rechte nicht zuletzt ihren intellektuellen Zirkeln, deren Theoretiker gelegentlich auch Linke faszinierten. Die Ausstrahlungskraft der rechtsextremen Action Française läßt sich angesichts ihrer numerischen Schwäche und ihrer mangelnden institutionellen Verankerung nur verstehen, wenn man ihre Rolle als Ideenlaboratorium und Initiationszirkel für junge bürgerliche Intellektuelle begreift.

Eine ähnliche Funktion haben in der Gegenwart neben dem RPR-nahen Club 89 die beiden Gruppen, die in die Medien als „Neue Rechte“ eingingen: GRECE und der Club de l'Horloge²¹⁾. Beide fungieren als Denkschulen und Ideenmultiplikatoren. Mit Seminaren, Colloquien, Zeitschriften und Buchpublikationen führen sie einen „ideologischen Stellungskrieg“ gegen den Egalitarismus. Während aber die Gruppe um Alain de Benoist sich strikt an ihre metapolitischen Ziele hält und parteipolitische Agitation ablehnt, tritt der Uhrenclub massiv als politischer Akteur auf. Seine 250 Mitglieder, größtenteils 35—45jährig und in ihrer Mehrheit dem Enarchenmilieu zuzurechnen, vertreten rechtsextreme bzw. sozialdarwinistisch neoliberale Positionen. Als Treffpunkt von Entscheidungsträgern aus den Verwaltungsspitzen, der Wirtschaft und dem universitären Bereich sowie als Umschlagsplatz von Ideen bildet der Club einen intellektuellen Pol der intransigenten Opposition.

Auf einer niedrigeren Stufe als die Argumentationszellen à la Club de l'Horloge, die sich darauf spezialisieren, den politischen Nachwuchs der Pariser Eliten ideologisch zu schulen und die Parteispitzen mit theoretischem Know-how auszustatten, sorgen die Transmissionszirkel für die Verbreitung rechter Denkmuster in der Provinz und in den verschiedenen Bereichen des kulturellen und professionellen Vereinslebens. Typisch

²¹⁾ Zur Neuen Rechten ausführlich: Marieluise Christadler, Die Nouvelle Droite in Frankreich, in: Iring Fetscher (Hrsg.), Neokonservative und Neue Rechte, München 1983, S. 163f. Zum Verhältnis GRECE-FN vgl. dies., Frankreichs Konservative zwischen liberaler Vernunft und rechter Versuchung, in: Leviathan, 14 (1986) 2, S. 182f. — P. A. Taguieff hat zu dem Thema eine Bibliographie zusammengestellt in: Mots, 12. März 1986, S. 204f.

sind die *Comités d'Action Républicaine* (CAR), von der linksliberalen *LIBERATION* als „Uhlenklub für die Mittelschichten“ bezeichnet. Die CAR wurden 1981 von Bruno Mégret — einem ehemaligen Mitglied des RPR und des Uhrenclubs, heute beim *Front National* — mit dem Ziel gegründet, „die schweigende Mehrheit“ politisch zu vertreten. Ideologisch sind die CAR rechts von der bürgerlichen Mehrheit einzuordnen. Gleiches gilt für die zur Jahreswende 1984/85 aus den CAR und ca. 30 anderen Clubs gebildete *Fédération pour l'Avenir et le Renouveau* (FAR), die ein Gegengewicht bilden soll zu den „im politischen Kleinkrieg und Karrierismus verstrickten Politikern“. Die FAR arbeitet mit dem *Centre national des Indépendants et des Paysans* (CNIP) zusammen, einer konservativen Splitterpartei, die im ländlich-katholischen Bereich wie im gewerblichen Mittelstand ihre Hauptstütze hat und eine „Verbindungsbrücke zwischen dem *Front National* und dem Bürgerblock“ bilden möchte²²).

Stärker konzentriert auf den eigentlichen Kulturbereich ist die *Association des élus pour la liberté de la culture* (AELC), die von dem 37jährigen RPR-Bürgermeister von Saumur, Jean-Paul Hugot, ins Leben gerufen wurde mit der Aufgabe, „der Linken das Kulturmonopol zu entreißen“. Zu diesem Zwecke hat er die Bürgermeister von fast 40 Gemeinden dazu gebracht, sich seiner Organisation anzuschließen, deren Leitung er übrigens mit dem ehemaligen Generalsekretär und Chefdenker des Uhrenclubs und jetzigem *Front National*-Mitglied Le Gallou sowie einem Vertreter des CNIP teilt. Die AELC ist dabei, eine kommunikative Infrastruktur aufzubauen, die von der Publikation eines monatlichen *Bulletins* bis zur Einrichtung eines „Kulturdienstes“ reicht. Verglichen mit der Gesamtzahl der französischen Kommunen (36 433) scheint der Einflußbereich der AELC klein. Man muß aber bedenken, daß so bedeutende Städte wie Toulouse, Bordeaux,

Aix-en-Provence und Narbonne der Vereinigung angehören, und z. B. der neugewählte RPR-Bürgermeister von Toulouse, Dominique Baudis, der gleichzeitig das Amt des Regionalratspräsidenten von Midi-Pyrénées innehat, wegen seiner Dynamik bei der traditionell eher sozialistisch orientierten Bevölkerung so beliebt ist, daß man ihm eine überregionale politische Zukunft voraussagt.

Zum Einflußbereich der metapolitischen Aktion der Rechten gehören ebenfalls eine Reihe von Interessengruppen, die in sensiblen Bereichen wie Universität, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit, Medien, Landwirtschaft und Industrie wirken. Da gibt es z. B. die Gruppe *Solidarité médicale*, die für die ständischen Privilegien der Ärzte und eine Privatisierung des Gesundheitswesens eintritt. Sie unterhält Kontakte zu dem gaullistischen *Centre féminin d'Études et d'Information* (CFEI), das Konferenzen und Seminare zu Frauenfragen aus der Sicht der Konservativen veranstaltet. Die Vereinigung *Légitime défense*, in der RPR und *Front National* um die Gunst der Justizbeamten und Polizisten wetteifern, kämpft für eine Verschärfung des Strafrechts. Von Europa-Abgeordneten des *Front National* wurde 1985 die Assoziation „Modernes Unternehmen und Freiheiten“ gegründet, die der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in Kreisen des Handels, des Handwerks und des kleinen Unternehmertums dient.

Angesichts der vielfältigen personellen Kontakte und Doppelmitgliedschaften zwischen der „klassischen“ Rechten und den Gruppierungen der „droite-carrefour“, die vom Club de l'Horloge über Kulturvereine bis zu poujadistischen Syndikaten reicht, muß man mit Alain Rollat von einem „réseau“ sprechen. Dieses Beziehungsnetz erreicht zwar zunächst nur geringe Teile der Bevölkerung, aber es wirkt als Verstärker und Multiplikator konservativer Ideen.

V. Regierungswechsel oder kulturelle Hegemonie?

Der Soziologe François Bourricaud vermutet, daß „die Rückkehr der Rechten“ mehr ist als ein Regierungswechsel, nämlich die politische Manifestation einer geistigen Wende, die eine langfristige kulturelle Hegemonie einleitet. Seiner Meinung nach ist die neue Epoche allerdings gekennzeichnet durch das Nebeneinander von progressiven und konservativen Ideen. Zwar sei die Linke ihres ideologischen Monopols verlustig gegangan,

ihre Werte behielten indessen weiterhin Geltung²³).

Ähnlich argumentiert Jean-Marie Colombani, wenn er der Regierung Chirac vorwirft, sie habe den spektakulären Rechtsruck vom März 1986 als globale ideologische Kehrtwende mißverstanden. Die studentische Protestbewegung und (so muß man hinzufügen) die daran anschließenden Arbeitskämpfe zeigten, daß die Franzosen unter

²²) Pierre-André Taguieff, *Les droites radicales en France. Nationalisme révolutionnaire et national-libéralisme*, in: *Les Temps modernes*, (1985) 4, S. 1808 f.

²³) François Bourricaud, *Le retour de la droite*, Paris 1986, S. 292, 295.

allen Umständen an den Systemen sozialer Sicherheit festhielten. Ein Vergleich mit den Demonstrationen gegen die sozialistische Schulreform mache deutlich, daß die Bevölkerung sich gegen egalitäre Exzesse auf das Prinzip der Freiheit und gegen einen überzogenen Liberalismus auf das Postulat der Gleichheit berufe. Zum Beweis zitiert Colombani die Ergebnisse einer SOFRES-Umfrage vom 10. November 1986 über „die ideologischen Präferenzen der Franzosen“. Danach sprach sich zwar eine Mehrheit der Befragten für die Durchsetzung liberaler Grundsätze im Bereich der Wirtschaft aus, favorisierte aber gleichzeitig „in der Politik“ den Sozialismus gegenüber dem Gaullismus²⁴⁾.

Was die Mehrzahl der Franzosen umtreibt, ist nicht die Privatisierung staatlicher Betriebe und Gefängnisse, auch nicht der Nationalitätsstatus der Immigranten (obwohl keineswegs nur Le Pen-Wähler für eine rigorose Immigrationspolitik eintreten), sondern die Furcht vor Arbeitslosigkeit, die Sorge um ein ausreichendes Einkommen und die Angst vor Kriminalität und Terrorismus.

In seiner „Francoscopie“ hat Gérard Mermet die widersprüchlichen Aspirationen der Franzosen zusammengestellt²⁵⁾. Sie reichen von dem Bedürfnis nach materieller Sicherheit und familiärem Glück bis hin zu dem Verlangen nach einem „charismatischen Führer“, der die Geschicke des Landes „aufrichtig in der Sprache und realistisch im Handeln“ lenkt. Wenn die Regierung reüssieren will, muß sie einen mittleren Weg steuern zwischen den beiden Polen gesellschaftlicher Wunschvorstellungen: dem zentrifugalen Streben der Bürger nach individueller Selbstverwirklichung und ihrem Festhalten an einem sozialintegrativen „nationalen Konsens“. Hinzu kommt, daß Chirac gleichzeitig den harten Kern seiner bonapartistischen Klientel und eine breite zentristische Wählerschaft befriedigen muß. Er darf weder zu offensichtlich korporativen Interessen nachgeben noch eine ideologische Monokultur betreiben, sollte aber nichtsdestoweniger ein unverwechselbares, mobilisierungsmächtiges konservatives „Zukunftsprojekt“ präsentieren; er muß dem Verlangen nach Sicherheit entsprechen, aber die autoritären Kräfte in seiner „Mannschaft“ von repressivem Übereifer abhalten; die Wirtschaftskrise meistern, ohne das soziale Netz zu gefährden oder Privilegien anzutasten.

Ob dem Premierminister dieser Balanceakt gelingt, ist ungewiß. Die „Reformpause“, die er der Regierungsmehrheit verordnet hat, könnte sei-

²⁴⁾ Jean-Marie Colombani, 1984—1986. Liberté, égalité, in: Le Monde, 12. 12. 1986. Vgl. SOFRES 1985, S. 97f.

²⁵⁾ Gérard Mermet, Francoscopie. Les Français. Qui sont-ils? Où vont-ils?, Paris 1986, S. VIII.

nem Image als Krisenmanager auf die Dauer eher nutzen als schaden, ungeachtet einer vorübergehenden (?) Popularitätseinbuße²⁶⁾. Allerdings ist nicht nur sein koalitionspolitischer, sondern auch sein konstitutioneller Spielraum begrenzt. Zwar hat er bisher alle legalen Mittel voll ausgeschöpft, um das Regierungsprogramm durchzusetzen — teils, indem er per Ermächtigungsgesetz und Verordnungen regierte, teils, indem er parlamentarische Debatten mit Hilfe der Vertrauensfrage abwürgte. Aber sowohl der Verfassungsrat wie der Staatspräsident wachen darüber, daß die Regierung den Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Kompetenzen nicht überschreitet und die gesamtgesellschaftlichen Belange nicht zugunsten von Parteiinteressen vernachlässigt.

So hat der Verfassungsrat, der sich im letzten Jahrzehnt von einem gefügigen Instrument der Exekutive zu einer echten Dritten Gewalt entwickelte, mehrfach sein Einspruchsrecht geltend gemacht. U. a. hat er zwei wesentliche Bestimmungen des neuen Pressegesetzes annulliert und der Regierung bei der Neufestsetzung der Wahlkreise sowie für die Privatisierung nationalisierter Betriebe Auflagen gemacht. Es ist denkbar, daß er seine Unabhängigkeit erneut unter Beweis stellt, wenn er die nachträgliche legislative Durchsetzung der von Mitterrand abgelehnten Arbeitszeitverordnung für verfassungswidrig erklärt.

Auch das Veto des Staatspräsidenten muß Chirac einkalkulieren. Auf die erste Phase der Kohabitation, in der beide Männer ihre Gemeinsamkeiten herausstellten, folgte eine zweite, in der sie ihre gegensätzlichen Auffassungen betonten. Die gegenwärtige dritte Phase ist durch einen wesentlich schärferen Ton der Auseinandersetzung gekennzeichnet. Mehr und mehr stilisiert sich der Präsident zum Hüter sozialer Gerechtigkeit, zum obersten Sachwalter der nationalen Belange²⁷⁾ und zum Chefinterpret der Verfassung²⁸⁾. Daß die Franzosen seine Schiedsrichterrolle akzeptieren, zeigen die Umfrageergebnisse. Im Mai 1986 glaubten 39% der Befragten an eine Fortsetzung der Kohabitation, im Juli waren es 54% und im Dezember 1986 72%. Im gleichen Monat erklär-

²⁶⁾ Während die Presse das Nachgeben Chiracs im allgemeinen als Niederlage registriert hat, gibt die Tatsache zu denken, daß bei einer im Nouvel Observateur (5./11. 12. 1986) veröffentlichten Umfrage 35% der Studenten mit dem „Gesetz Devaquet“ unzufrieden waren, aber nur 7% mit der Politik der Regierung im allgemeinen.

²⁷⁾ In einer vielbeachteten Rede erklärte der Präsident am 19. 12. 1986: „La cohésion sociale commande la cohésion nationale ... Il ne peut pas y avoir de cohésion nationale sans cohésion sociale“ (Le Monde, 20. 12. 1986).

²⁸⁾ Interview Mitterrands mit Jean-Pierre Elkabbach, zusammengefaßt in: Le Point, 21. 12. 1986, S. 27. Insbesondere entwickelt Mitterrand dort seine Vorstellungen von einer „présidence partagée“.

ten sich 62% mit dem Verhalten Mitterrands einverstanden²⁹). Zwar wünschten 63%, daß 1988 Premier und Präsident wieder der gleichen politischen Familie angehören sollten, aber offenbar hat sich die Öffentlichkeit mit der neuen „Gewaltenteilung“ besser abgefunden als das politische Establishment.

Das gilt auch für die Bedingungen, unter denen die Regierung zur Zurücknahme ihres Hochschulgesetzes gezwungen wurde. Während die politische Klasse und die Medien von einer „erdbebenähnlichen“ Erschütterung der Institutionen sprachen und die Gefahr beschworen, daß sich „die Straße“ als gesetzwidrige Vierte Gewalt etabliere, überwiegt in der Bevölkerung allem Anschein nach die Genugtuung über den Protest der Studenten und Schüler. Deren Weigerung, „sich von autoritären Technobürokraten nach Belieben gängeln zu lassen“³⁰), kommt dem antigouvernementalen Affekt vieler Franzosen entgegen.

Zu Recht sprach die Presse anlässlich der Dezember-„Ereignisse“ von einem „politischen Knick“. Neun Monate nach ihrem Machtantritt erlebte die Regierung erstmals einen massiven und offenbar völlig unerwarteten Angriff auf ihre Politik. Diese Erfahrung wird möglicherweise ihre Reformeuphorie dämpfen und Chirac auf den Weg der „gestion“³¹) zurückführen oder ihn vielleicht sogar zu einem vorzeitigen Rücktritt veranlassen, um sich — von Mißerfolgen unbehelligt — dem Präsidentschaftswahlkampf zu widmen.

Die Frage ist, ob die zutagegetretenen Spannungen innerhalb der Koalition sich zu einem Bruch ausweiten und neue Bündiskonstellationen ermutigen oder ob die Rechtsunion sich wieder stabilisieren wird. Im ersten Fall wäre es denkbar, daß zentristische Kräfte aus dem konservativen Block ausbrechen und sich einer pragmatisch geläuterten und von ihrer Oppositionsrolle profitierenden Sozialistischen Partei nähern³²). Wahlanalysen zeigen, daß die geographischen Verschiebungen im Rechts-Links-Kräfteverhältnis und eine verminderte Stimmhaltung sich zugunsten der Sozialisten auswirken könnten³³).

²⁹) Le Point, 21. 12. 1986, S. 28.

³⁰) Paul Yonnet, Une éruption prévisible, in: L'Express, 19. 12. 1986, S. 13.

³¹) Gemeint ist eine von großen politischen Konzepten freie, routinierte Wahrnehmung der Amtsgeschäfte.

³²) Zwei Entwicklungen verdienen Aufmerksamkeit: 1. das Werben Barres und Chiracs, aber auch führender Sozialisten wie Joxe und Bérégovoy um die Christdemokraten, deren Führer Méhaignerie von der Dezember-Krise deutlich profitiert hat, 2. die Bemühungen der Radikalen, verstärkte Kontakte mit dem linksliberalen MRG aufzunehmen (Le Monde, 9./10. 11. 1986, 29. 11. 1986 u. 17. 1. 1987).

³³) Pierre Martin, Le rapport de forces droite/gauche en 1986, in: Revue de science politique, Oktober 1986, S. 597f. — Zur gegenwärtigen symptomatischen Tocqueville-Renaissance vgl. Magazine Littéraire, (1986) 236.

Eine solche Entwicklung würde allerdings voraussetzen, daß das durch die anhaltende Wirtschaftskrise verstärkte Protestpotential in der Wählerschaft wenigstens teilweise der (nichtkommunistischen) Linken zugutekäme, und es den Sozialisten gleichzeitig gelänge, sich als Partei der linken Mitte und eines sozialtemperierten Fortschritts zu profilieren.

Bourricaud ist überzeugt, daß „Zeitgeist“ und Sozialstruktur die gemäßigte Rechte begünstigen; daß sie prädestiniert ist, einen „moralischen Konsens“ über die Bedingungen des Zusammenlebens herzustellen im Sinne von Tocquevilles Ideal einer zwischen Freiheit und Gleichheit, individuellen und kollektiven Werten ausgependelten Gesellschaft³⁴).

Eine Reihe von Indizien im kulturellen Bereich bestätigen seine Hypothese von der anhaltenden Dominanz eines aufgeklärten Konservatismus: die Abwendung der Intellektuellen von globalen Modellen der Weltdeutung und Gesellschaftsveränderung unter Berufung auf die ihnen immanente Gefahr totalitärer Entgleisung; ihr Rückzug auf einen humanitären und professionellen Pragmatismus; der Ersatz ideologischer Gewißheiten durch moralische Überzeugungen; die Rehabilitierung des Individuums und die Skepsis gegenüber kollektivistischen Konzepten; die verbreitete Wertschätzung des Liberalismus als einer Theorie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Freiheit, verbunden mit einem unterschiedlich ausgeprägten Anti-Egalitarismus; die zunehmende Ablehnung der Rechts-Links-Dichotomie zugunsten einer interessengeleiteten politischen ad hoc-Orientierung; und schließlich der Verzicht auf parteipolitische Militanz zugunsten einer breitgefächerten Partizipation im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich. Schon unter der sozialistischen Regierung begann der Spalt zwischen der „zivilen“ und der „politischen“ Gesellschaft sich zu vertiefen. Die Folge war eine wachsende Abneigung in der Bevölkerung gegen alles, was im Verdacht stand, „politisiert“ zu sein. Die französische Gesellschaft scheint immer mehr zu einem Konglomerat gegeneinander abgeschotteter Interessengruppen zu zerfallen. Bernard Cathelat³⁵) spricht von einem „Mosaik unterschiedlicher Wertsysteme und gegensätzlicher Lebensstile“. Die positive Folge ist ein Anwachsen individueller Freiheiten und gesellschaftlicher Toleranz; die negative Folge eine Ghettoisierung der sozialen Gruppen, die die Gefahr xenophober und rassistischer Ausbrüche in sich birgt, sowie eine vielfach beklagte mangelnde Be-

³⁴) F. Bourricaud (Anm. 23), S. 306f.

³⁵) Bernard Cathelat, Styles de vie. La France en miettes, in: G. Mermet (Anm. 25), S. 409.

reitschaft, sich „für ein Gemeinschaftsprojekt zu engagieren“.

Man wird abwarten müssen, ob Bourricauds Vision einer von „demokratischen (nicht „revolutionären“) Leidenschaften“ und „sozialem Konsens“ getragenen, liberalkonservativen Gesellschaft eine Chance hat, oder ob rechtsextreme

Positionen, die einen rabiaten Neoliberalismus mit reaktionärem Autoritarismus verbinden, an Bedeutung gewinnen³⁶).

³⁶) Charakteristisch für diese Tendenz ist neben dem FN und dem Club de l'Horloge das von Louis Pauwels geleitete Figaro Magazine (Auflage: 800 000), das den protestierenden Studenten vorwarf, „geistige Aids-Träger“ zu sein.

Die Sozialistische Partei Frankreichs: Sozialdemokratie oder Postsozialismus?

Von den Schwierigkeiten des demokratischen Sozialismus,
in Frankreich wieder mehrheitsfähig zu werden

I. Die „Ära Mitterrand“ — historische Verspätung oder „postsozialistische“ Ouvertüre?

Frankreichs Uhren — nach einem bekannten Bonmot gehen sie bekanntlich anders — haben der Sozialistischen Partei (PS) nur ein kurzes „sozialdemokratisches Jahr fünf“ gegönnt. Die vergleichsweise spät errungene Wählermehrheit verlor sie bereits nach zwei bis drei Jahren; die Regierungsrolle wurde dem sozialistischen Premierminister nach den verlorenen Parlamentswahlen im März 1986 aus der Hand genommen, und der bis 1988 gewählte Staatspräsident François Mitterrand ist seither weitgehend auf repräsentative Funktionen zurückgedrängt worden, die er allerdings höchst geschickt und politisch-effektiv wahrnimmt. Die französische Geschichte scheint sich treu zu bleiben; nach der kurzen Episode der „roten Rose“ prophezeit man dem demokratischen Sozialismus nun wieder ein langes Exil in der Opposition¹⁾.

Im Abstand eines knappen Jahres vom Machtverlust auf der zentralstaatlichen Ebene — dem bereits herbe Verluste der Linken in den Gemeinden vorausgingen und der sich auf breiter Front auch in den (von ihr selbst aufgewerteten) Regionalparlamenten wiederholte — läßt sich heute *erstens* die Frage stellen, was nach dem glanzvollen Wiederaufstieg der PS in den siebziger Jahren zu einem definitiven Ende der „Ära Mitterrand“ zu führen droht. Wie kam es, daß die von den Sozialisten angeführte Linke ihre in der Periode des Spätgaullismus und in der Amtszeit Giscard d'Estaings gewonnene *kulturelle* Hegemonie nicht zur politischen ausbauen und verteidigen konnte?

Zweitens soll der Frage nachgegangen werden, ob der in der Regierungszeit 1981—1986 eingetretene, aufsehenerregende *innere Wandel* der PS als „Sozialdemokratisierung“ anzusehen und damit als Ausdruck einer „Normalisierung“ Frank-

reichs im west- und mitteleuropäischen Maßstab zu interpretieren ist²⁾.

Drittens soll dann die Entwicklung der Partei seit der Wahlniederlage skizziert und gefragt werden, ob Frankreichs Sozialisten über kurz oder lang erneut mehrheitsfähig werden können. *Hegemoniefähigkeit* — so das Stichwort — resultiert dabei nicht (allein) aus der taktisch-personellen Schwäche des liberalkonservativen Regierungsbündnisses aus RPR und UDF, in dessen Gebälk es schon merklich kracht. Viele Skeptiker sind vom Ende des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Dahrendorf) überzeugt. Eine renovierte sozialistische bzw. sozialdemokratische Hegemonie setzte zum einen eine spürbare *politisch-kulturelle Tendenzwende* weg von neokonservativen bzw. neoliberalen Regulierungsweisen spätkapitalistischer Gesellschaften und zum anderen die *sozio-strukturelle Mehrheitsfähigkeit* einer gewandelten Linkspartei voraus. Dies würde in Frankreich ein „zweites Epinay“³⁾ erfordern; doch ist das Gelingen oder Scheitern dieses Prozesses auch von exemplarischer Bedeutung für die Neuformierung sozialdemokratischer, sozialistischer und auch grün-alternativer Strömungen in anderen Ländern⁴⁾.

²⁾ Den Terminus der „Normalisierung“ als Kennzeichen der Mitterrand-Ära benutzen etwa Serge July, *Les années Mitterrand. Histoire baroque d'une normalisation inachevée*, Paris 1986, und Claus Leggewie, *Der König ist nackt. Ein Versuch, die Ära Mitterrand zu verstehen*, Hamburg 1986. Die in diesem Kapitel zusammengefaßten Ergebnisse werden breiter ausgeführt in meiner Habilitationsschrift „Sozialdemokratie in Frankreich — Am Ende eines historischen Sonderwegs?“, Göttingen 1986.

³⁾ Epinay war Ort der Neugründung der PS 1971. Siehe zur Parteigeschichte u. a. Jacques Kergoat, *Le Parti socialiste. De la Commune à nos jours*, Paris 1983, und die in meinem Literaturbericht referierten Darstellungen: *Realer Sozialismus im Westen? Sozialistische und kommunistische Partei Frankreichs*, in: PVS-Literatur, 24 (1983) 1, S. 40-51; *Parti socialiste, Brochure de base*, Paris 1986.

⁴⁾ Deshalb versteht sich diese monographische Frankreich-Darstellung explizit als Beitrag zur *europäischen Sozialismus-Debatte*; die sozialwissenschaftliche Frank-

¹⁾ So etwa von Gustave Stern, *Die Wiederkehr der Rechten. Politische Wende und konservative Hegemonie in Frankreich*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 33 (1986) 10, S. 938-944, und im Beitrag von Marieluise Christadler in diesem Heft. Für wichtige Hilfen danke ich Christian Deubner.

II. Soll und Haben — Zur Bilanz von fünf Jahren sozialistischer Regierungspraxis

Die (gemäß der bisherigen Verfassungspraxis der Fünften Republik) unter Staatspräsident Mitterrand regierenden Kabinette Pierre Mauroy (1981—1984) und Laurent Fabius (1984—1986) hatten eine fast einzigartige Chance: Während in fast allen hochentwickelten Industriegesellschaften infolge der Weltwirtschaftskrise nach 1974 liberal-konservative Regierungen ins Amt kamen

CERES	Centre d'Études, de Recherches et d'Éducation Socialiste (linker Flügel der PS, ab 1986: Socialisme et République)
CFDT	Confédération Française Démocratique du Travail (linkssozialistischer unabhängiger Gewerkschaftsbund)
CGT	Confédération Générale du Travail (Prokommunistischer Gewerkschaftsbund)
PCF	Parti Communiste Française (Kommunistische Partei Frankreichs)
PS	Parti Socialiste (Sozialistische Partei Frankreichs)
RPR	Rassemblement Pour la République (neo-gaullistische Partei)
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière (Alte Bezeichnung der Sozialistischen Partei)
UDF	Union pour la Démocratie Française (Parteienbündnis der liberalen und rechten Mitte)

und mit einander ähnlichen *Austerity*-Programmen der Politik in allen Bereichen ihren Stempel aufzudrücken vermochten, kamen in Frankreich „antizyklisch“ (und auch schon kaum noch erwartet) die Sozialisten mit ihrem kommunistischen Juniorpartner an die Macht. Die Voraussetzungen schienen günstig: eine satte parlamentarische Mehrheit von PS-Abgeordneten, ein domestizierter kommunistischer Koalitionspartner (bis 1984), der dann auch als außerparlamentarischer Gegner nicht den „Minister der Massen“

Frankreich-Forschung ist in der mißlichen Lage, im Getto der „Landeskunde“ eingesperrt zu sein, wozu sie mit Beiträgen zum Mythos vom „unbegreiflichen Nachbarn“ auch immer wieder selbst beiträgt. Auch die politische Diskussion zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten bewegt sich, etwa bei Peter Glotz, Manifest für eine Europäische Linke, Berlin 1985, näher bei den italienischen Eurokommunisten als bei den Genossen an der Seine, zu denen nur oberflächliche Kontakte bestehen.

spielen konnte, im übrigen kaum sonstiger Protest von seiten der Gewerkschaften oder neuer sozialer Bewegungen, und keine ökologische Protestpartei in den Parlamenten — trotz ungünstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen schien dies noch einmal Handlungsspielräume für ein authentisches sozialistisches Reformprojekt zu eröffnen. Ein „anderes“ Krisenmanagement als *Reaganomics* oder *Thatcherism* schien möglich; eine sozial- und demokratie„verträglichere“ Industrie-, Forschungs- und Technologiepolitik sowie eine exemplarische Erweiterung des modernen Rechts- und Wohlfahrtsstaats standen auf der Tagesordnung.

Die Ernüchterung kam bald. Kritiker (auch aus den eigenen Reihen) halten der abgewählten Linksregierung vor, ihre Variante der Austeritätspolitik (*politique de rigueur*) habe keinerlei neue Akzente gesetzt. Vielmehr habe sie das anvisierte „sozialistische Projekt“ ausverkauft und sei mit fliegenden Fahnen zu neoliberalen Vorstellungen übergelaufen. Das „Modell Frankreich“ hat nicht stattgefunden.

Die Sozialisten selbst legen eine günstigere Bilanz vor. Regierung und Parlament waren eminent fleißig; sie brachten eine Fülle von Reformprojekten ein. Die Bewältigung der bereits vorgefundenen und weitgehend von außen determinierten Wirtschaftskrise sei sozial ausgewogener gewesen als in anderen Ländern. War es so? Eine objektive Evaluation ist bisher noch kaum begonnen worden — und erscheint vielen auch weder politisch noch wissenschaftlich interessant⁵). In der hier gebotenen Kürze soll dazu ein Überblick gegeben werden.

1. Die Reformen

Betrachtet man zunächst die *Quantität* der Reformgesetze, so muß man der Linksregierung ge-

⁵) Siehe den Überblick bei Hans Manfred Bock, Die sanften Reformen der regierenden Sozialisten in Frankreich 1981—1986, in: PVS-Literatur, 27 (1986) 2, S. 136—152; Philip G. Cerny/Martin A. Schain (Eds.), Socialism, the State and Public Policy in France, London 1985; Mark Kesselman/Guy Groux (Eds.), Le mouvement ouvrier 1968—1982, Paris 1984. In deutscher Sprache Johannes M. Becker (Hrsg.), Das französische Experiment. Linksregierung in Frankreich 1981—1985, Berlin-Bonn 1985, und Max Steinacker/Andreas Westphal, Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich. Projet socialiste und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft, Berlin 1985. Aus anderer Sicht siehe Michel Beaud, La politique économique de la gauche. Le grand écart, Paris 1985, und aus PS-Warte: Les actes et les résultats 1981—1986, Lettre de Matignon, 185 (1986); ADA (Ed.), Bilan de la France 1986, Paris 1986: Assemblée Nationale, Le bilan de la septième législature, Paris 1986.

rechterweise eine erstaunliche Vielzahl und auch Vielfalt von Ansätzen bescheinigen:

— Mit der *Dezentralisierung* von 1982 wurde eine seit langem überfällige, durch den regionalistischen Protest der siebziger Jahre aktualisierte „stille Revolution“ im zentralistisch verwalteten und regierten Frankreich eingeleitet. Die regionalen Gebietskörperschaften (also Gemeinden, Départements und Regionen) haben jetzt eine größere finanzielle und Entscheidungsautonomie, wenngleich Ambition und Wirkung dieser Gesetze noch begrenzt sind, die französische „Peripherie“ noch nicht das wünschenswerte föderative Gegengewicht zum Pariser Zentrum bildet und auch neue Abhängigkeitsverhältnisse nicht ausgeschlossen sind⁶⁾.

— Von ähnlichem Gewicht sollte die *Verstaatlichung weiterer Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen* 1982 sein. Dieses Projekt entspringt der Orthodoxie eines emphatischen Antikapitalismus klassischer Provenienz, wurde dann zum Eckpfeiler eines linkskeynesianisch inspirierten Umverteilungsprogramms und erreichte im Endeffekt nicht einmal das begrenzte Ziel, mit den Staatskonzernen Pilotbetriebe für eine innovative Industriepolitik und im Kreditgewerbe entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zu installieren. Schon vor der Machtablösung 1986 mündete die Verstaatlichungspolitik, eines der teuersten Reformprojekte, in die umgekehrte Tendenz zur *Reprivatisierung* der zumeist hoch verschuldeten Großbetriebe. Das Scheitern staatlicher Industriepolitik⁷⁾ gilt im übrigen auch für die anspruchsvoll begonnene *Medien- und Kommunikationspolitik*.

— Erfolgreicher waren die *sozialpolitischen Initiativen*, angefangen von der schwungvoll eingeleiteten linearen Verkürzung der Wochenarbeitszeit, geplant bis herab auf 35 Stunden, über die Verlängerung des gesetzlichen Jahresurlaubs bis hin zur Herabsetzung der Pensionsgrenze auf 60 Jahre. Doch erlahmte dieses Vorhaben bald (vor allem bei der 39-Stunden-Woche) und ging nach 1984 in eine Tendenz zur Individualisierung und Flexibilisierung der Lohn- und Arbeitszeitregimes über, ohne daß man hier noch von einer besonderen Berücksichtigung arbeitnehmerbezogener Wünsche durch den Gesetzgeber sprechen konnte. Überdies wurde parallel dazu das zunächst erheblich ausgedehnte System der sozialen Sicherung im Lauf der Jahre zu Sanierungszwecken wieder beschnitten, ohne daß auch hier etwa der Einstieg in die Entkoppelung von Arbeit und

⁶⁾ Siehe u. a. Georges Gontcharoff/Serge Milano, *La décentralisation. Nouveaux pouvoirs, nouveaux enjeux*, Paris 1985.

⁷⁾ Siehe Wolfgang Neumann/Henrik Uterwedde, *Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich*, Opladen 1986.

Einkommen durch Grundsicherungsmodelle vollzogen worden wäre⁸⁾.

— Ähnlich begrenzt blieb der Erfolg der *Betriebsverfassungsreformen* von 1982/1983. Doch brachten sie Frankreich die lange verpönte „Sozialpartnerschaft“ ein Stück näher; das stark fragmentierte Tarifvertragssystem ist gestärkt, auf betrieblicher Ebene sind Verhandlungs- und Mitsprachemöglichkeiten verbessert worden. Diese Gesetze hatten angesichts der Zurückhaltung und Organisationskrise der französischen Gewerkschaften starke Züge einer „Reform von oben“; nach anfänglichem Widerstand fügten sich die französischen Unternehmer in das Kalkül, mit Hilfe von „Qualitätszirkeln“ und „betriebsnaher Tarifpolitik“ nach japanischem Vorbild direkte Kooperationsbeziehungen zwischen Management und Belegschaften an den Gewerkschaftsvertretungen vorbei einzurichten. Statt der versprochenen „Rekollektivierung“ des Arbeitsrechts gab es schließlich Ansätze zu einer „Deregulierung“⁹⁾.

Diese auf sozial- und wirtschaftspolitische Bereiche konzentrierte Bilanz (zu erwähnen wären noch wichtige rechts- und kulturpolitische Initiativen)¹⁰⁾ läßt schon durchscheinen, daß *Frankreichs Sozialisten noch einmal eine „Politik des Möglichen“ anvisiert haben und dabei auf exemplarische, d. h. auch für andere Reformparteien lehrreiche Weise erfolgreich gewesen und zugleich gescheitert sind*. Es waren dies nämlich weitgehend Reformen, die anfangs unter dem Leitmotiv der Umverteilung bzw. der Demokratisierung der Wirtschaft standen. Zu berücksichtigen ist, daß sie unter dem „Diktat der leeren Kassen“ eingeleitet wurden (deren Mißachtung 1981/82 wurde mit der „Reformpause“ und der Austeritätspolitik bezahlt) und, wichtiger noch,

⁸⁾ Siehe kritisch Wolfgang Fach/Georg Simonis, *Antizyklischer Sozialismus? Französische Beschäftigungspolitik in der Ära Mitterrand*, in: Bonz/Heinze (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft*, Frankfurt 1984, S. 244 ff. Die Flexibilisierungsdiskussion ist dokumentiert in den Berichten der Zeitschriften „Droit social“ und „Liaisons sociales“, beide Paris. Zum Grundeinkommens-Konzept jetzt zusammenfassend Frank Mussmann in: *Prokla*, 16 (1986) 65, S. 71–100; aus französischer Sicht André Gorz, *Wege ins Paradies*, Berlin 1983.

⁹⁾ Siehe René Lasserre, *Tarifpolitik in Deutschland und Frankreich*, i. E.; Jean Savatier, *Das französische Arbeitsrecht von 1981 bis 1985*, in: *Recht der Arbeit*, (1986) 1, S. 34 ff.; Leo Kißler (Hrsg.), *Industrielle Demokratie in Frankreich. Die neuen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Theorie und Praxis*, Frankfurt-New York 1985.

¹⁰⁾ Die Reformen in diesen Bereichen sind mit den Namen der Minister Robert Badinter und Jack Lang verbunden; sie haben wesentlich zur „Differenz“ der Linksregierung gegenüber ihren Vorgängerinnen beigetragen; dazu die Beiträge in E. Weisenfeld (Anm. 13), S. 94 ff.

von einem internationalen Umfeld bestimmt waren, das die Erfolgchancen des „Reformismus in einem Lande“ erheblich schmälerte. Frankreich ist nun einmal im Rahmen der EG- und OECD-Ökonomien kein Vorreiter und hat als Industrieland mittlerer Bedeutung die Achillesferse starker Außenhandels- und Währungsabhängigkeit von den Haupthandelspartnern¹¹⁾.

2. Das Krisenmanagement

Insofern war jede Reformpolitik zunächst einmal auf die Bewältigung eines kurzfristigen Krisenmanagements verwiesen. Die Sozialisten nehmen gegen linke Kritiker in Anspruch, mit ihrer Variante der Austeritätspolitik (verbunden mit dem „Superminister“ Jacques Delors und dessen Nachfolger Pierre Bérégovoy) investitionsfördernde Maßnahmen zugunsten der Unternehmen getroffen, ohne zugleich eine Umverteilung von unten nach oben betrieben zu haben. Man wird aber zumindest sagen können, daß für die Gesamtperiode 1981—1986 Arbeitnehmerhaushalte in Frankreich geringere Reallohnverluste hin zunehmen hatten als in anderen Ländern. So ergibt sich ein differenziertes Bild: Relativen Erfolgen bei der *Inflationsbekämpfung* und der *Eindämmung der Staatsverschuldung* bzw. der Reduzierung der Quote von Steuern und Sozialabgaben stehen Mißerfolge bei der Eindämmung des *Außenhandelsdefizits* und ein Desaster bei der Bekämpfung der *Massenarbeitslosigkeit* (vor allem der Jugendlichen) gegenüber, wobei man im letzten Bereich gegen Ende der Legislaturperiode durch einen breitgefächerten Maßnahmenkatalog immerhin eine Stagnation auf hohem Sockel erreichte¹²⁾.

Wichtig für die Bewertung des sozialistischen „Experiments“ ist vor allem, daß man den *radikalen Paradigmenwechsel* 1982/83 berücksichtigt: Krisenmanagement sollte vorher auf „linkskeynesianischem“ Wege durch Anhebung der Massenkaufkraft und staatliche Investitionsanreize, flankiert durch protektionistische und währungspolitische Maßnahmen, gelingen; hier war noch sehr stark die Handschrift des kommunistischen Koalitionspartners bzw. des linken Flügels der

¹¹⁾ Siehe Ursula Danneboom u. a., Das ‚Modell Frankreich‘ — Politik und Ökonomie im etatistischen System, in: PVS, 25 (1984) 1, S. 31 ff.; Georg Simonis, Frankreichs sozialistische Reformpolitik unter den Restriktionen des internationalen Systems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1983) 2, S. 261 ff.; Alain Lipietz, *L'audace ou l'enlèvement*, Paris 1984.

¹²⁾ Siehe M. Steinacker/A. Westphal (Anm. 5) und die Dokumentation in „Liaisons sociales“ über Regionalförderungsprogramme und Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit; deren Resultate müßten noch einbezogen werden in vergleichende Darstellungen vom Typ Manfred G. Schmidt, Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigungspolitik, in: Leviathan, 11 (1983) 4, S. 451—473, und andere komparative Studien, aus denen Frankreich bemerkenswert häufig ausgeschlossen bleibt.

PS zu spüren. Nach der „Wende à la française“ 1982/83 setzte sich mit einer marktorientierten, aber weiterhin gemischtwirtschaftlichen Industriepolitik ein anderes, produktionszentriertes Paradigma durch (Modernisierung), von dem keine sofortigen Erfolge zu erwarten waren¹³⁾.

Mit der besonders ab 1984 eingeleiteten Modernisierungspolitik war also ein stark modifiziertes Reformverständnis verbunden. Die staatliche Intervention zielte nun weniger auf zentralistische *Redistribution* als auf die dezentrale *Veränderung der Produktion(sstätten)* und der *Arbeits(platz)organisation* ab. Das Reformprogramm hatte damit auf den ersten Blick kaum noch „systemüberwindenden“ Anspruch. Der sozialistischen Handschrift entspricht damit — für viele paradoxerweise —, daß die Reformen nicht gesellschaftliche Idealentwürfe antizipieren, sondern fließende soziale Prozesse rechtlich-institutionell fest- und fortschreiben (so etwa bei der Betriebsverfassung und der Dezentralisierung). Damit war natürlich ein *radikaler Utopieverzicht* verbunden, zumindest gemessen an Zukunftsentwürfen wie der „Arbeiterselbstverwaltung“, die nach 1968 die Theoriebildung auch in der PS nachhaltig beeinflusst haben¹⁴⁾.

3. Die Rahmenbedingungen

Damit stellt sich die Frage nach dem Grund für das Scheitern weitergehender Programme und Projekte. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür waren in Frankreich während der achtziger Jahre erheblich ungünstiger als in der „Aufbruchstimmung“ zu Beginn der sozialliberalen Ära in der Bundesrepublik. Daß die Reformen „kalt“ waren, also weitgehend technokratischen Verfahren „von oben“ entsprungen, hängt zum einen mit der sozialistischen Führungselite zusammen, die sich bruchlos in die Tradition der

¹³⁾ Zum „Lerneffekt“ siehe die Mitterrand-Interviews in: *Libération* vom 10. 5. 1984 und *L'Expansion* vom 16. 11. 1984; Philippe Bauchard, *La guerre des deux roses. Du rêve à la réalité 1981—1985*, Paris 1986; zur „Modernisierung“ siehe meinen Beitrag: „Modernisierung und Sozialismus. Schlußfolgerungen aus dem französischen Lehrstück 1981—1986“, in: *Leviathan*, 14 (1986) 2, S. 208—232; Udo Rehfeldt, *Die Modernisierung und die Schwerkraft der Verhältnisse*, in: Ernst Weisenfeld (Hrsg.) *Frankreich 1986 — Jahr der Wende?*, Bonn 1986, S. 131—139, und den Beitrag von Gilbert Zieburg in diesem Heft.

¹⁴⁾ Hier kann nicht ausgeführt werden, welche „andere“ Utopie bzw. Perspektive sich heute ergibt; siehe Charles Sabel, *Struktureller Wandel der Produktion und neue gewerkschaftliche Strategien*, in: *Prokla*, 16 (1986) 62, S. 41 ff., und die Bezugnahme auf die parallele Debatte zum „Produzentensyndikalismus“ in der französischen sozialistischen Gewerkschaft CFDT in meinem Frankreich-Bericht zum Sammelband von Walter Müller-Jentsch (Hrsg.), *Gewerkschaften in der Defensive — Chancen für eine Neuorientierung*, Frankfurt-New York 1987 (i. E.)

französischen Verwaltungsspitze einordnete und ganz in der Kontinuität republikanischer Rechtsreformen „im Interesse“ der lohnabhängigen Schichten seit dem letzten Jahrhundert steht¹⁵). Zum anderen war aber die Linksregierung nicht einmal zu Beginn von einer Mobilisierung „von unten“ beflügelt: Die Gewerkschaften erlebten gerade in diesen Jahren einen katastrophalen Mitgliederschwund und Legitimationsverlust; der Elan der Bürgervereinigungen (associations) war ermattet, und weder in den Betrieben noch in den Gemeinden und Regionen noch in den Schulen gab es so etwas wie Reformeuphorie. Im Gegenteil: Die größte Mobilisierungswelle (seit 1968) während der Amtsperiode der Sozialisten war der *gegen* die Schulreform gerichtete Protest im Frühsommer 1984, der neben partikularen (katholischen und parteipolitischen) Motiven übrigens auch bemerkenswerte antitechnokratische Elemente in sich enthielt¹⁶).

Fazit: Der Identitätsverlust des französischen Sozialismus war zwangsläufig, da er an der historisch unzeitgemäßen Verwirklichung wenig operativer Generalziele scheitern mußte und sich in einer historisch gegebenen Situation des „Durchwurstelns“ neue Optionen eines „Produzentensozialismus“ nur sehr bruchstückhaft entwickeln konnten und so nur die historisch dominante Version der „Modernisierung“ zu kopieren bzw. zu retuschieren war.

Diese Profilunsicherheit wirkte sich dann rasch als elektorales Handicap aus. Bereits ab 1982 konnte man bei Nach- und Nebenwahlen einen rasanten Entzug der Massenloyalität beobachten. Es handelte sich um eine zentrifugale Abwande-

lung der heterogenen Mitterrand-Gefolgschaft von 1981 in zwei auseinanderstrebende Richtungen¹⁷): Wähler der Linken waren enttäuscht über die Reformpause, mehr noch über das Versiegen wohlfahrtsstaatlicher Transfers und am meisten durch die gelegentlich brutalen, ganze Industriezweige zerstörenden Folgen der Modernisierungspolitik. Für sie war der Kurswechsel der PS eine unverständliche Aufgabe linker Identität bzw. „Klassenverrat“; das diffuse Bild einer sich umorientierenden Partei bot wenige Anreize, ihr dennoch die Treue zu halten. Der größere Teil flüchtete sich bei Wahlentscheidungen in die Enthaltung; ein nicht unerheblicher Teil von PS- (und auch PCF-)Wählern, die besonders stark von der Krise betroffen waren, ging sogar als Protestwähler zur (extremen) Rechten über¹⁸).

War diesen also die PS „zu liberal“, so war sie andererseits der seit Beginn der siebziger Jahre in einem langwierigen Prozeß aus dem zerbröckelnden Wählerpotential der „Zentristen“ geliehenen bürgerlichen Gefolgschaft Mitterrands zu „links“. Die zentristischen Wähler hatten sich vor allem aus Enttäuschung über Giscard d'Estaing („Mißwirtschaft“, Affären und Skandale) der Linken zugewandt; sie waren nunmehr durch die „jakobinischen“ Töne und die arroganten Praktiken der Linksregierung verschreckt, konnten mit dem Liberalisierungs- und Wandlungsprozeß der PS wenig anfangen und rückversicherten sich lieber wieder am stabilen Image der Rechtsparteien. Was auch immer die Sozialisten taten — sie konnten niemals *beide* Flügel ihrer „aufgeblähten“, artifizialen 38-Prozent-Mehrheit von 1981 halten.

III. Toulouse war nicht Bad Godesberg — (k)eine Sozialdemokratie in Frankreich?

Da der Einfluß der PS auf die französische Politik und Gesellschaft begrenzt blieb, ist nun die Frage, welchen inneren Wandlungsprozeß die

Partei selbst in der Regierung durchgemacht hat und welchen auto-reflexiven Effekt die Modernisierungspolitik besaß. Rekapitulieren wir kurz diesen Wandlungsprozeß: Im „sozialistischen Projekt“ von 1980, das die Handschrift des linken Parteiflügels und des älteren, damals schon geplatzten Bündnisses mit den Kommunisten

¹⁵) Siehe Francois Sellier, *La confrontation sociale en France 1936/1981*, Paris 1984; Alain Touraine u. a., *Le mouvement ouvrier*, Paris 1984. Zur sozialistischen Elite siehe M. Dagnaud/D. Mehl, *L'élite rose*, Paris 1982; Pierre Birnbaum (Ed.), *Les élites socialistes au pouvoir*, Paris 1985. Zu den weiteren Differenzen der Linksregierung gehört, daß es nach 1981 nur einen schwachen „Korporativierungsschub“ in Frankreich gegeben hat; siehe Claus Leggewie, *Encore le siècle du corporatisme?*, in: H. Abromeit/B. Blanke (Hrsg.), *Leviathan*, Sonderheft 1987 (i. E.)

¹⁶) Dieser Aspekt blieb bei den meisten Bilanzen ganz unberücksichtigt, dabei führt eine interessante „Bewegungslinie“ vom Massenprotest 1984 zu den Studentendemonstrationen 1986; siehe dazu ansatzweise das Untersuchungsprogramm zu den neuen sozialen Bewegungen von Alain Touraine u. a. (z. B. *Lutte étudiante*, Paris 1978); Peter Jansen u. a., *Gewerkschaften in Frankreich. Geschichte, Organisation, Programmatik*, Frankfurt-New York 1986.

¹⁷) Siehe Daniel Gaxie (Dir.), *Explication du vote. Un bilan des études électorales en France*, Paris 1985; SO-FRES (Ed.), *Opinion publique*, Paris 1986.

¹⁸) Siehe Pierre Martin, *Le rapport de forces droite/gauche 1981—1985*, in: *Revue française de science politique*, 36 (1986) 5, S. 597ff.; ähnlich auch die Einschätzung von PS-Rapporteur Jean Poperen: *Rapport d'activité du Secrétariat National, Convention nationale*, Juni 1986 (Ms.); J. Charlot, *Le vote des hésitants*, in: *Le Monde* vom 5. 2. 1986; O. Duhamel, *Les surprises du 16 mars*, ebda. 18. 3. 1986. Regional waren die Verluste zum Teil dramatisch, besonders in den alten sozialistischen Hochburgen des Südens (z. B. Marseille), wo die lokale Hegemonie der PS deutliche Verschleißerscheinungen zeigte.

trug, gerierten sich die Sozialisten noch als strikt antikapitalistische, ja als revolutionäre Partei der „systemüberwindenden Reformen“; neomarxistische und andere Versatzstücke aus der sozialistischen Theoriegeschichte hatten einen hohen ideologischen Stellenwert. Dieses Selbstverständnis stammte aus einer langen Oppositionszeit, in der die Partei als „Ideenlaboratorium“ und Medium der Protestbewegung fungierte; diese mobilisierende Seite wurde aber immer ergänzt durch ein technokratisches Image von Sachverstand und Effektivität. Auch wenn in der PS traditionell (klein-)bürgerliche Mitglieder und Wähler überwogen und nur regionale Arbeiterkulturen (vor allem im Norden) vertreten waren, sorgte ein starker linker Flügel für permanente Reverenzen an proletarische Ideologeme und sozialistische Theoreme. Das Anti-Bild dieses romanisch-südeuropäisch geprägten Sozialismus waren die nord- und mitteleuropäischen Sozialdemokratien, denen revisionistische Tendenzen angekreidet wurden. Ihnen gegenüber profilierte sich die PS immer als „linke“ Alternative.

Diese Distanzierung hatte eine objektive, aber paradoxe Grundlage, nämlich die fehlenden strukturellen Voraussetzungen einer idealtypischen Sozialdemokratie in Frankreich. Es fehlte dazu erstens die Massenmitgliedschaft von Industriearbeitern und zweitens die „organische“ Verbindung der „beiden Arme“ der Arbeiterbewegung, also von Partei und Gewerkschaft. Insofern stand die PS eher „rechts“ von SPD, Labour oder schwedischen Sozialdemokraten. Die Ursachen dafür liegen in der besonderen Entwicklungsgeschichte des französischen Proletariats und in der, wenn schon nicht zahlenmäßigen, dann doch programmatischen Vorherrschaft zunächst syndikalistischer, dann leninistischer Strömungen in der früh und lange pluralistisch aufgefächerten Arbeiterbewegung¹⁹⁾.

Die Sozialisten waren deshalb in der politischen Geschichte der französischen Republiken immer auf das kleinbürgerliche Element zurückverwiesen, während der Parteikommunismus zwischen 1934 und 1976 den Ton in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung angab. Dieses Manko konnte auch während der sozialistischen Renaissance in den siebziger Jahren nicht ausgeglichen werden; es gelang der PS weder ein Bündnis mit der CFDT-Gewerkschaft noch der Erwerb einer starken eigenen Arbeiterklientel. Wohl aber erreichte die Partei die Mehrheit der lohnabhängigen Wähler, so daß mit der Formierung der Linksunion seit Ende der sechziger Jahre sozusagen ein „sozialdemokratisches Projekt zu zweit“ (H. Portelli) — zusammen mit der kommunisti-

schen Partei und der Gewerkschaft CGT — möglich schien.

Vor diesem Hintergrund müssen nun Aussagen bewertet werden, die zum PS-Parteitag in Toulouse im Oktober 1985, also kurz vor dem Machtverlust, gehandelt wurden: Dieser Parteitag wurde, stellvertretend für die gesamte Regierungszeit seit 1982/83, als „sozialdemokratische Wende“, als „Bad Godesberg“ der PS tituliert, und auch Vertreter der PS selbst wandten das einstige Tabu- und Schimpfwort „Sozialdemokrat“ ohne Koketterie auf sich an — ebenso wie es die aus der Linksregierung ausgeschiedenen Kommunisten als neuerlichen Beweis für die „Rechtswendung“ der PS anführten²⁰⁾.

Bei Vergleichen wie diesen ist immer Vorsicht geboten. Ein bloßer Etikettenwechsel läßt ja die genannten strukturellen Differenzen nicht über Nacht verschwinden. Auch sind die beiden Parteitage von ganz unterschiedlichen sozialhistorischen und zeitgeschichtlichen Umständen geprägt gewesen; so war Toulouse ausdrücklich kein Programm-Parteitag, sondern diente als Wahlkampfstart für 1986; „Bad Godesberg“ war bekanntlich die Ouvertüre eines *Machterwerbs*, nicht Vorspiel des *Machtverlustes*. So hat die Anspielung höchstens symbolische Bedeutung; sie besiegelt ein faktisches *aggiornamento*, eine Anpassung der wichtigsten Parteipositionen, bekräftigte die „Mitte-Links“-Orientierung und den Anspruch, eine große „Arbeitnehmer-Volkspartei“ zu werden, und bezeichnete die definitive Abkehr der PS aus dem Bündnis mit der PCF und vom „Gemeinsamen Regierungsprogramm“ von 1972. Die PS rehabilitiert damit auch stillschweigend die reformistische Linie, die sich unterirdisch durch die gesamte französische Sozialgeschichte hindurchzieht²¹⁾; man könnte also sagen, daß hier ein französischer „Sonderweg“ zu Ende gegangen ist: Von einer „südeuropäischen“ Oppositionspartei wird die PS zur „nord- oder westeuropäischen“ Systempartei. Sie akzeptiert die politischen und ökonomischen Grundlagen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die profitorientierte Marktordnung und die Unternehmensautonomie, und vor allem präsentiert sie sich als kompetente, leistungsfähige Regierungspartei. Damit ist die uralte Divergenz zwischen Prinzip und Praxis, die in der Vorläuferin der PS, der SFIO (vor allem in der Ära Guy Mollets nach 1945), besonders weit auseinanderklafften,

²⁰⁾ Siehe Maurice Duverger, L'heure de Bad Godesberg, in: Le Monde vom 18. 10. 1985; Jacques Juillard, Adieu aux chimères, in: Nouvel Observateur vom 27. 10. 1985; Michel Beaud, L'illusion social-démocrate in: Le Monde vom 2. 11. 1985; Gérard Sandoz, Das Dilemma der französischen Sozialisten. Grenzen der Wandlungsfähigkeit einer Regierungspartei, in: E. Weisenfeld (Anm. 13), S. 25—32; C. Leggewie (Anm. 13).

²¹⁾ Siehe insbesondere die zahlreichen Arbeiten des französischen Sozialhistorikers Georges Lefranc, zuletzt: Visages du socialisme français, Paris 1982.

¹⁹⁾ Siehe Hugues Portelli, Le socialisme français tel qu'il est, Paris 1980, und die auf der Basis des Schemas von Adolf Sturmthal fortgeführte Analyse von C. Leggewie, Göttingen 1986 (Anm. 2).

endlich überwunden. Ansätze dazu hatte es schon oft gegeben: In den dreißiger Jahren versuchten es die Neo-Sozialisten unter Marcel Déat, nach 1945 Daniel Meyer und Léon Blum, schließlich 1979 der Mitterrand-Herausforderer Michel Rocard — doch immer wieder wurden sie von Auflagen und Neuauflagen der „Volksfront“ eingeholt und ausgegrenzt. Wird dieses Mal die Revision definitiv sein?

IV. Machtkämpfe und hegemoniale Strategie: Kurz- und langfristige Ziele der französischen Sozialisten

Man kann nun also den Terminus „demokratischer Sozialismus“ ohne denunziatorischen Beigeschmack auch für die PS benutzen. Zu fragen ist, ob sie wieder *hegemoniefähig* werden kann, und wenn ja, in welchen Zeiträumen?²³⁾ Wie ist die Lage der Partei nach der Wahlniederlage 1986 und vor der nächsten entscheidenden politischen Auseinandersetzung — der Präsidentschaftswahl 1988?

Am 16. März 1986 hatte die Partei zwar nur 32% der Stimmen gewonnen und damit die Wahlen verloren, aber ihre Sprecher wirkten fast heiter und gelassen. Mit diesem von kaum einem Demoskop vorausgesagten Resultat war der Einbruch der „schwarzen Jahre“ (1982—1985), als z. B. die Europawahlen nur wenig über 20% der abgegebenen Stimmen einbrachten, überwunden; die PS war stärkste Partei geblieben und die neue Mehrheit von RPR und UDF war denkbar knapp und unkomfortabel — nicht zuletzt dank des (von den Sozialisten eingeführten) Verhältniswahlrechts und des dadurch möglichen Triumphes des rechtsextremen *Front National*. Die Führung in der Linken war souverän behauptet — allerdings weniger aus eigener Stärke denn aufgrund des enormen Schwächeanfalls der Kommunisten²⁴⁾. Die PS zeigte sich optimistisch; sie hatte Vertrauen zurückgewonnen und verfügte über starke Persönlichkeiten — allen voran über einen „reaktivierten“ Staatspräsidenten. Eine Rückkehr an die Macht, 1988 oder früher, erschien im Bereich des Möglichen.

Daran wurden aber auch Zweifel laut²⁵⁾. Nach dem „Ballastabwurf“ sozialistischer Ideologie

²²⁾ Siehe Hervé Hamon/Patrick Rotman, *L'effet Rocard*, Paris 1980; dies., *La deuxième gauche. Histoire intellectuelle de la CFDT*, Paris 1982; M. Beaud (Anm. 20).

²³⁾ Siehe P. Glotz (Anm. 4) und demnächst Claus Leggewie, *Der Geist steht rechts. Ein Ausflug in die Denkfabriken der Neuen Konservativen*, Berlin 1987.

²⁴⁾ Siehe Bodo Morawe, „Ein Gespenst geht um ...“. Zur Krise der französischen Kommunisten, in: E. Weisenfeld (Anm. 13), S. 53—62; Michel Cardoze, *Nouvel voyage à l'intérieur du Parti communiste*, Paris 1986; siehe auch die Berichte von Georges Sarre und Henri Fiszbin zur convention nationale, Juni 1986 (Ms.)

²⁵⁾ Siehe Alain Duhamel, *Troisième gauche*, in: *Le Monde* vom 26. 4. 1986.

Der Toulouser Parteitag war u. a. ein *Comeback* des erwähnten Michel Rocard in der Partei, in der er ein Viertel der Delegierten hinter sich brachte. Er gilt schon lange als *der* „Sozialdemokrat“ in der PS, wobei auch dieses Etikett wieder voller Tücken ist. Die geforderte und längst noch nicht gelöste Aufgabe der „Modernisierung“ der PS erheischt gleichwohl Perspektiven, die „nach Bad Godesberg“ angesiedelt sind²⁶⁾.

und dem radikalen Utopieverzicht stand die Partei nun ohne Programm und ohne neue Ideen da — purer „Realismus“ ist aber eine schlechte Mobilisierungsressource für eine oppositionelle Linkspartei und wirkt entmotivierend gerade auf die aktiven Mitglieder. An solchen herrscht großer Mangel; die PS, mit 200 000 angegebenen Mitgliedern, ist im wesentlichen immer noch ein Wahlverein ohne permanente Strukturen und massenhaft motivierte Mitglieder. Sie ist zu altbacken organisiert und nach außen hin abschreckend in Strömungen (*courants*) und politische Clubs fragmentiert²⁶⁾. Optimistische Parteisprecher geben zwar als nächstes Ziel die magische 40-Prozent-Grenze aus, doch weiß jeder, wie hoch diese Latte gelegt ist; wenn man sie allein nicht überspringen kann, ist man auf Allianzpartner angewiesen. Doch hat die PS diese kleinen Gruppen und unabhängigen Kandidaten der „diversen Linken“, des linken „Centre“ (MRG) und der „undogmatischen“ extremen Linken (PSU) bereits aufgesaugt; die überraschende Vergrößerung des Elektorats kam aus dieser schwachen Reserve, nicht aus der umworbenen „Mitte“. Und was die Kandidaten anbetraf, so gab es hier fast ein Zuviel an Talenten und Kronprinzen, deren Rivalität die Partei sehr bald in aufreibende Diadochenkämpfe um einen Platz im Elysée trieb, der vom gegenwärtigen Inhaber noch gar nicht geräumt worden ist. Drei Problemkomplexe stellen sich also, ähnlich wie für die SPD²⁷⁾ oder Labour, auch für die PS:

— wie ist die Partei zu *organisieren*, die neue soziale Schichten als Mitglieder und Wähler hinzugewinnt (*Parteisozilogie*)?

— welche *Programmaussagen* sind — in Fortschreibung von „Toulouse“ — zu formulieren, die überzeugende und auch für die Anhänger des gegnerischen Lagers attraktive Antworten auf die Erfordernisse „postindustrieller“ Wirtschafts- und Sozialstrukturen geben (*Parteiidentität*)?

²⁶⁾ Siehe Sabine von Oppeln, Art. Frankreich: Sozialistische Partei, in: Th. Meyer u. a. (Hrsg.), *Lexikon des Sozialismus*, Köln 1986, S. 588—592; C. Leggewie (Anm. 3).

²⁷⁾ Siehe Claus Leggewie, PS-SPD. Zwei Brüder — ein Problem, in: *Dokumente*, 43 (1987) 1, S. 4—11.

— welcher *Kandidat* kann die eigene Parteibasis und die potentiellen Wähler am besten mobilisieren und Partei und Programm am deutlichsten repräsentieren (*Parteielitelektion*)?

1. Parteisoziologie

a) Mitgliederpotential

Die SPD hat mit ca. 900 000 Mitgliedern bei ca. 15 Millionen Wählern ein Verhältnis von 1:17; bei der PS ist diese Proportion mit 1:44 weit ungünstiger, jedoch historisch schon exzeptionell gut. Die Mitgliederzahl schnellte in den siebziger Jahren und dann noch einmal mit dem Machterwerb 1981 sprunghaft hoch, so daß viele Kritiker von einer „Wachstumskrise“ reden. In der Tat zeigt schon ein oberflächlicher Eindruck von der Pariser Parteizentrale (rue de Solferino) oder von einer beliebigen *Fédération* oder *Section* rasch den oftmals desolaten Organisationszustand der PS in bezug etwa auf Personalausstattung, Büroorganisation und Materialversorgung. Selbstkritische Parteiprominenz scheut sich auch nicht, die Barrieren anzuprangern, die potentielle Mitglieder davon abhalten, wirklich beizutreten: zu hohe Beiträge, zu häufige und ritualisierte Versammlungen sowie Tendenzkämpfe²⁸). Eine im Frühsommer 1986 gestartete Werbekampagne soll der PS gleichwohl eine nicht näher quantifizierte Zahl von Neumitgliedern beschert haben, ohne daß das anspruchsvolle Ziel der „großen Massenpartei“ (Generalsekretär Lionel Jospin) wesentlich näher gerückt wäre²⁹).

Es wird auch mit technischer Modernisierung und *new look* allein nicht der in Frankreich überaus massiven Parteiverdrossenheit abzuhelpen sein; ein schwer zu revidierender Affekt gegen die „Politiker-Politik“ hat sich breitgemacht. Ihn auf nichtpopulistische Weise aufzuheben (also anders als dies etwa bei FN-Führer Le Pen oder dem den Anti-Parteien-Affekt ebenso nährenden Raymond Barre [UDF] der Fall ist), gehört zum Konzept einiger „Mitterrand-Enkel“, die die Prädominanz der traditionellen „courants“ brechen und die PS wieder als aktiven Dialogpartner der Gesellschaft öffnen wollen³⁰). Die Partei soll da-

²⁸) Siehe Monbercet (pseud.), *Moderniser et ouvrir? Chiche!*, in: *Le Monde* vom 29. 4. 1986; Paul Quilès, *Comment gérer une crise de croissance?*, ebda., 6. 5. 1986. Unter der Leitung von Claude Allègre wurde im Juni 1986 eine Kommission eingesetzt, die sich Gedanken um eine Reorganisation der Partei machen soll; ihr gehören die Leiter der Stabsabteilungen der verschiedenen Courants an.

²⁹) Michel Rocard hat als Zielmarke aufgestellt, daß 8–10% der Wähler Mitglieder der PS werden sollen.

³⁰) Siehe Jean-Francois Trans (pseud.), *La gauche bouge*, Paris 1985; ferner der Club „Democratie 2000“ (*Le Monde* vom 22. 4. 1986) und der Jacques Delors nahe-stehende Club (ebda. 20./21. 4. 1986) sowie die Initiative der Ex-Minister Henri Nallet und Michel Delebarre (ebda, 18. 6. 1986).

mit, nach Jahren relativ „abgehobener“ Regierungsarbeit, wieder in die Nähe der Bürgervereinigungen, der Menschenrechts- und Umweltkomitees und anderer lokaler Gruppen gerückt werden.

Solche Überlegungen klingen plausibel, sind aber weit von der Realität des Präsidentschaftswahlvereins entfernt, als den viele PS-Mitglieder ihre Partei derzeit wohl zu Recht empfinden. Nach den Wahlen von 1986 hatte jedenfalls die Partei basis wenig Möglichkeiten, sich in den Entscheidungsgremien der Partei zu artikulieren und an der Programm- oder Organisationsarbeit zu beteiligen. Die PS bietet auch in der Opposition eher das Bild des „parti godillot“ — so nannte man den Mitläuferstil der Jahre 1981 bis 1986, als die einfachen PS-Mitglieder keinerlei Einflußmöglichkeiten auf die Formulierung der Austeritäts- und Modernisierungspolitik eingeräumt bekamen³¹). Das Erfolgsrezept einer „offenen“ Parteistruktur ist noch nicht entdeckt worden.

b) Wählerreservoir

Der Wahlausgang 1986 zeigte, daß eine „Mehrheit links von RPR-UDF (-FN)“ derzeit nicht zu haben und das Rechts-Links-Kräfteverhältnis von 55:44 so ungünstig wie seit den sechziger Jahren nicht mehr ist. Erste Nachwahlen haben gezeigt, daß die Mehrheit der liberal-konservativen Rechten auch punktuell nicht leicht zu brechen war, selbst wenn die Meinungsumfragen der PS zuletzt über 35% einräumten (der kommunistischen und extremen Linken weitere 11%).

Wie ist ein Ziel „35 plus“ auf Dauer zu erreichen? Eine echte Chance bietet dazu lediglich das *Präsidentschaftsplebiszit*, das in der Fünften Republik traditionell nach eigenen Gesetzen funktioniert. Nach Sympathie- und Vertrauenswerten der Demoskopieinstitute haben hier alle prominenten Kandidaten der sozialistischen Linken (allen voran Mitterrand selbst sowie Rocard, auch Ex-Premier Laurent Fabius und EG-Kommissionschef Jacques Delors) erheblich höhere Werte als die sozialistische Partei selbst und die meisten ihrer RPR- und UDF-Gegner. Die beiden Erstgenannten erreichen im Duell mit Regierungschef Jacques Chirac oder seinem Konkurrenten auf der Rechten, Raymond Barre, Werte um 50%, was ein Kopf-an-Kopf-Rennen signalisiert. Auch die Sympathiewerte der PS, die 1982/83 rasant verfielen und 1984/85 deutlich negativ wurden, haben im Frühjahr 1986 erstmals wieder positive Relationen erreicht. Die Sozialisten sind eindeutig stärkste und populärste Partei Frankreichs. Woher können sie also noch Wählerstimmen holen?

³¹) Siehe Jérôme Jaffré, *La chute et les espoirs*, in: *Le Monde* vom 11. 10. 1985; Gérard LeGall, *Le phénomène socialiste*, in: *Le Matin* vom 28./29. 6. 1986.

Der PS-nahe Wahlforscher Gérard LeGall denkt hier vor allem an das große Lager der politisch „Enttäuschten“: „Enttäuschte des Kommunismus“, also ehemalige PCF-Wähler, die sich von der sektiererischen und zur inneren Reform unfähigen Parteiführung abwenden und das nächste Mal nicht in die Enthaltung flüchten³²); die „Ex-Enttäuschten des Sozialismus“, die nach 1982 wieder zum Bürgerblock gingen und von der stark nach rechts driftenden Politik der Regierung Chirac-Léotard enttäuscht oder abgestoßen sind; die „Enttäuschten des Liberalismus“, die aus den gleichen Gründen erstmals für die sozialistische Linke votieren könnten. J. Jaffré hat in einer anderen Analyse gezeigt, daß die Linke, vor allem die Sozialisten, sich überall dort gut behaupten konnten, wo die ökonomische Krise oder die „sekuritäre“ Demagogie der Rechten nicht so tiefe Spuren hinterließ; daß sie bei Arbeitern und Angestellten mit knapp 50% immer noch majoritär geblieben ist — und daß bei Fortführung der rechtslastigen Politik der gegenwärtigen Regierung ein nennenswerter Rückfluß von „Mitte-Links-Wählern“ zu erwarten ist³³).

Fazit: Eine „spanische“ Strategie — nach dem Muster der allein regierenden PSOE — erscheint vielen PS-Politikern möglich. Sie kalkulieren a) den weiteren Niedergang der PCF, b) die anhaltende Marginalisierung der in sich zerstrittenen Ökologen, von denen im zweiten Wahlgang — bei (wiedereingeführtem) Mehrheitswahlrecht — etwa zwei Drittel zusätzlich für einen PS-Kandidaten votieren würden, und c) einen begrenzten Zugewinn in der Mitte. Andere sozialistische oder sozialdemokratische Parteien — etwa der Bundesrepublik mit dem „rot-grünen Dilemma“, oder Portugal bzw. Großbritannien mit einer sozialliberalen Konkurrenzpartei — können von einer so breiten möglichen Rekrutierungsbasis nur träumen.

2. Parteidentität

Selbstbewußtsein und Außenwirkung der PS lassen sich aber nicht rein additiv aus den Sympathisanten einer „Stimmungsdemokratie“ zusammensetzen und schon gar nicht aus einer Kongregation der „Enttäuschten“ gewinnen. Die Partei kann auch nicht bei dem Faktum stehenbleiben, daß sie „sich verändert“ hat; auf das Bemühen, die französische Ökonomie, Politik und politische Kultur zu „modernisieren“, folgt fast logisch der Selbstauftrag, nun die PS ihrerseits zu „modernisieren“³⁴). Dazu sollte beitragen

— *erstens* eine *Programmdebatte*, die über die zwischen 1981 und 1986 vollzogene faktische Revision hinaus positiv die Zielvorstellungen der PS formuliert;

— *zweitens* eine *innere Strukturreform*, die den antiquierten Aufbau der Partei renoviert und sie in eine zeitgemäße Position zur französischen Gesellschaft bringt.

a) Die Fraktionen und Strömungen (Courants)

Ein derartiges Vorhaben stößt sich sofort an der inoffiziellen, aber realitätsmächtigen Fragmentierung der PS in *Courants*. Seit der Neugründung 1969/1971 bilden sie ein stabiles internes Proporzsystem, dessen Bestandteile und Spaltungslinien durch die Gefolgschaften der Parteitagsdelegierten hinter herausragenden Symbolfiguren und Meinungsführern bestimmt sind; die Stärke dieser Bataillone bemißt sich an der Zustimmung zu deren Resolutionsanträgen (*motions*). Darauf fußt wiederum ein annähernd proportionales System der Postenverteilung in den Parteiführungsgremien; nach Gestalt der *Courants* ergibt sich auch das plurale programmatische Profil nach außen. Integriert wird dieses zentrifugale Blocksystem durch eine (charismatische) Führungspersönlichkeit; bis 1981 war das fast unangefochten François Mitterrand, und der Staatspräsident darf als solche seit Ende 1985 wieder gelten.

Zweiter Stabilitätsfaktor ist das Parteisekretariat, das die Heterogenität der PS nicht widerspiegelt, sondern exklusiv aus dem starken Parteizentrum, d. h. dem mitterrandistischen Courant „A“, gebildet ist. Mit der Umwandlung der PS in eine „Staatspartei“ und der Aufblähung des Courant A durch eine hohe Zahl von Neumitgliedern (die man respektlos als „Maigefallene“ bezeichnen könnte) und Überläufern schien 1981 schon das Ende der Strömungen gekommen zu sein. Doch spätestens unter dem Gesichtspunkt der (gegebenenfalls schon vor 1988 zu klärenden) Mitterrand-Nachfolge revitalisierten sich die *Courants*. Sie sind traditionell durch eine breite Palette von politischen und intellektuellen *Clubs* innerhalb und außerhalb der Partei „garniert“, in denen konzeptionelle Arbeit mit der Formierung von Parteiclans und -cliquen, Karriereeseilschaften und der Vorbereitung von Kandidaturen verbunden ist³⁵). Neben dem zunächst blassen, aber im Amt gewachsenen Parteisekretär Lionel Jospin repräsentieren Courant A gegenwärtig Ex-Premier Pierre Mauroy und dessen Nachfolger Laurent Fabius mit einer eigenen Hausmacht, weitere Angehörige ihrer Kabinette, ferner die mitterrandistischen „Barone“ (z. B. Fraktionschef

³²) Siehe Anm. 24 und 31.

³³) Siehe Jérôme Jaffré, *Les réserves de la gauche et les handicaps de la droite*, in: *Le Monde* vom 22. 4. 1986.

³⁴) Siehe Lionel Jospin, *Un gouvernement de guichetiers*, in: *Le Monde* vom 27. 5. 1986, und die Debattenbeiträge zur Convention nationale Ende Juni 1986 von Jospin, Poperen, Debarge, Rocard, Fabius, Sarre u. a.

³⁵) Siehe Roland Cayrol/Colette Ysmal, *Les militants du PS; originalité et diversités*, in: *Projet* (1982), S. 572ff.: dies., *Militants socialistes: le pouvoir use*, ebda. (1985), S. 20ff. Henry Rey/Françoise Subileau, *le PS, parti attrape-tout* in: *Le Monde* vom 2. 4. 1986.

Pierre Joxe) und (bislang?) auch die „Nummer 2“, Jean Poperen. Daneben gibt es vor allem zwei weitere Courants: die „(Neo)Recordianer“, Anhänger des ewigen Mittelrand-Herausforderers Michel Rocard, und die Gruppe „Socialisme et République“ des früheren Industrie-, dann Erziehungsministers Jean-Pierre Chevènement.

In der Regel werden diese drei herausragenden Courants ihren ideologischen und historischen Wurzeln gemäß so identifiziert³⁶⁾:

— Courant A (Mittelrand u. a.): links-pragmatisch, neben alten SFIO-Mitgliedern überwiegend aus Neumitgliedern nach 1969/71 zusammengesetzt, humanistisch-sozialistisch orientiert;

— Ex-CERES: republikanisch-etatistisch und „linksgaullistisch“-nationalistisch orientiert, Motor der Linksunion, technokratische Zielvorstellungen (zuletzt [1983]: 15%)^{36a)};

— Rocardianer: „Selbstverwaltungsflügel“ mit Affinitäten zur CFDT-Gewerkschaft und zur undogmatischen Linken, „sozialdemokratisch“ bis sozialliberal orientiert (zuletzt [1985]: 29%).

Daneben gab es zeitweise noch weitere, kleinere Flügel um Pierre Mauroy (früher: Courant „B“) und seinen Marseiller Bürgermeister-Kollegen Gaston Defferre (gest. 1986) sowie Jean Poperen. Über taktische Zuordnungen und Bündnisse hinaus grenzen die Courants also auch soziale Ursprungsmilieus, Anciennitäten der Mitgliedschaft, Bildungsgrade und soziokulturelle Wertorientierungen ab.

b) Demokratischer Sozialismus am Scheideweg

Die Strategiedebatte der französischen Sozialisten sollte hier auch als Beispiel für die Optionen anderer sozialistischer, sozialdemokratischer und grün-alternativer Formationen in Europa diskutiert werden. Denn trotz aller „gallischen“ Spezifika schälen sich in dem referierten Prozeß prinzipiell drei Chancenstrukturen von Mitte-Links-Formationen heraus:

1. Die *neo-sozialdemokratische Partei* mit „klassischem“ Arbeitnehmerkern und erweiterter Basis im alten und neuen Mittelstand.

2. Die „*Allerweltpartei*“ ohne exaktes ideologisch-programmatisches Profil und ohne präzise Klassen- und Schichten-Basis, die in einem bipolaren politisch-kulturellen System bei hoher Konvergenzneigung als Mitte-Links-Block einem Mitte-Rechts-Block gegenübersteht.

3. Die *postindustrielle* (hier auch: „postsozialistische“) *Rahmenpartei*, die eine plurale Konflikt-

³⁶⁾ Siehe Anm. 26 und 3.

^{36a)} Siehe das XIV. Colloquium des CERES vom April 1986 und den rapport préparatoire, in: *Le Monde* vom 19. 4. 1986; J.-P. Chevènement, *La France et la démocratie out partie liée*, in: *Le Monde* vom 28. 6. 1986, und das Bulletin „Socialisme et République“ (Paris).

konfiguration und ein variables gesellschaftliches Bündnis aus neuen sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und -vereinigungen, nicht-staatlichen single-issue-Groups usw. politisch organisiert und artikuliert³⁷⁾.

Diese Optionen erheben alle gleichermaßen den Anspruch, das Dilemma linker Traditionsparteien zu überwinden: Diese müssen aus dem Getto ihrer schrumpfenden soziologischen Basis als (reale oder virtuelle) Arbeiterpartei heraus, ohne gewiß sein zu können, mit dieser Öffnung zur Mitte tatsächlich mehr Adressaten zu erreichen³⁸⁾. Schwierig und riskant sind alle drei Wege. In Frankreich sehen die Voraussetzungen etwa so aus:

Zu 1): Eine „neo-sozialdemokratische“ Partei hat mehr Aussicht auf Erfolg als anderswo, insofern links aus der Erbmasse der unter 10%-Wähleranteil abgesunkenen, fast manövrierunfähigen PCF noch ein Potential an aktiven Mitgliedern und Wählern zu erwarten ist. Einige prominente PC-„Dissidenten“ (Henri Fiszbin, Jean Elleinstein) haben sich bereits der PS affiliiert und deren Führungsanspruch innerhalb der französischen Linken unterstrichen³⁹⁾. Auch eine Variante ist denkbar: Nach Abdankung des resignierten PCF-Chefs Georges Marchais könnte sich die Partei auf niedrigerem Sockel doch noch einmal fangen und eventuell sogar eurokommunistische Strömungen wiederaufblühen lassen, deren Hoffnungen heute an einem einzigen Politbüromitglied (Pierre Juquin) hängen, die aber in den Parteigliederungen einen zähen Überlebenskampf führen. Unter dieser Voraussetzung wäre sogar eine veränderte Neuauflage der Linksunion denkbar. Zu berücksichtigen bleibt aber, daß selbst nach günstigen Schätzungen die „50-Prozent-Hürde“ auf diese Weise nicht zu überspringen sein wird.

Zu 2): Linke Parteien hatten immer größere Schwierigkeiten, sich zu einer Volkspartei weiterzuentwickeln; dies gelang eher christdemokratischen und konservativen Formationen. Zur Zeit besteht auf diesem Feld in Frankreich rechts verhältnismäßig geringe Konkurrenz und aufgrund des Präsidialsystems, der hohen Popularität der PS und vor allem ihrer „présidentiables“ sogar eine gute Chance, zur „catch-all-party“ (parti atrape-tout) zu werden. Auch die Praxis der Kohabitation, der gemeinsamen Regierung eines neo-gaullistischen Premiers mit einem sozialistischen Präsidenten seit 1986, und der nicht nachlassende

³⁷⁾ Siehe P. Glotz (Anm. 4); Manfred G. Schmidt, *Allerweltparteien in Westeuropa? Ein Beitrag zu Kirchheimers These vom Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: *Leviathan*, 13 (1985) 3, S. 376—97; Alain Touraine, *L'après-socialisme*, Paris 1983².

³⁸⁾ Siehe Adam Przeworski, *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge 1985.

³⁹⁾ Siehe Anm. 24.

Wunsch einer Mehrheit von Franzosen, „in der Mitte“ regiert zu werden, kommt einer solchen Strategie entgegen⁴⁰). Man muß aber einschränkend sagen, daß dazu bislang nur der „präsidiale“ Oberbau vorhanden ist.

Zu 3): Die dritte Möglichkeit einer *postindustriellen Rahmenpartei* scheint auf den ersten Blick durch den Umstand favorisiert zu werden, daß den Sozialisten in Frankreich nicht durch eine starke grün-alternative Formation inner- und außerhalb des Parlaments Konkurrenz gemacht wird⁴¹). Eines der Erfolgsgeheimnisse der siebziger Jahre war, daß die Mitterrand-Partei sich aus der Dynamik der sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen usw. kräftig alimentierte, bevor sie diese dann nach dem Verlust ihrer organisatori-

schen Autonomie durch ein konträres Wachstums- und Modernisierungsprogramm massiv enttäuschte. Die PS versteht sich jedoch nur begrenzt als eine Formation, die in „post-industrielle“ Verhältnisse hinüberführen (oder geführt werden) möchte. Ihr Modernisierungskonzept ist noch stark von Konzepten der nachholenden Entwicklung, also der Re- oder Superindustrialisierung, geprägt, auch wenn Mitglieder und Wähler durchaus typische „postmaterialistische“ Wertorientierungen an den Tag legen. Angesichts dieser noch nebulösen Entwicklungshorizonte hat sich die PS Mitte 1986 zu einem abrupten Abbruch der hastig improvisierten „Modernisierungsdiskussion“ entschlossen und ganz auf die *taktischen* Probleme vor den Präsidentschaftswahlen konzentriert.

V. In den Startlöchern ... Aussichten auf die Präsidentschaftswahlen bis 1988

Bleibt schließlich das (leidige) Kandidatenproblem, also die Frage, wer das „hegemoniale“ Projekt eines „modernisierten“ demokratischen Sozialismus am besten verkörpern kann. Die PS steht zum Jahresbeginn 1987 vor der glücklich-unglücklichen Situation, einen starken „Monarchen“ und viele „Kronprinzen“ zur Auswahl zu haben. Mitterrand hat eine erneute Kandidatur im Prinzip ausgeschlossen, aber auf eine für ihn typisch sibyllinische Weise doch offengehalten. Aus der französischen Bevölkerung schlägt ihm derzeit ein Maß an Sympathie und Vertrauen entgegen wie nur zu Beginn seiner Amtsperiode — ein Phänomen, das die Meinungsforscher in Atem hält. Obwohl Mitterrand seiner faktischen Richtlinienkompetenz qua Kohabitation weitgehend beraubt ist, schaltete er sich bei den Hauptkonflikten und -bewährungsproben der französischen Politik in den vergangenen Monaten doch immer wieder sehr aktiv als Vermittler ein, als er seine Sympathien für den Protest der Schüler, Studenten und streikenden Eisenbahner nur wenig verhüllte. Dieses (mehr als) symbolische Engagement deutet entweder auf eine tatsächliche zweite Kandidatur hin (vielleicht verbunden mit einer auf fünf Jahre verkürzten, mit der parlamentarischen Legislaturperiode harmonisierten Amtszeit), oder aber der bald 71jährige Mitter-

rand wirft sich „uneigennützig“ für einen Kronprinzen in die Bresche.

Von seiten der Partei haben sich fast alle Prominenten, außer Rocard, für eine neue Kandidatur ausgesprochen⁴²). Nicht gegen Mitterrand, wohl aber im Falle seines Verzichts käme dessen „Günstling“ und letzte Premier Laurent Fabius ins Spiel, der sich seit März 1986 auf leisen Sohlen eine Hausmacht innerhalb der Partei aufgebaut hat und außerhalb eine Reihe von politischen Clubs sponsert⁴³). Doch auch Parteichef Lionel Jospin, der seine Autorität in der PS so weit ausbauen konnte, daß ihm schon Ansätze zum „Personenkult“ nachgesagt wurden, wäre ein möglicher Präsident, der natürlich wie kein zweiter die Klaviatur des PS-Apparats beherrscht. Michel Rocard könnte normalerweise kaum ohne schweren Konflikt eine Kandidatur gegen Mitterrand *und* die Partei durchfechten, auch wenn er finster entschlossen angekündigt hat, *dieses Mal* „bis zum Ende zu gehen“.

Eine „harmonische“ Lösung wird so mehr und mehr zur theoretischen Möglichkeit: Mitterrand und Rocard als „Tandem“, indem etwa ein Präsident Mitterrand vor seinen Wählern einem Premier Rocard eine entscheidende exekutive Rolle zuweist, oder indem sich der Kandidat Mitterrand im zweiten Wahlgang zugunsten seines „Gegenkandidaten Rocard zurückzieht.

⁴⁰) Siehe Jean-Marie Colombani, *Le mariage blanc*, Paris 1986; Thierry Pfister, *Dans les coulisses du pouvoir*, Paris 1986; C. Leggewie (Anm. 2) und Editorial zum Frankreich-Heft *Leviathan*, (1986) 2, S. 171 ff.

⁴¹) Siehe Wolfgang Rüdig, *Die grüne Welle. Zur Entwicklung ökologischer Parteien in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/85, S. 3 ff.; Claus Leggewie, *Propheten ohne Macht. Die neuen sozialen Bewegungen in Frankreich zwischen Resignation und Fremdbestimmung*, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA*, Frankfurt-New York 1985, S. 83-139.

⁴²) Siehe *Le Monde* vom 13. 5. 1986.

⁴³) Siehe Laurent Fabius, *De la reconquête* in: *Le Monde* vom 13. 6. 1986; Fabius' politische Clubs sind mit „Solidarités modernes“, „Ici et maintenant“ und „Espaces '89“ vielfältig, weshalb man auf ihn das „Boulevard Raspail-Syndrom“ gemünzt (an dieser Pariser Straße residiert einer der Clubs) und den Gegenlogan „Mein Club ist die PS!“ kreiert hat.

Fazit: Die Wahlen von 1986 zur Nationalversammlung waren lange vor dem Wahlabend entschieden; um so offener erscheint heute der Ausgang der (termingerechten oder vorgezogenen) Präsidentschaftswahl. Der demokratische Sozialismus hat damit eine „konjunkturelle“ Chance zur Rückkehr an die Macht, die in rein parlamentarischen Systemen weniger oder gar nicht besteht; der noch unausgegrenzte und aus taktischen Gründen abgebrochene Prozeß der „Selbstmodernisierung“ wird damit aber nur überspielt und vertagt. Die PS, zunächst durch das institutionelle Novum der Kohabitation desorientiert, gebärdet sich jetzt mit der öffentlichen Meinung im Rücken und einem populären,

nichternannten Parteivorsitzenden vorneweg als entschiedene „Oppositionspartei“ gegen die „reaktionäre“ Rechtsregierung. In der orthodox-modernen Doppelgestalt der „Sozialdemokratie à la française“ ringt sie um die Wähler der Mitte, die vom harten Konfrontationskurs der Regierung Chirac-Léotard-Pasqua abgestoßen und auch von der konzilianteren Linie eines Philippe Séguin (Arbeits- und Sozialminister) enttäuscht sind; sie deutet die sukzessiven Signale des jugendlichen und sozialen Protestes vom Winter 1986/87 als Zeichen der Abwendung sowohl bürgerlicher wie Lohnarbeiterschichten von der liberalkonservativen Regierung.

Gilbert Ziebura: Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/87, S. 3-13

Die französische Gesellschaftsformation präsentiert sich gegenwärtig in einer paradoxen Verfassung: Auf der einen Seite besteht ein breiter Konsens über die Notwendigkeit einer weiteren „Modernisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft, um besser gegenüber den Herausforderungen der Weltwirtschaftskrise bestehen zu können. Auf der anderen Seite zeigen die jüngsten sozialen Konflikte, daß über die Grundlagen des künftigen Wachstumsmodells, wie es die neokonservative Regierung anstrebt, keine Übereinstimmung besteht. Um diese Situation zu verstehen, werden zunächst die Versuche der Rechten (1974—1981), dann der Sozialisten (1981—1986) zur Überwindung der Wirtschaftskrise analysiert, wobei die jeweiligen Modernisierungsbestrebungen im Mittelpunkt stehen.

Als Ergebnis kommt heraus, daß beide Formationen ihre selbstgesteckten Ziele nur sehr unvollkommen erreichten und deshalb überkommene ideologische Positionen zu revidieren versuchen. Dahinter verbirgt sich ein für Frankreichs Entwicklung fundamentaler Prozeß: eine Annäherung zwischen den Sozialisten und der Rechten in wesentlichen Politikbereichen, freilich zu dem Preis, daß sich Staat und Gesellschaft auseinanderentwickeln. Danach werden die wichtigsten Ergebnisse der Modernisierungspolitik in systematischer Form skizziert und dabei vor allem ihre strukturellen Grenzen herausgearbeitet. Diese Analyse stützt die Aussagen, die im vorangegangenen Teil formuliert wurden, zeigt aber auch die Ausgangslage auf, von der aus die neokonservative Regierung Chirac ab März 1986 ihre Art der Modernisierung vorantreibt und dabei soziale Konflikte ganz neuen Typs provoziert, die zum einen auch diesem Experiment Grenzen setzen, zum anderen ein bezeichnendes Licht auf das Auseinanderklaffen von intermediären Kräften und Institutionen und tiefer liegenden sozialen Bedürfnisstrukturen wirft — ein Phänomen, das freilich nicht nur für Frankreich typisch ist, sich hier aber mit besonderer Intensität offenbart.

Adolf Kimmel: Die „cohabitation“: Verfassungsprobleme und politische Praxis

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/87, S. 14-23

Als Folge des Sieges der bürgerlichen Parteien (RPR und UDF) bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 16. März 1986 und des Verbleibens des bis 1988 gewählten Sozialisten François Mitterrand im Präsidentenamt sieht sich erstmals in der Geschichte der V. Republik der Staatsoberhaupt einer politisch konträren Mehrheit gegenüber; es kam zur „cohabitation“. Dabei zeigte sich, daß der Staatsoberhaupt seine Position als entscheidender politischer Akteur verlor. Im gesamten Bereich der Innen- und Wirtschaftspolitik bestimmt nun der Premierminister die Richtlinien der Politik. Der französische Staatsoberhaupt verfügt aber über einige Kompetenzen — vor allem bei personalpolitischen Entscheidungen und der Ausübung der Verordnungsgewalt —, die ihm eine marginale Beeinflussung der Regierungspolitik bzw. eine begrenzte Störung ermöglichen, ohne daß er jedoch substantiell mitwirken kann.

In der Außen- und Verteidigungspolitik hingegen ist ihm aufgrund verfassungsrechtlicher Zuständigkeiten und einer allgemein akzeptierten Praxis eine echte Mitbestimmung verblieben. Diese Teilung der Entscheidungsmacht führte nicht zur gegenseitigen Lähmung, da es einen breiten Konsens über die außen- und verteidigungspolitische Grundorientierung gibt.

Der Ausgang der nächsten Präsidentenwahl entscheidet darüber, welches von mehreren möglichen Verfassungsmodellen praktiziert wird. Die dabei wahrscheinlichen Unsicherheiten und Krisen lassen eine Verfassungsänderung geraten erscheinen.

Marieluise Christadler: Regierungswechsel oder hegemoniale Wende in Frankreich?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/87, S. 24-34

Neun Monate nach dem Wahlsieg der Rechten erlebte die Regierung Chirac erstmals einen massiven und offenbar völlig unerwarteten Angriff auf ihre Politik. Zuerst waren es Schüler und Studenten, die zu Hunderttausenden auf die Straße gingen und mit Erfolg gegen das neue Hochschulgesetz protestierten. Danach begann der fast vierwöchige Streik der Eisenbahner, dem sich andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes anschlossen, und der das soziale und wirtschaftliche Leben Frankreichs erschütterte. Der Arbeitskampf, den die extreme Rechte für ihre Zwecke auszubeuten versuchte, hat die Spannungen innerhalb des Regierungslagers verschärft. Die in der liberalkonservativen UDF zusammengeschlossenen Parteien grenzen sich immer deutlicher gegen die gaullistische Sammlungsbewegung RPR ab. Ihre Führer, Giscard d'Estaing und Barre, betonen zwar ihre grundsätzliche Loyalität gegenüber der Regierung, distanzieren sich aber von Chiracs Politik — nicht zuletzt, um sich bessere Ausgangschancen für die in 16 Monaten anstehenden Präsidentschaftswahlen zu sichern.

Indessen vertieft sich der Graben zwischen der politischen Klasse und den Bürgern, die ihre vitalen Interessen ungenügend berücksichtigt finden. Das bedeutet allerdings nicht, daß eine Mehrheit die Politik der Regierung mißbilligt. Zwar sind den Franzosen Begriffe wie „Leistungsprinzip“ oder „Auslese“ suspekt und die sozialen Errungenschaften unverzichtbar, aber die Machtübernahme der Rechten war nicht nur ein Regierungswechsel, sondern Ausdruck einer kulturellen Wende, die gekennzeichnet ist durch einen Auftrieb individualistischer und liberaler Werte. Es ist denkbar, daß die in den Mittelschichten vorhandene Bereitschaft zu Dialog und Toleranz über den Extremismus der durch die Wirtschafts- und Modernisierungskrise bedrohten Minderheiten triumphiert und eine politische Synthese von Liberalismus und Sozialismus nahelegt. Gegenwärtig laufen offensichtlich Verhandlungen zwischen pragmatismusbereiten Sozialisten und Christdemokraten über eine Mitte-Links-Koalition. Eine solche zentristische Sammlungsbewegung dürfte allerdings eine Radikalisierung der bonapartistischen Rechten zur Folge haben.

Die vorliegende Darstellung untersucht die organisatorischen und ideologischen Prämissen der konservativen Parteien, die historisch begründeten Sensibilitätsunterschiede der „politischen Familien“ im Hinblick auf ihr politisch-kulturelles Umfeld und ihre Problemlösungskapazität.

Claus Leggewie: Die Sozialistische Partei Frankreichs: Sozialdemokratie oder Postsozialismus? Von den Schwierigkeiten des demokratischen Sozialismus, in Frankreich wieder mehrheitsfähig zu werden

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/87, S. 35-46

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise haben auch die (verspätet an die Macht gelangten) französischen Sozialisten (PS) die Wahlen im März 1986 verloren, sind aber stärkste und beliebteste Partei geblieben. Sie sind daher nicht in ihre langjährige Oppositionshaltung zurückgefallen, sondern erheben den Anspruch auf „kulturelle Hegemonie“ und „strukturelle Mehrheitsfähigkeit“ in der französischen Gesellschaft und letztlich auf die baldige Rückkehr zur Macht, an der ein sozialistischer Staatspräsident ohnehin bis 1988 noch effektiv partizipiert.

Bereits in der Regierungsphase 1981—1986 hatte die PS einen spektakulären Kurswechsel vom „linkskeynesianischen“ staatlichen Krisenmanagement zur „gemischtwirtschaftlichen“ technologischen Modernisierungspolitik vorgenommen. Die emphatischen Transformationsvorstellungen des „Selbstverwaltungssozialismus“ wurden weit in den Hintergrund geschoben. Dies spiegelte nicht nur die übliche „Abmagerung“ oppositioneller Prinzipien zur praktischen Politik von Sozialisten in kapitalistischer Umwelt; die Reformgesetze müssen nuancierter betrachtet werden, denn sie enthalten jenseits konventioneller Vorstellungen zur Umverteilung und Verstaatlichung bereits neue Ansätze zum „Produktionssozialismus“, die freilich in den Anfängen steckengeblieben sind. Der während der Regierungsfahrt vorgenommene Richtungswechsel wurde von den Wählern nicht verstanden und honoriert, die in zwei Richtungen ab- bzw. zurückwanderten: links Enthaltungen sowie Rückkehr rechter Leihstimmen von 1981.

Nach den Wahlen sollte dann mit einer Organisationsreform die Schallgrenze von 40%-Wählerzustimmung durchstoßen und die faktische Programmrevision kodifiziert werden. Als „Sozialdemokratisierung“ kann man dies nur insofern bezeichnen, als die französischen Sozialisten sozusagen im Eiltempo den Ernüchterungs- und Öffnungsprozeß klassischer Sozialdemokratien nachvollziehen; die Probleme stellen sich jedoch bereits in den Dimensionen von „Nach-Bad Godesberg“.

Zur „Hegemoniefähigkeit“ kann die PS nun mehrere Wege einschlagen, die auch für die Strategien anderer Linksformationen interessant sind: als neo-sozialdemokratische Partei, die sozialhistorisch erstmals eine „organische“ Beziehung zu Lohnarbeitern und Gewerkschaften brächte; als demokratischer Präsidialwahlverein auf der Basis einer links-republikanischen Regenbogenkoalition oder als postsozialistische Rahmenpartei, die ein loses Bündnis gesellschaftlicher Gruppen und Bürgervereinigungen politisch artikuliert. Dieser Modernisierungsprozeß der PS ist indessen unter den Imperativen des politischen Kalenders vertagt worden; statt langfristiger Hegemoniebildung steht jetzt das günstigere politisch-konjunkturelle Ereignis der Präsidentschaftswahlen 1988 (oder vorher) an, für das die französischen Sozialisten mehrere aussichtsreiche Kandidaten ins Rennen schicken können, um die Wechselwähler der politischen Mitte zu gewinnen. Dabei können allerdings auch wieder latente Konflikte zwischen den verschiedenen Parteiflügeln offen ausbrechen.